

MONATSBERICHTE DER DEUTSCHEN BUNDESBANK

NOVEMBER 1961

INHALT

Aktuelle währungspolitische Fragen	3
Vortrag des Präsidenten der Deutschen Bundesbank	
Die Stellung der Privatbankiers im deutschen Kreditgewerbe	11
Statistischer Teil	25
Bankenstatistische Gesamtrechnungen	26
Deutsche Bundesbank	31
Bargeldumlauf, Kredite, Einlagen	31
Ausweis	34
Kreditinstitute	36
Kredite, Wertpapierbestände, Einlagen	36
Zwischenbilanzen	50
Mindestreservesätze und Zinssätze	63
Kapitalmarkt	69
Öffentliche Finanzen	79
Außenwirtschaft	85
Produktion und Märkte	90
Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	94
Zinssätze im Ausland	96

Soweit nicht anders vermerkt, beziehen sich die Angaben dieses Berichts bis einschließlich Dezember 1959 auf das Bundesgebiet ohne Saarland aber einschließlich Berlin (West), ab Januar 1960 auf das Bundesgebiet einschließlich Saarland und Berlin (West)

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

Aktuelle währungspolitische Fragen

Vortrag des Präsidenten der Deutschen Bundesbank

Karl Blessing

am 10. November 1961

vor der Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie in Düsseldorf

... Man kann die heutige währungspolitische Problematik, die um den Fragenkomplex Konvertibilität, internationale Liquidität, Golddevisenstandard, Triffin-Plan, Jacobsson-Plan kreist, dann besser verstehen, wenn man zunächst die Währungsgeschichte der letzten Jahrzehnte betrachtet.

Das großartigste und vielleicht beste internationale Währungssystem, das die Welt kennt, war der Goldstandard, wie er vor 1914 bestanden hat. Er funktionierte zwar nicht ganz so automatisch, wie es manchmal retrospektiv gesagt wird, aber er setzte der menschlichen Willkür Grenzen. Die nationalen Währungen waren in Gold einlösbar und über das Gold fest miteinander verbunden. Die Wechselkurse konnten nur innerhalb der engen Grenzen der Goldpunkte schwanken. War ein Land in der Kreditgewährung zu expansiv gewesen und tendierte sein allgemeines Preisniveau infolgedessen nach oben, was in der Regel gleichbedeutend war mit einer Zunahme der Einfuhr und einer Abnahme der Ausfuhr, so verlor das betreffende Land Gold. Der Goldverlust führte zu einer Verminderung des Geldumlaufs und zwang die Währungsinstanzen zu einer restriktiveren Kreditpolitik. Hatte ein Land umgekehrt Goldzufluß, so ergab sich daraus eine Ausweitung des Geldumlaufs und eine liberalere Kreditpolitik. Kurz, der Goldstandard sorgte mehr oder weniger automatisch für eine Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der Zahlungsbilanzen der am Goldstandard beteiligten Länder. Die Diskontpolitik war darauf ausgerichtet, den jeweiligen Anpassungsprozeß zu erleichtern, indem sie die Goldbewegungen zu nivellieren versuchte, sei es, daß sie durch Zinsdruck oder Zinserleichterung das Preisniveau beeinflusste und dadurch vermehrte oder verminderte Warenbewegungen über die Grenzen hinweg auslöste, sei es, daß sie ausländisches Geld durch Veränderung des Zinsniveaus anzog oder abwehrte.

Mit anderen Worten: Die Notenbankpolitik diente fast ausschließlich dem Zweck, die Zahlungsbilanzen im Gleichgewicht zu halten. Meine Kollegen von damals hätten vermutlich den Kopf geschüttelt, wenn man ihnen nahegelegt hätte, das Preisniveau stabil zu halten, oder

wenn man von ihnen verlangt hätte, in Zeiten der Hochkonjunktur konjunkturdämpfend und in Zeiten des Konjunkturrückschlags konjunkturstimulierend zu wirken. Die Notenbankpolitik war nicht konjunkturorientiert, sondern zahlungsbilanzorientiert. Die Währung galt als stabil, wenn die Wechselkurse stabil waren. Es wäre damals niemandem eingefallen, einen Unterschied zwischen äußerem und innerem Geldwert oder äußerem und innerem Gleichgewicht zu machen.

Im Gegensatz zu einer heute vielfach verbreiteten Meinung garantierte aber auch der Goldstandard keine absolute Stabilität des Preisniveaus. Es gab Zeiten, in denen das allgemeine Preisniveau über das ganze Gebiet des Goldstandards hinweg rückläufig war, und es gab Zeiten, in denen es nach oben tendierte. Von 1880 bis 1885 fielen zum Beispiel die deutschen Großhandelspreise (nach einer Berechnung des Institutes für Konjunkturforschung) um 14 vH, von 1886 bis 1890 stiegen sie um 15 vH, von 1890 bis 1895 fielen sie um 17 vH, und von 1895 bis 1900 erhöhten sie sich um 25 vH, von 1900 bis 1905 gingen sie dann wieder um 4 vH zurück, um von 1905 bis 1913 erneut um 16 vH zu steigen. Derartige Preisveränderungen wurden jedoch ebenso wie die Konjunkturveränderungen als etwas Gottgegebenes hingenommen; an monetäre Korrekturmaßnahmen dachte kaum jemand.

Gewiß, das System des Goldstandards funktionierte nur deshalb so befriedigend, weil der Weltfriede in jener Epoche der Pax Britannica viele Jahre gesichert war, und es funktionierte befriedigend, weil es von der City von London, dem Clearinghaus der damaligen Weltwirtschaft und Weltfinanz, äußerst sachkundig gehandhabt wurde. Es funktionierte aber vor allem deshalb so gut, weil die Völker damals bereit waren, sich den Spielregeln des Goldstandards zu unterwerfen. An Vollbeschäftigung um jeden Preis, auch um den der schleichenden Inflation, dachte damals niemand, und die Wachstumsraten waren nicht wie heutzutage Gegenstand kultischer Verehrung.

Es ist nicht ohne Reiz, den Ursachen nachzuspüren, die zu einer Veränderung der Anschauungsweise geführt haben. Das klassische Goldwährungssystem ist

im ersten Weltkrieg zusammengebrochen; die Geldmisere, die unsere Zeit bis vor wenigen Jahren kennzeichnete, hat damals ihren Anfang genommen. In den zwanziger Jahren wurde der Versuch gemacht, nach dem Vorkriegsmodell einen neuen Goldstandard zu etablieren; die Welt konnte sich damals gar kein anderes Währungssystem vorstellen. Von etwa Mitte der zwanziger Jahre bis zum Jahre 1931 gab es abermals einen internationalen Goldstandard; aber dieser Goldstandard deckte einen ganz anderen Tatbestand als der alte. Die alte Pax Britannica bestand nicht mehr; Amerika war finanziell zur ersten Macht geworden. Während man von dem alten Goldstandard nur die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der Zahlungsbilanzen verlangte, mutete man dem neuen Goldstandard zu, in einer durch Reparationen, interalliierte Schulden und andere Umstände tiefgreifend veränderten Welt ein neues Gleichgewicht zu schaffen. Der Versuch ist mißlungen; der neue Goldstandard fiel der großen Krise von 1931 zum Opfer.

Die große Krise mit ihren Massenbankrotten und Arbeitslosenheeren bildete nicht nur den Nährboden sozialer und politischer Spannungen und Umwälzungen, sie wurde auch zur Brutstätte neuer sozialreformerischer Ideen und Theorien, deren Auswirkungen bis zum heutigen Tage spürbar sind. In jener Zeit trat der Keynesianismus seinen Siegeszug an, in jener Zeit wurde der Vorrang des Binnenmarktes vor der äußeren Währungsstabilität stipuliert, der Goldautomatismus wurde als unerträgliche Fessel empfunden, und der Goldstandard wurde als antiquiert abgelehnt. Und in jener Zeit wurde die Idee der Vollbeschäftigung geboren und die These entwickelt, daß Vollbeschäftigung und hohes Wachstum wichtiger seien als Währungsstabilität.

Der Schock, den die große Krise auslöste, ist der internationalen Währungsordnung nicht gut bekommen. Die Periode von 1931 bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges, als die Währungen gegeneinander schwankten oder über Devisenbewirtschaftungsmaßnahmen in ihrer Austauschbarkeit beschränkt waren, ist alles andere als ein Ruhmesblatt in der Währungsgeschichte. Es war eine Periode des Protektionismus, des Bilateralismus, der Autarkie und der Desintegration — zum Schaden des Welthandels und zum Schaden des Lebensstandards der Völker.

Zum Glück hat man im westlichen Lager relativ frühzeitig erkannt, daß dieser Zustand nach dem zweiten Weltkrieg nicht fortgesetzt werden könne. Noch im Kriege kam es in Bretton Woods zur Konzeption des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, und wenige Jahre nach Beendigung der Feindseligkeiten wurden das GATT, die OEEC und die EZU ins Leben

gerufen. Alle diese Institutionen hatten die Liberalisierung, die Abkehr vom Bilateralismus und die Hinwendung zum Multilateralismus auf ihre Fahnen geschrieben. Alle diese Institutionen hatten die Wiederherstellung einer freien weltwirtschaftlichen Ordnung auf der Grundlage internationaler Zusammenarbeit zum Ziel.

Unter dem Druck der sowjetischen Bedrohung fand sich der Westen überraschend schnell auch zu einer Kooperation mit dem besiegten Deutschland bereit. Westdeutschland erhielt Marshallplanhilfe, die als Starthilfe unentbehrlich war, und wurde auch sehr bald als vollwertiges Mitglied in die internationalen Organisationen aufgenommen. Geschichtlich gesehen wird es immer eine erstaunliche Tatsache bleiben, daß die Bundesrepublik dann so schnell zu einer gesunden Währung zurückfand. Die eigenen Anstrengungen Deutschlands, und insbesondere die strikte Anwendung gesunder Währungsprinzipien, haben dabei eine entscheidende Rolle gespielt.

Der Einfluß der internationalen Institutionen kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Der Internationale Währungsfonds und die EZU — letztere im regionalen europäischen Bereich — waren es, die in hohem Maße zu einer schrittweisen Verbesserung und Normalisierung der internationalen Währungsordnung beigetragen haben. Sie haben nach und nach eine Art von „Comment“ eines gesunden währungspolitischen Verhaltens entwickelt, dessen Nichtbeachtung als schlechter Stil angesehen wurde, das heißt, sie haben in erheblichem Maß die Währungsmoral und die Währungsdisziplin gefördert.

Im Gegensatz zu der Zeit nach dem ersten Weltkrieg vermied man es, den Währungsmechanismus dieses Mal über Gebühr zu strapazieren. Man mutete ihm nicht zu, das fehlende Gleichgewicht zu erzwingen, vielmehr ging man zunächst daran, die Wunden, die der zweite Weltkrieg geschlagen hatte, zu heilen und die ökonomischen Störungsfaktoren zuerst zu beseitigen. Man ging in Etappen vor und setzte sich als Endziel die Konvertibilität möglichst vieler nationaler Währungen. Trotz einiger Fehlgriffe — man legte etwas zuviel Gewicht auf die viability und etwas zuwenig auf die monetäre Disziplin — konnten die Währungsverhältnisse nach und nach verbessert werden.

Ende 1958 wurden die zähen Bemühungen, die während eines Jahrzehnts unternommen worden waren, durch einen bedeutenden Erfolg gekrönt. Im Dezember 1958 gingen alle wichtigen Währungen zur Konvertibilität über. Auf dem Gebiet der Liberalisierung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs sowie des Geld- und Kapitalverkehrs sind Fortschritte gemacht worden, die vor zehn Jahren kaum jemand für möglich gehalten hätte.

Der Welthandel hat sich in den letzten zehn Jahren etwa verdoppelt, und der Lebensstandard wurde auf eine Höhe gebracht, die alle Erwartungen übertroffen hat. Wir haben mit dem heutigen konvertiblen System eine Stabilität gegenüber dem Dollar und damit indirekt auch gegenüber dem Gold erreicht, wie sie seit 1914 nicht mehr bestanden hat. Es scheint mir ein Gebot der Fairneß zu sein, dies einmal festzustellen, nachdem das System von Bretton Woods in letzter Zeit so sehr kritisiert worden ist.

Natürlich ist das, was um die Jahreswende 1958/59 erreicht worden ist, noch nicht vollkommen und bedarf der weiteren Konsolidierung und Fortentwicklung. Zunächst mußten wir alle erst wieder lernen, mit der Konvertibilität zu leben. In diesem Prozeß der Anpassung an die Konvertibilität steht die westliche Welt noch mitten drin. Es wurde zunächst nicht in vollem Umfang realisiert, daß das einzelne Land mit konvertibler Währung einen Teil der großen Gemeinschaft derjenigen Länder bildet, deren Währungen frei austauschbar sind, und daß es daher seine Entscheidungen nicht mehr autonom oder nicht mehr so autonom treffen kann wie zu der Zeit, als die Währungen durch Devisenbewirtschaftungs- und andere Restriktionsmaßnahmen gegeneinander abgedichtet waren. Erst allmählich hat man begriffen, daß — ähnlich wie vor 1914 — die Währungs-, Finanz- und Wirtschaftspolitik eines Landes in einem konvertiblen System den Erfordernissen der Zahlungsbilanz Rechnung tragen muß und daß sich die einzelnen Länder den ungeschriebenen Normen, den Spielregeln zu unterwerfen haben, die sich nun einmal aus einem konvertiblen System ergeben.

Diese Umstellung war keineswegs leicht. Wir leben in einer Zeit der Massendemokratie, des Wohlfahrtsstaates und der Vollbeschäftigung, in einer Zeit also, in der sich die Staaten andere und weitgesteckte soziale und wirtschaftspolitische Ziele gesetzt haben als vor 1914. Vor 1914 war das, was man unter Vollbeschäftigung und Wachstumsraten versteht, kaum ins Bewußtsein der Völker und ihrer Regierungen getreten, während heutzutage hohe Wachstumsraten auf das Nachdrücklichste angestrebt werden, selbst um den Preis einer Überbeschäftigung und einer schleichenden Inflation. Dies ist genau der Punkt, an dem die Problematik der heutigen internationalen Währungsverfassung in Erscheinung tritt. Noch liegen die Kräfte, welche die Bindungen aus einem konvertiblen internationalen Währungssystem anerkennen, mit den Kräften im Widerstreit, die der binnenwirtschaftlichen Entwicklung den Vorrang einräumen. Es ist daher keine leichte Aufgabe, die abweichenden Zielsetzungen immer wieder aufs neue zu koordinieren und einander anzunähern,

das heißt, das durch Willensakte und Kooperation zu ersetzen, was der Goldstandard mehr oder weniger automatisch besorgte. Es ist nicht leicht, den Widerstrebenden immer wieder klar zu machen, daß ein gesundes und stetiges Wachstum nur ohne Inflationierung möglich ist.

Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß diejenigen Kräfte stark im Vordringen sind, die sich für ein wohl funktionierendes internationales Währungssystem einsetzen und die bereit sind, die sich aus der Konvertibilität ergebenden Spielregeln einzuhalten. Dies gilt insbesondere von den maßgeblichen Notenbanken. Sie alle sind Gegner der schleichenden Inflation, sie alle sind überzeugt, daß ein stetiges kontinuierliches Wachstum wichtiger ist als vorübergehend hohe Wachstumsraten, die durch schleichende Inflation erkaufte werden. Man kann sagen, daß der freie Meinungsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den maßgeblichen Notenbanken nie besser gewesen ist als heute. Dies zeigte sich besonders deutlich im Frühjahr, als das englische Pfund nach der deutsch-holländischen Aufwertung unter Druck geriet. Wenn die einzelnen Notenbanken sich auch die Freiheit des Handelns vorbehalten, so nehmen sie doch Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die ihre eigene Politik für ihre Schwesterinstitute haben kann. Dieser engen Zusammenarbeit der Notenbanken ist eine große Bedeutung beizumessen. Aber auch die Notenbanken sind nicht allmächtig; sie sind bei ihrer Politik, wenn sie Erfolg haben sollen, auf eine entsprechende Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ihrer Regierungen angewiesen. Immerhin können sie ihre Autorität in die Wagschale werfen, wenn in dem einen oder anderen Land inflationistische Fehlentwicklungen auftreten und so einen nicht zu unterschätzenden moralischen Einfluß ausüben.

Eine ganz besondere Verantwortung bei der Aufrechterhaltung der internationalen Währungsordnung kommt natürlich den großen Ländern zu. Der Welthandel wird zum großen Teil in US-Dollars und in englischen Pfunden abgewickelt, und die Währungsreserven werden, soweit sie nicht in Gold bestehen, normalerweise in diesen beiden Währungen gehalten. Bei diesen beiden Leitwährungen liegt daher der meiste Einfluß und die meiste Verantwortung. Die maßgeblichen Autoritäten in den USA und in England sind sich über diese Zusammenhänge natürlich im klaren. Erfreulicherweise ist in den USA das Preisniveau während der letzten beiden Jahre nahezu stabil geblieben — ob dies mit dem Phasenunterschied in der Konjunkturentwicklung zwischen Amerika und Europa zusammenhängt, wird sich zeigen —, und in England steht ein Regierungsprogramm in Ausführung, das darauf abzielt, die

innere Nachfrage zu dämpfen, den Export zu fördern und Preise und Kosten unter Kontrolle zu halten. Zwar gibt es in der angelsächsischen Welt immer noch theoretische Schulen, die geneigt sind, dem inneren Wachstum den Vorrang vor der Geldwertstabilität und dem Zahlungsbilanzgleichgewicht einzuräumen; aber diese Schulen sind nicht die Regierungen und die Notenbanken.

Die Amerikaner, die bis vor etwa drei Jahren sich kaum bewußt waren, daß es so etwas wie eine Zahlungsbilanz gibt, und die gewohnt waren, aus dem vollen zu schöpfen, haben aus der Tatsache, daß der Dollar seit 1958 zweimal ins Gerede kam, gelernt. Die maßgeblichen Stellen in Amerika sind sich ihrer Verantwortung für das internationale monetäre System sehr viel bewußter geworden. Sie haben erkannt, daß sie nicht allein auf der Welt sind und daß sie ihre innere Wirtschafts- und Währungspolitik den Erfordernissen ihrer Zahlungsbilanz anpassen müssen. Und auch in England weiß man an zuständiger Stelle, daß man nicht lange über seine Verhältnisse leben kann. Man braucht nur an die so erfolgreiche Währungssanierung in Frankreich vor etwa drei Jahren zu denken, um der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß das jetzige englische Regierungsprogramm trotz politischer Widerstände erfolgreich durchgesetzt werden kann.

Die westliche Welt hat durchaus Chancen, ein System konvertibler Währungen bei vernünftiger Preisstabilität und geordneten Zahlungsbilanzverhältnissen aufrechtzuerhalten. Sie muß diese Chance nur entschlossen wahrnehmen. Es darf nicht dazu kommen, die Zahlungsbilanzen durch eine Synchronisierung der schleichenden Inflation in den einzelnen Ländern in bessere Übereinstimmung zu bringen. Entscheidend ist vielmehr, daß die schleichende Inflation — wo immer sie auftritt — bekämpft wird. Ich habe bei der Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Wien kürzlich gesagt, daß wir es uns nicht leisten können, im Gleichschritt in die schleichende Inflation hineinzumarschieren. Schließlich kann man von den Überschußländern nicht verlangen, sich als gute Gläubiger zu verhalten, wenn die Defizitländer die monetäre Disziplin vernachlässigen. Ein zahlungsbilanzkonformes Verhalten der Überschußländer bedingt auch ein zahlungsbilanzkonformes Verhalten der Defizitländer. Das bedeutet in der Tat, daß sich alle freiwillig einer ähnlichen monetären Disziplin unterwerfen, wie sie früher dem Automatismus des Goldstandards inne wohnte.

In jüngster Zeit hat man eifrig, ja übereifrig nach neuen und besseren Währungssystemen Ausschau gehalten, und man hat dabei sogar an eine völlige Umgestal-

tung des Währungssystems von Bretton Woods gedacht. Manche Leute befürchten eine Verknappung der sogenannten internationalen Liquidität, das heißt, der verfügbaren Währungsreserven. Sie suchen nach Wegen, um dieser Verknappung, von der sie deflatorische Schwierigkeiten erwarten, zu begegnen. Andere meinen, man solle den Golddevisenstandard, wie wir ihn heute haben, aufgeben, weil er alle möglichen, insbesondere inflatorische Gefahren in sich schließe.

Der Hauptrüfer im Streit um eine Vermehrung der internationalen Liquidität ist Professor Triffin von der Yale-Universität. Er hält es für wahrscheinlich, ja für unvermeidlich, daß die westliche Welt in wenigen Jahren vor einer ernststen Liquiditätskrise stehen wird. Wörtlich sagt er: „Wird nichts Spezifisches zur Lösung dieses Problems unternommen, so wird die ständig zunehmende Verknappung der Weltwährungsreserven höchstwahrscheinlich innerhalb einer relativ geringen Zahl von Jahren zu einem neuen Zyklus von internationaler Deflation, Währungsabwertungen und Restriktionen führen, wie dies schon einmal nach 1929 geschah.“ Gleichzeitig hält er den heutigen Golddevisenstandard, das heißt, ein Währungssystem, in dem neben dem Gold auch kurzfristige Devisenforderungen auf Schlüsselwährungsländer als Währungsreserve dienen, für ein gefährliches System, das über kurz oder lang von einem Zusammenbruch — ähnlich dem des Jahres 1931 — bedroht sei. Um diesen Gefahren zu begegnen, schlägt er erstens die Internationalisierung aller Devisenguthaben durch ihre Übertragung auf den Internationalen Währungsfonds vor, das heißt, er möchte sie durch goldwertgesicherte frei konvertierbare Guthaben beim Internationalen Währungsfonds ersetzen, und er schlägt zweitens vor, den Internationalen Währungsfonds in eine Super-Zentralbank umzuwandeln mit dem Recht der Schaffung zusätzlicher Reserveguthaben durch eine entsprechend gesteuerte Kredit- und Anlagetätigkeit.

Triffin gründet seine pessimistische Beurteilung der künftigen Reserveausstattung der Weltwirtschaft auf die Tatsache, daß die Zunahme der Währungsreserven der westlichen Welt in den letzten zehn Jahren nur zu etwa 40 vH aus der Goldproduktion und den russischen Goldverkäufen herrührte, während die übrigen 60 vH durch eine Erhöhung der Devisenbestände — hauptsächlich der Dollarguthaben — erfolgte. Er befürchtet, daß die Quelle, aus der die Devisenreserven seither gespeist wurden, zum Versiegen komme. Einmal seien die Reservewährungsländer, insbesondere die USA, nicht bereit, ihre kurzfristige Verschuldung gegenüber dem Ausland durch die Hinnahme neuer Zahlungsbilanzdefizite weiter ansteigen zu lassen, und zum anderen

befürchtet er, daß die Devisen haltenden Länder zögern könnten, durch eine immer weitere Erhöhung ihrer Dollar- und Pfundreserven dieses Spiel fortzusetzen. Es bestehe daher die Gefahr eines Zusammenbruches des ganzen Währungssystems durch eine allmähliche Schwächung des Vertrauens in die Schlüsselwährungen.

Nach einer überschlägigen Berechnung über Welt-handelszuwachs und Bedarf an Währungsreserven kommt er zu dem Schluß, daß in der Zehnjahresperiode von 1958 bis 1967 ein Reservebedarf zwischen 5 und 15 Milliarden Dollars ungedeckt bleiben wird. Dies aber bedeute ein allgemeines Wettrennen nach dem zu knappen Gold mit allen seinen gefährlichen deflationistischen Folgen.

Ich teile die von Triffin und anderen vertretene Auffassung nicht. Die These, daß die Währungsreserven der Welt proportional zum Welthandelsvolumen wachsen müssen, wenn Störungen vermieden werden sollen, trifft, wie die Geschichte lehrt, nicht ohne weiteres zu. Das Verlangen nach größerer internationaler Liquidität ist im wesentlichen die Folge der unausgeglichene Zahlungsbilanzverhältnisse. Es ist nicht verwunderlich, daß die besorgten Stimmen über ungenügende internationale Liquidität vorwiegend aus Ländern kommen, die ein Zahlungsbilanzdefizit aufweisen. Für diese Kreise ist der Ruf nach höherer internationaler Liquidität häufig nichts anderes als ein Feigenblatt, hinter dem sie ihr Unvermögen, ihr eigenes Haus in Ordnung zu bringen, verbergen wollen. In einer gut balancierten Weltwirtschaft werden geringere Reserven benötigt als in einer schlecht balancierten, und bei besser geordneten Zahlungsbilanzverhältnissen sind die Währungsreserven unter den einzelnen Ländern besser verteilt, als dies heutzutage der Fall ist. Auch die großen kurzfristigen internationalen Geldbewegungen, von denen wir im vorigen Jahr, und besonders im Frühjahr dieses Jahres nach der deutsch-holländischen Aufwertung Kostproben bekommen haben, hängen zwar nicht ganz, aber doch zu einem erheblichen Teil, mit spekulativen Erwartungen und Befürchtungen über die Zahlungsbilanzverhältnisse der verschiedenen Länder zusammen. Wie wenig Reserven eine gut balancierte Weltwirtschaft benötigt, ergibt sich daraus, daß London, das Clearinghaus der Welt vor dem ersten Weltkrieg, mit erstaunlich geringen Goldreserven ausgekommen ist. Man darf nicht vergessen, daß ein gut eingespielter Bankenapparat in ganz erheblichem Maße zur Schonung der offiziellen Währungsreserven beizutragen vermag, allerdings nur dann, wenn Vertrauen in die Währungs- und Kreditverhältnisse besteht. Ein kreditwürdiges Land kann temporäre oder saisonale Defizite in der Zahlungsbilanz leicht durch Auslands-

kredite überbrücken. Genießt aber ein Land kein Vertrauen, weil es die monetäre Disziplin vernachlässigt, so werden sich selbst große Währungsreserven sehr bald als ungenügend herausstellen.

Im übrigen leidet die Welt — jedenfalls zur Zeit noch — eher unter zuviel als unter zuwenig Liquidität. Unser Feind ist immer noch die Inflation und nicht die Deflation. Wenn das, was Triffin befürchtet, in Zukunft wirklich eintreten sollte, wird es nicht allzu schwierig sein, Mittel und Wege zu finden, um deflationistischen Gefahren zu begegnen. Die Bestände des Internationalen Währungsfonds an Gold und Mitgliedswährungen betragen zur Zeit ungefähr 15 Milliarden Dollars, davon bestehen fast 10 Milliarden Dollars aus Gold und konvertierbaren Währungen. Dies ist eine ganz erhebliche Reserve. Sicher sind diese Mittel nicht durchweg in der für mögliche Sonderfälle benötigten Zusammensetzung vorhanden. So würden die Bestände des Währungsfonds an Gold und Währungen der europäischen Überschußländer zum Beispiel für eine größere Ziehung der USA wahrscheinlich nicht ausreichen. Aber auch hier könnte im Rahmen der bereits bestehenden Möglichkeiten ein Weg gefunden werden. Man kann in solchen Notfällen die Mittel des Währungsfonds durch Kreditaufnahme bei den jeweiligen Überschußländern gemäß Artikel VII der Statuten des Fonds aufstocken, ähnlich wie es der Jacobsson-Plan vorsieht. Bei dem heute vorhandenen Verantwortungsgefühl der westlichen Industrieländer ist anzunehmen, daß sie zu einer solchen zusätzlichen internationalen Kreditgewährung über den Währungsfonds bereit wären, ehe sie die Weltwirtschaft in den von Triffin an die Wand gemalten Abgrund von Deflation, Restriktionen und Abwertung hineingleiten ließen.

Auf der jüngsten Tagung des Währungsfonds und der Weltbank in Wien ist der Triffin-Plan bei den maßgeblichen Ländern daher auch nicht auf Gegenliebe gestoßen. Es sind im Gegenteil starke Befürchtungen zum Ausdruck gekommen dahingehend, daß ein Plan à la Triffin zur Erzeugung internationaler Inflation mißbraucht werden könnte, auch wenn dies nicht im Sinne des Erfinders liegt. Was die Welt braucht, sind nicht Erfindungen und Pläne, was sie braucht, sind bessere Zahlungsbilanzverhältnisse durch bessere monetäre Disziplin. Es gibt keine Patentrezepte, durch welche die monetäre Disziplin ersetzt werden könnte.

Während Triffin, wie wir gesehen haben, glaubt, daß der Golddevisenstandard uns vor einem Mangel an internationaler Liquidität nicht bewahren könne und daher eine Weltzentralbank mit dem Recht, zusätzliche Reserven zu schaffen, vorschlägt, sind andere der Meinung, daß der Golddevisenstandard inflationi-

stische Gefahren in sich berge, das heißt, zuviel Liquidität schaffe. Und schließlich wird darauf hingewiesen, daß der Golddevisenstandard unstabil sei und das internationale Währungssystem krisenanfällig mache.

Ich bin nicht der Meinung, daß die Vorwürfe, die in letzter Zeit gegen den Golddevisenstandard mit viel Schärfe vorgebracht wurden, gerechtfertigt sind. Der Golddevisenstandard ist an sich weder gut noch schlecht, entscheidend ist, wie er gehandhabt wird.

Die Einbeziehung von Devisen in die Währungsreserven datiert schon aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg. So waren die asiatischen Länder bei dem Wechsel vom Silberstandard zum Goldstandard nicht in der Lage, sich Goldreserven in genügendem Umfange hinzulegen; sie gingen daher dazu über, ihren Wechselkurs mit Hilfe des Ankaufs und Verkaufs von Wechseln bzw. Guthaben auf London aufrechtzuerhalten. Aber auch in Europa — zum Beispiel in Österreich-Ungarn — gab es den Golddevisenstandard. Nach dem ersten Weltkrieg befürchtete man allgemein eine Goldknappheit. Die Konferenz von Genua vom Jahre 1922 empfahl daher, den Golddevisenstandard allgemeiner anzuwenden, um Gold zu sparen und den zum Goldstandard zurückstrebenden Ländern den Übergang zu erleichtern. Sie schlug aber gleichzeitig Kautelen vor, die Übertreibungen verhindern sollten. Der Golddevisenstandard ermöglichte eine verhältnismäßig schnelle Stabilisierung der im ersten Weltkrieg inflationierten Währungen. Leider wurden die von der Konferenz von Genua empfohlenen Kautelen aber nicht genügend beachtet; der Golddevisenstandard wurde in den letzten Jahren vor Ausbruch der großen Krise denaturiert. Die verhältnismäßig hohen Währungsreserven der europäischen Notenbanken, die größtenteils aus Devisenguthaben in New York, London und anderen Plätzen bestanden, rührten zu einem erheblichen Teil nicht aus echten Leistungsbilanzüberschüssen, sondern aus kurzfristigen Auslandskrediten her, die an die Banken und die Wirtschaft dieser Länder gegeben worden waren. Als die kurzfristigen Kredite dann nicht erneuert wurden, verflüchtigten sich diese Reserven, was in erheblichem Maße zu einer Verschärfung der Kreditkrise und damit zu der damaligen Währungsmisere beitrug. Heutzutage sind die Devisenreserven der meisten europäischen Länder das Ergebnis echter Leistungsbilanzüberschüsse und nicht die Folge einer exzessiven Auslandsverschuldung. Diesen Unterschied scheinen die heutigen Kritiker zu übersehen, wenn sie, unter Hinweis auf die Vorgänge von 1930/31, am Golddevisenstandard kein gutes Haar lassen wollen.

Gewiß, der Golddevisenstandard birgt, wie jedes andere Währungssystem, Gefahren in sich, wenn er nicht

richtig gehandhabt und ausreichend kontrolliert wird. Dabei scheint mir, wie übrigens den meisten Kritikern, die Hauptgefahr nicht darin zu liegen, daß er — wie Triffin meint — auf längere Sicht außerstande sei, genügend internationale Liquidität zu erzeugen, sondern eher darin, daß er inflationistischen Tendenzen Vorschub leistet. Dies ist der Grund, weshalb zum Beispiel Jacques Rueff und Vocke so starke Bedenken gegen den Golddevisenstandard haben, daß sie am liebsten so schnell wie möglich — wenigstens im Verkehr der Zentralbanken untereinander — zum Goldstandard zurückkehren möchten.

Worin liegen die inflationistischen Gefahren des Golddevisenstandards? Sie liegen kurz darin, daß die Devisenbestände in dem besitzenden Land Währungsreserven sind, die bei ihrer Entstehung zur Geldschöpfung beigetragen haben, während sie in dem Schlüsselwährungsland, auf das sie lauten, das Kreditpotential nicht parallel vermindern. Wären die Devisenreserven sofort bei ihrer Entstehung in Gold konvertiert worden, so wäre in dem besitzenden Land der Effekt zwar der gleiche gewesen, das Schlüsselwährungsland aber hätte Gold verloren und seine Reserveposition hätte sich verschlechtert. Dies hätte zwar nicht in jedem Fall und sofort zu einer Krediteinschränkung im Schlüsselwährungsland zu führen brauchen; aber ein anhaltender Goldabfluß hätte schließlich doch zu gewisser Zurückhaltung in der Kreditgewährung Anlaß gegeben. Mit anderen Worten: der quasi-automatische Effekt, den Goldbewegungen im Goldstandard sowohl im Gold empfangenden wie auch im Gold abgebenden Land haben, wird bei dem Golddevisenstandard nicht im gleichen Umfang erreicht. Das braucht solange nicht gefährlich zu sein, als die Reservehaltung in Devisen im Verhältnis zur Reservehaltung in Gold nicht übertrieben wird. Die gesamten Währungsreserven der nicht-kommunistischen Welt betragen Ende 1960 etwa 60 Milliarden US-Dollars, davon entfielen 39 Milliarden oder 63 vH auf Gold und 22 Milliarden oder 37 vH auf Devisen. Das Verhältnis von Gold zu Devisen ist bei den einzelnen Ländern allerdings verschieden. Einige Länder, zum Beispiel England, die Schweiz, Holland und Belgien, halten fast ausschließlich Gold, während zum Beispiel die Bundesrepublik, Italien, Frankreich, Japan und Kanada einen größeren Teil ihrer Reserven in Dollars unterhalten. Es scheint mir, daß im ganzen gesehen ein Verhältnis zwischen Gold und Devisen von 2:1 für die Zukunft keine übertriebenen Gefahren in sich schließt. Was die Vergangenheit anlangt, so bin ich allerdings der Meinung, daß dem Golddevisenstandard ein gewisser inflationistischer Effekt nicht abgesprochen werden kann. Das

Tempo, in dem seit dem zweiten Weltkrieg auf der einen Seite die Devisenreserven in den Devisen haltenden Ländern aufgebaut wurden und in dem auf der anderen Seite die Verschuldung in den Schlüsselwährungsländern, insbesondere in den USA, wuchs, war vermutlich etwas zu schnell. Es spricht vieles dafür, daß das Tempo sich künftig verlangsamen wird, einmal weil die Grenze für die Auslandsverschuldung in den Schlüsselwährungsländern sichtbar zu Tage getreten ist, und zum anderen, weil die Devisen haltenden Länder an irgendeinem Punkt aufhören werden, ihre Devisenreserven weiter aufzustocken und den Zuwachs ausgeben oder in Gold umwandeln werden. Ich glaube mit hin, daß die Ausweitung der internationalen Liquidität über den Mechanismus des Golddevisenstandards künftig geringer sein wird als in den abgelaufenen Jahren. Im Gegensatz zu Triffin sehe ich aber bis auf weiteres auch keine deflationistischen Gefahren.

Auch die viel berufene Krisenanfälligkeit des Golddevisenstandards, auf die besonders Rueff hingewiesen hat, wäre nur dann gegeben, wenn man die Sache übertreibt. Ein großer Teil der Devisenguthaben befindet sich in Händen der Währungsbehörden. Solange diese Länder ihre jetzige Gewohnheit beibehalten, einen bestimmten Teil ihrer Währungsreserven in Devisen zu halten, ist die Gefahr eines Zusammenbruchs des Golddevisenstandards nicht akut. Natürlich kann das System nur dann befriedigend funktionieren, wenn die Devisen besitzenden Länder das Vertrauen haben können, ihre Devisen jederzeit ohne Kursverluste verwerfen oder in Gold umtauschen zu können. Würde dieses Vertrauen zerstört werden, so könnte es sehr wohl zu krisenhaften Zuspitzungen kommen. Würde zum Beispiel die Meinung aufkommen, daß der Goldpreis von 35 Dollars je Unze fein erhöht werden könnte, so könnte dies dazu führen, daß die in New York unterhaltenen Devisenbestände in Gold umgetauscht werden. Die amerikanischen Goldbestände würden sich dann verknappen, und der Dollar könnte in eine ernste Gefahr geraten. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, daß der Präsident der Vereinigten Staaten in seiner Zahlungsbilanz-Botschaft von Anfang Februar dieses Jahres mit aller Klarheit und unter Verpfändung seines Wortes erklärt hat, daß Amerika die gegenwärtige Parität aufrechterhalten werde. Diese Erklärung ist in der Tat ein Eckpfeiler des westlichen Währungssystems.

Nun gibt es Leute, die der Ansicht sind, der Goldpreis sollte geändert, der Dollar also abgewertet und das Gold aufgewertet werden. Die Befürworter einer solchen Maßnahme gehören meist zur Gruppe derjenigen, die zum reinen Goldstandard zurückkehren möch-

ten, die aber wissen, daß dies nur dann ohne deflationistische Folgen möglich wäre, wenn man die Goldbestände in ihrem Nominalwert heraufsetzt. Ich leugne nicht, daß ich für den Goldstandard etwas übrig habe, bin mir aber klar darüber, daß er unter den heute gegebenen Umständen schwer zu verwirklichen ist. Auf jeden Fall würde ich es für falsch halten, die Rückkehr zum Goldstandard durch Änderung der Gold-Dollar-Parität erzwingen zu wollen. Möglicherweise würde die Goldproduktion bei einem höheren Goldpreis steigen mit dem Ergebnis, daß die künftige monetäre Goldversorgung sich etwas bessern würde. Ob indessen die künftige Goldversorgung für die Aufrechterhaltung eines reinen Goldstandards ausreichend sein würde, ist sehr zweifelhaft. Welchen Sinn sollte übrigens eine Abwertung des Dollars, also eine Aufwertung des Goldes, haben? So wie die Dinge liegen, würden die meisten Länder an ihrer jetzigen Parität zum Dollar festhalten, und das ganze würde nur darauf hinauslaufen, die Goldbestände der Notenbanken aufzuwerten und damit Raum zu schaffen für einen zusätzlichen Inflationsspielraum weltweiten Maßstabes.

Im Gegensatz zum klassischen Goldstandard ist unser heutiges internationales Währungssystem kein mehr oder weniger automatisch arbeitendes System, es ist vielmehr ein System, das auf einen Gleichklang der Anschauungen und auf internationale Zusammenarbeit angewiesen ist. Institutionen, wie die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die EWG, die OECD und der Internationale Währungsfonds sind daher von großer Bedeutung. In diesen Gremien werden die Anschauungen abgeklärt und abgestimmt, die laufende Entwicklung aufs genaueste geprüft und analysiert und nötigenfalls Schritte unternommen, um heraufziehenden Gefahren zu begegnen. Auf diesem Hintergrund muß auch der Plan von Per Jacobsson, des Geschäftsführenden Direktors des Internationalen Währungsfonds, gesehen werden, der auf der Tagung des Fonds und der Weltbank in Wien zur Debatte gestellt war.

Ausgehend von den verhältnismäßig großen internationalen Geldbewegungen der letzten beiden Jahre möchte Jacobsson die verfügbaren Mittel des Internationalen Währungsfonds durch Kreditzusagen der dafür in Frage kommenden Mitgliedsländer verstärken, um gegen alle Wechselfälle gewappnet zu sein. Er denkt dabei in erster Linie an Kreditzusagen der zahlungsbilanzstarken europäischen Industrieländer. Im Gegensatz zu Triffin ist Jacobsson nicht der Meinung, die internationale Liquidität sei ungenügend. Was ihn veranlaßte, sein Verlangen zu stellen, ist die im Augenblick nicht akute, aber doch auch nicht von der Hand zu weisende Befürchtung, daß plötzlich große Störungen

im internationalen Zahlungsbilanzgleichgewicht auftreten könnten. Derartige Störungen könnten ein Eingreifen des Währungsfonds notwendig machen, mit dem Ergebnis, daß die Reserven des Fonds möglicherweise zu knapp werden würden. Das wäre insbesondere dann der Fall, wenn beispielsweise die großen kurzfristigen Guthaben in Amerika — und es handelt sich dabei nicht nur um Zentralbankguthaben, sondern auch um große private Guthaben — in Bewegung geraten und Amerika den Internationalen Währungsfonds in Anspruch nehmen würde. Jacobsson möchte daher schon jetzt Vorsorge treffen, um im Falle der Gefahr aktionsfähig zu sein. Er betonte dabei ausdrücklich, daß die zusätzlichen Kreditfazilitäten, wenn überhaupt, nur nach den bewährten Methoden des Fonds, d. h. nur als kurzfristige Überbrückungshilfe und nach Konsultation der Geberländer eingesetzt werden sollen.

Dem Plan wurde im Prinzip, aber unter Vorbehalten, zugestimmt. Die kontinentaleuropäischen Länder, die in erster Linie angesprochen sind, machten klar, daß sie nur bereit sind, zusätzliche Mittel zu geben, wenn die Gewähr besteht, daß diese Mittel in einer nicht inflationistischen Weise und unter gewissen anderen Sicherungskautelen eingesetzt werden. Es wurde betont, daß es nicht die Aufgabe des Fonds sein könne, die Reserven der Überschußländer in den internationalen Kreislauf zurückzuleiten, um den Defizitländern die Möglichkeit zu verschaffen, ihre Defizite fortlaufend zu finanzieren, sondern daß es darauf ankomme, die Zahlungsbilanzen durch geeignete interne Maßnahmen in ein besseres Gleichgewicht zu bringen. Die Debatte war interessant, weil sie klar zeigte, daß der Wille zur monetären Disziplin stark an Boden gewonnen hat. Ich zweifle nicht daran, daß der Jacobsson-Plan, der jetzt in seinen Einzelheiten ausgearbeitet wird, schließlich Wirklichkeit werden wird, ich zweifle aber auch nicht,

daß die zusätzlichen Mittel nur dann tatsächlich zum Einsatz kommen, wenn für die internationale Währungsordnung Gefahr im Verzuge ist. Die zusätzlichen Mittel dienen ihrem Zweck am besten, wenn sie als eine Art „fleet in being“ überhaupt nicht zum Einsatz zu kommen brauchen.

Ich habe versucht, die Entstehung und die Problematik der heutigen internationalen Währungsordnung darzustellen. Wie alle menschlichen Einrichtungen, ist diese Ordnung nicht vollkommen; aber es ist eine Ordnung, mit der sich leben, sogar recht gut leben läßt. Sicher kann man sich theoretisch eine andere Ordnung vorstellen, zum Beispiel ein europäisches Federal Reserve System im Stile Jean Monnets oder eine Weltzentralbank im Stile Triffins. Als Praktiker kann ich dazu nur sagen: *„Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.“* Jede supranationale Währungsinstitution setzt den Verzicht auf nationale Währungs-, Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitik voraus, sie verlangt einen Gleichklang, wie er heute selbst im EWG-Raum nicht gegeben ist. Die Verschmelzung der Währungen kann nur der letzte, nicht aber der erste Akt auf dem Wege zur vollen Integration sein. Solange die Voraussetzungen für eine supranationale Währungsordnung nicht gegeben sind, müssen wir uns mit dem heutigen System begnügen. Unsere heutige konvertible Währungsordnung, die den freien Geld- und Güterverkehr über die Grenzen hinweg ermöglicht, genügt allen praktischen Erfordernissen, ja sie genügt allen praktischen Erfordernissen genau so gut, wie es eine überstaatliche Währungsordnung tun würde. Nicht die institutionellen Einrichtungen, sondern das praktische Handeln ist entscheidend. Worauf es ankommt, ist, die heutige Ordnung durch monetäre Disziplin und internationale Kooperation zu festigen und zu sichern.

Die Stellung der Privatbankiers im deutschen Kreditgewerbe

Im Anschluß an den im März d. J. veröffentlichten Aufsatz über „Die Stellung der einzelnen Institutsgruppen im deutschen Banksystem“¹⁾, in dem in großen Zügen auch auf die Privatbankiers eingegangen wurde, wird im folgenden die Entwicklung dieser Bankengruppe einer detaillierteren Analyse unterzogen. Die Untersuchung bezieht sich auf die Größenklassengliederung der Privatbankiers, die Struktur und Entwicklung ihres Kredit- und Einlagengeschäfts sowie auf den Umfang ihrer Refinanzierung, ihren Liquiditätsstatus und ihre Kapitalausstattung. Sie erstreckt sich auf den Zeitraum von Ende 1950 bis Ende 1960; soweit Angaben für die Zeit vor dem ersten Weltkrieg und für die Zwischenkriegsjahre vorlagen, sind sie berücksichtigt worden.

Den Gegenstand der Untersuchung bilden — soweit im Text nicht ausdrücklich etwas anderes gesagt ist — die Privatbankiers in der Bundesrepublik und in Westberlin. Die Zahlen für Ende 1960 enthalten auch die Daten der beiden im Saarland domizilierenden Institute. Im Hinblick auf § 18 Satz 4 BBkG, der die Publikation von Einzelangaben untersagt, war die Ausschaltung dieser — seit Januar 1960 in die monatliche Bankenstatistik einbezogenen — Institute nicht möglich.

Begriffliche Abgrenzung

In der Literatur wird der Begriff „Privatbankier“ nicht immer in der gleichen Abgrenzung verwendet. Gemeinhin wird unter einer Privatbankierfirma ein Bankgeschäft verstanden, das von dem Inhaber selbst geleitet wird. In der Bankenstatistik der Deutschen Bundesbank gelten als Privatbankiers die Banken, die als Einzelfirma, offene Handelsgesellschaft oder als Kommanditgesellschaft betrieben werden, bei denen also mindestens ein Inhaber unbeschränkt haftet, die kapitalmäßige Kontrolle ausübt und das Institut aktiv leitet²⁾.

Die meisten Strukturmerkmale der Privatbankiers stimmen mit denjenigen einer Reihe von Banken überein, die in unserer Bankenstatistik der Gruppe Staats-, Regional- und Lokalbanken zugeordnet sind. Es handelt sich dabei um die in der Mehrzahl filiallosen privaten Aktien-, KGaA- oder GmbH-Banken mit weit überwiegend kurzfristigem Geschäft. Diese unterscheiden sich von den Privatbankiers hauptsächlich durch ihre Rechtsform. Im wesentlichen sind es 15 Institute dieser Art, die im folgenden — kurz als „Vergleichsgruppe“ bezeichnet — mehrfach mit den Privatbankiers verglichen werden³⁾.

¹⁾ In: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 13. Jg. Nr. 3, März 1961, S. 28 ff.

²⁾ Nicht in die Gruppe der Privatbankiers einbezogen, vielmehr in einer eigenen Sondergruppe erfaßt werden im Rahmen unserer Bankenstatistik dagegen die Institute, die sich auf das Teilzahlungskreditgeschäft spezialisiert haben.

³⁾ Die „Vergleichsgruppe“ umfaßt folgende Institute: Berliner Handels-Gesellschaft, Berlin/Frankfurt (Main); Deutsch-Asiatische Bank, Hamburg; Deutsch-Südamerikanische Bank AG, Hamburg/Berlin; Deutsche Effecten- und Wechsel-Bank, Frankfurt (Main); Deutsche Unionbank G.m.b.H., Frankfurt (Main); Frankfurter Bank, Frankfurt (Main); Handelsbank in Lübeck, Lübeck; Handels- und Gewerbebank Heilbronn AG, Heilbronn (Neckar); Hardy & Co. G.m.b.H., Berlin/Frankfurt (Main); I. D. Herstatt KG a. A., Köln; National-Bank AG, Essen; Norddeutsche Kreditbank AG, Bremen; Schleswig-Holsteinische Westbank, Husum; Vereinsbank in Hamburg, Hamburg; Westfalenbank AG, Bochum. Einzelne dieser Institute haben zwar ein mehr oder weniger großes Filialnetz, doch wurden sie gleichwohl in die Gruppe aufgenommen, weil auch einige Privatbankiers Zweigstellen unterhalten und außerdem viele kleinere Privatbankierfirmen eine ähnliche Bilanzstruktur aufweisen wie Filialen der obigen Institute.

Zwischen den einzelnen Privatbankiers bestehen sowohl hinsichtlich der Geschäftsstruktur wie auch des Geschäftsumfanges große Unterschiede, die hauptsächlich durch ihre Kapitalausstattung sowie durch ihren Standort bestimmt sind. So gibt es unter den Privatbankiers typische Universalbanken, deren Geschäftskreis das Kredit-, das Depositen-, das Effekten- sowie das Auslandsgeschäft umfaßt. Andere Privatbankiers betätigen sich als „merchant bankers“, d. h. sie befassen sich neben den üblichen Bankgeschäften mit dem Warenhandel. Einige Privatbankierfirmen sind typische Hausbanken, während zum Kundenkreis anderer ausschließlich eine bestimmte Branche gehört. Manche Privatbankiers wiederum spezialisieren sich auf wenige oder sogar auf nur eine einzige Geschäftssparte. Seit jeher ist eine große Zahl von Privatbankiers vorzugsweise oder ausschließlich auf den verschiedensten Gebieten des Dienstleistungsgeschäfts tätig; genannt seien nur das Effektenkommissionsgeschäft, die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren, die Verwaltung von Vermögensanlagen oder von Nachlässen, die Vermittlung von Beteiligungen, die Mitwirkung und Beratung bei Besitzumschichtungen, der An- und Verkauf von Grundstücken, die Übernahme von Haftungen und Garantien für Dritte usw. Aber auch bankfremde Dienstleistungsgeschäfte, wie die Unterhaltung einer Versicherungsagentur, eines Reisebüros oder eines Lotteriegeschäfts bilden bei manchen Privatbankiers neben eigentlichen Bankgeschäften den Gegenstand des Geschäftsbetriebs.

Die meisten Privatbankierfirmen sind filiallos.

Exkurs: Entwicklung der Privatbankierfirmen vor dem ersten und zweiten Weltkrieg

Um die gegenwärtige Bedeutung der Privatbankiers, der ältesten Institutsgruppe des deutschen Bankgewerbes, würdigen zu können, erscheint es angebracht, sich ein Bild über ihre Stellung innerhalb des deutschen Kreditgewerbes in der Vergangenheit zu machen. Dies ist nun allerdings nicht leicht, da für diese Bankengruppe für die Zeit vor den beiden Weltkriegen nur unzureichendes Zahlenmaterial vorliegt. Es steht jedoch fest, daß die Privatbankiers in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stark an Bedeutung verloren und sich in immer stärkerem Maße der Konkurrenz der damals entstehenden öffentlich-rechtlichen Banken sowie vor allem der rasch expandierenden Aktienbanken, an deren Gründung die Privatbankiers selbst oft entscheidend mitgewirkt hatten, ausgesetzt sahen. Ende 1913 entfielen auf die Gruppe der Privatbankiers nur noch knapp 6 vH der Bilanzsumme aller Banken (s. Tab. 1).

Zwischen den beiden Weltkriegen verschlechterte sich die Lage der Privatbankiers — unterbrochen von einer Scheinblüte in den Inflationsjahren — weiter. Nach Ermittlungen der Volkswirtschaftlichen und Statistischen Abteilung der Reichsbank vollzogen sich bei dieser Gruppe in der Zeit von 1913 bis 1933, also in einer Periode, gegen deren Ende sich der Konzentrationsprozeß im Bankgewerbe stark beschleunigte, folgende bestandsmäßigen Veränderungen¹⁾:

Bestand an Privatbankierfirmen 1913		1 221 ²⁾
Abgang 1913 bis 1925 infolge Liquidation oder Geschäftsaufgabe, Konkurs, Umgründung, Verschmelzung	412	
Zugang 1913 bis 1925	597	+ 185
Bestand 1925		1 406
Abgang 1925 bis 1933 infolge Liquidation oder Geschäftsaufgabe, Konkurs, Umgründung, Verschmelzung	780	
Zugang 1925 bis 1933	83	-/ 697
Bestand 1933		709

In den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg nahm die Bedeutung der Privatbankiers weiter ab. Einige ihrer speziellen Tätigkeitsgebiete wurden durch die Devisen-

¹⁾ „Statistische Feststellungen über das Privatbankiergewerbe in Deutschland“, in: Untersuchung des Bankwesens 1933, II. Teil, Statistiken (zusammengestellt von der Volkswirtschaftlichen und Statistischen Abteilung der Reichsbank), Berlin 1934, S. 181 ff.

²⁾ In den „Materialien zur Vorbereitung der Banken-Enquête 1933“ (S. 102) gibt der Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (e. V.) die Zahl der Ende 1913 bestehenden Privatbankiers auf Grund einer umfassenderen Definition mit rd. 1 800 an.

Tab. 1: Bilanzsumme der Bankengruppen Ende 1913

Bankengruppe	Mio Mark	vH
Privatbankiers	4 000	5,7
Aktienbanken	17 719	25,3
Sparkassen	20 802	29,7
Kreditgenossenschaften	5 292	7,5
Öffentlich-rechtliche Banken	3 234	4,6
Pfandbriefinstitute	19 058	27,2
Summe	70 105	100

Quellen: Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reiches, Nr. 3: Die deutschen Banken 1924 bis 1926, Berlin 1927. Bilanzsumme der Privatbankiers nach G. Keiser: Strukturwandel der Bankbilanzen, in: Bank-Archiv, Sept. 1939, S. 236 ff., ferner: „Arbeitsbericht 1937—1938“ der „Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe — Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes“, Berlin 1938, sowie nach anderem, nicht veröffentlichten Archivmaterial geschätzt.

und Kapitalmarktbeurteilung stark eingeengt. Der rapide Rückgang der Zahl der Privatbankiers in diesen Jahren beruhte einmal auf der Liquidation kapitalarmer Firmen, die sich von der Bankenkrise 1931 nicht erholen konnten, zum anderen auf der Rassengesetzgebung, durch die jüdische Firmen zur Auflösung gezwungen wurden. Ende 1938 arbeiteten im damaligen Reichsgebiet noch 520 Privatbankierfirmen. Wie Tab. 2 zeigt, war der Anteil der berichtenden Privatbankiers an der Bilanzsumme aller Banken bis Ende 1938 auf nur noch 1,6 vH zurückgegangen, womit er nur wenig mehr als ein Viertel des für Ende 1913 ermittelten Satzes ausmachte.

Tab. 2: Bilanzsumme der Bankengruppen Ende 1938

Bankengruppe	Mio RM	vH
Privatbankiers	1 260	1,6
Kreditbanken	20 845	26,8
Berliner Großbanken	(9 012)	(11,6)
Provinzbanken	(1 401)	(1,8)
Gemischte Hypothekenbanken, Spezial- und Hausbanken sowie sonstige Banken	(10 432)	(13,4)
Staats- und landschaftl. Banken, besondere öffentliche Kreditanstalten	6 235	8,0
Hypothekenbanken und öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	9 869	12,7
Private Hypothekenbanken	(6 243)	(8,0)
Öffentl.-rechtl. Bodenkreditinstitute	(3 626)	(4,7)
Sparkassensektor	32 143	41,3
Girozentralen und Landesbanken	(9 672)	(12,4)
Sparkassen	(22 471)	(28,9)
Genossenschaftssektor	7 486	9,6
Zentralkassen	(1 497)	(1,9)
Kreditgenossenschaften	(5 989)	(7,7)
Gewerbliche Zentralkassen	(363)	(0,5)
Gewerbliche Kreditgenossenschaften	(2 474)	(3,2)
Ländliche Zentralkassen	(1 134)	(1,5)
Ländliche Kreditgenossenschaften	(3 515)	(4,5)
Summe	77 838	100

Quellen: Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich; Jahresstatistik der deutschen Sparkassen (herausgegeben vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband); Jahrbücher des Deutschen Genossenschaftsverbandes (Schulze-Delitzsch) e. V.; Jahrbücher des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen —; Graphisch-statistische Tabellen der Reichsbank.

Die Entwicklung der Privatbankiers von Ende 1950 bis Ende 1960

Bei der nachstehenden Analyse erschien es angezeigt, die Entwicklung der Privatbankiers mit der anderer Bankengruppen bzw. der Gesamtheit der Banken zu vergleichen. Sinnvoll ist ein derartiger Vergleich jedoch nur dann, wenn die Geschäftsstruktur der betreffenden Institutsgruppen große Ähnlichkeiten aufweist. Das ist am ehesten bei der eingangs beschriebenen „Vergleichsgruppe“ der Fall sowie — mit gewissen Einschränkungen — bei der Gruppe der Kreditbanken, der die Privatbankiers im Rahmen unserer Bankenstatistik zugeordnet sind. Auf eine Gegenüberstellung mit den überwiegend im langfristigen Geschäft tätigen Banken, beispielsweise den Hypothekenbanken, aber auch den Sparkassen, wurde verzichtet, da diese Gruppen aus Gründen, die in dem eingangs zitierten Aufsatz vom März d. J. dargelegt wurden — u. a. starke Expansion des langfristigen Kreditgeschäfts, bedeutender Umfang der über diese Institute laufenden öffentlichen Kreditprogramme — eine andersartige Entwicklung genommen haben. Dies muß auch bei einem Vergleich der Privatbankiers mit der Gesamtheit der Banken, welche die Institute des langfristigen Geschäfts mit umfaßt, im Auge behalten werden.

Außerdem ist bei einer Beurteilung der nachstehend geschilderten Ergebnisse zu berücksichtigen, daß die Gruppe der Privatbankiers auf Grund der teilweise völlig verschiedenartigen geschäftlichen Betätigung ihrer einzelnen Institute sehr heterogen ist, so daß die Entwicklung bei einzelnen Instituten merklich von derjenigen der gesamten Gruppe abweichen kann. Auch werden im folgenden nur solche Geschäftssparten untersucht, die sich zahlenmäßig in den Bankbilanzen niederschlagen, während die verschiedenen Sparten des Dienstleistungsgeschäfts, bei denen die Bedeutung der Privatbankiers sehr groß sein dürfte, außer Betracht bleiben, weil hierüber keine ausreichenden Zahlenunterlagen zur Verfügung stehen.

Größenklassen-Gliederung

Vollständige Angaben über die Gesamtzahl der Privatbankiers stehen für die Nachkriegszeit erst seit dem Jahre 1953 zur Verfügung. Für das Ende dieses Jahres wird die Zahl der in der Bundesrepublik und in West-Berlin arbeitenden Privatbankiers mit 268 ausgewiesen. Sie ging in den folgenden Jahren weiter — bis auf 232 Ende 1960 — zurück. Die Zahlenangabe für Ende 1960 umfaßt auch die zwei im Saarland domizilierenden Institute. Bei einem Vergleich mit der zuvor genannten Zahl für Ende 1938 (520 Institute) ist zu berücksich-

tigen, daß sich die Angaben auf verschiedene Gebiete beziehen — nämlich einmal auf das Reichsgebiet in seiner Abgrenzung von Ende 1938, zum andern auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland — und daß nach 1945 in Berlin, wo bei Kriegsende allein etwa 60 Privatbankiers tätig gewesen waren, die Bankgeschäfte geschlossen worden sind. Es sei aber schon hier darauf hingewiesen, daß trotz der weiteren Verminderung der Zahl der Institute ihre Bedeutung im Rahmen des gesamten Bankwesens nicht weiter zurückgegangen ist, sondern im Vergleich zum Jahre 1938 wesentlich zugenommen hat.

Den nachstehenden Ausführungen über die Größenklassengliederung liegt nun nicht die oben erwähnte Gesamtzahl, sondern die Zahl der im Rahmen der Bankenstatistik berichtenden Institute zugrunde, da das für die folgenden Abschnitte dieses Aufsatzes verwendete Material auf den Ziffern der Bankenstatistik beruht. Die für Ende 1950 mitgeteilte Angabe ist nur mit Einschränkungen verwendbar, da damals die kleineren Institute nicht berichtspflichtig waren. Die Unterschiede zwischen der Gesamtzahl der Institute und der Zahl der berichtspflichtigen Institute, die in allen Jahren seit 1953 bestanden, sind einmal auf zeitliche Differenzen zurückzuführen, die dadurch auftreten, daß neue Institute bereits im Zeitpunkt ihrer Zulassung als vorhanden gezählt, in die bankstatistischen Erhebungen jedoch erst nach Aufnahme der Geschäftstätigkeit einbezogen wurden. Zum andern fehlt in der Bankenstatistik der Deutschen Bundesbank eine größere Zahl von Privatbankiers aus dem Hamburger Raum, die fast ausschließlich Effektenkommissionsgeschäfte betreiben.

Kennzeichnend für die Struktur des Privatbankiergewerbes ist die Verteilung der Institute auf die nach dem Umfang der „einfachen“ Bilanzsumme¹⁾ abgegrenzten Größenklassen sowie deren Veränderung im Berichtszeitraum. Die kleinen Institute waren während des ganzen Untersuchungszeitraums weitaus in der Mehrzahl. Die Klasse mit dem größten Bestand an Instituten war diejenige mit einer Bilanzsumme von 1 bis unter 5 Mio DM, während die Größenklasse mit einer Bilanzsumme von 100 Mio DM und darüber am schwächsten besetzt war. Das Bild ändert sich jedoch völlig, wenn man vom Anteil der in den einzelnen Größenklassen zusammengefaßten Institute an der gesamten Bilanzsumme dieser Institutsgruppe ausgeht: Auf die der Zahl nach am stärksten besetzten Größenklassen mit Bilanzsummen unter 5 Mio DM entfielen im Durchschnitt der Jahre von Ende 1950 bis Ende 1960 lediglich rd. 6 vH, auf die Größen-

¹⁾ Bilanzsumme gemäß Meldungen zur monatlichen Bankenstatistik (Zwischenbilanz).

Tab. 3:

Zahl und Bilanzsumme der Privatbankiers und Gliederung der monatlich berichtenden Privatbankiers nach Größenklassen
Bilanzsumme¹⁾ in Mio DM

Jahresende	Gesamtzahl der Privatbankiers	Davon berichten (gem. der geltenden Vorschriften) zur monatlichen Bilanzstatistik		Verteilung (gem. Bilanzsumme) auf Größenklassen															
				unter 500 Tsd DM		500 Tsd DM bis unter 1 Mio DM		1 Mio DM bis unter 5 Mio DM		5 Mio DM bis unter 10 Mio DM		10 Mio DM bis unter 25 Mio DM		25 Mio DM bis unter 50 Mio DM		50 Mio DM bis unter 100 Mio DM		100 Mio DM und darüber	
				Zahl	Bilanzsumme	Zahl	Bilanzsumme	Zahl	Bilanzsumme	Zahl	Bilanzsumme	Zahl	Bilanzsumme	Zahl	Bilanzsumme	Zahl	Bilanzsumme	Zahl	Bilanzsumme
1950	.	156	1 391,2	16	5,6	36	26,8	62	153,2	12	85,0	15	251,4	5	164,3	9 ²⁾	704,8 ³⁾	. ⁴⁾	. ⁵⁾
1951	.	233	1 798,7	64	13,3	47	35,1	67	149,9	20	139,1	16	265,5	8	259,8	7	498,1	3	437,9
1952	.	225	2 061,9	54	12,3	33	24,5	78	183,5	21	141,4	17	280,2	11	383,7	6	392,0	4	644,3
1953	268	213	2 399,8	41	10,2	26	19,4	78	176,5	29	205,7	15	261,0	10	371,1	8	488,7	5	867,3
1954	256	211	2 654,2	33	9,1	26	19,7	79	189,2	26	175,7	20	328,9	14	515,7	8	547,7	4	868,2
1955	251	213	2 981,9	28	7,4	29	21,5	83	217,9	22	145,1	25	427,9	9	336,4	11	711,5	5	1 114,3
1956	249	222	3 342,3	33	8,7	25	17,9	81	200,1	28	183,1	23	372,7	15	524,3	12	853,1	5	1 182,4
1957	240	217	3 898,2	26	6,4	30	21,2	75	211,0	26	173,8	23	381,9	15	486,9	14	947,5	8	1 669,6
1958	232	212	4 263,4	22	5,8	26	18,7	59	147,7	41	274,4	21	339,8	20	650,7	14	963,2	9	1 863,1
1959	230	210	5 006,2	19	5,3	25	18,4	58	150,9	34	242,7	28	466,6	21	764,1	15	1 068,1	10	2 290,0
1960 ⁶⁾	232	209	5 952,0	20	5,9	14	10,4	63	162,5	29	213,1	32	510,3	19	648,0	19	1 358,2	13	3 043,7

¹⁾ Bilanzsumme gem. Meldungen zur monatlichen Bilanzstatistik (Zwischenbilanz). — ²⁾ Kreditinstitute mit einer Bilanzsumme von 50 Mio DM und darüber. — ³⁾ Im Hinblick auf § 18 Satz 4 BBkG mit den Angaben für die Größenklasse 50 Mio DM bis unter 100 Mio DM zusammengefaßt; s. auch Anmerkung ⁵⁾. — ⁴⁾ Erstmals einschl. der Kreditinstitute im Saarland.

Klasse von 100 Mio DM und darüber dagegen nahezu 40 vH der Bilanzsumme aller Privatbankierfirmen.

Im Verlauf des Untersuchungszeitraums haben die Klassen der Institute mit einer Bilanzsumme unter 1 Mio DM sowohl der Zahl als auch dem Bilanzumfang nach gegenüber den die größeren Institute umfassenden Klassen ständig an Bedeutung verloren. Bei den Klassen mit einer Bilanzsumme von 1 bis unter 100 Mio DM stieg die Zahl der Institute; die durchschnittliche Bilanzsumme war jedoch — von Schwankungen in den einzelnen Jahren abgesehen — am Ende der Berichtsperiode annähernd dieselbe wie Ende 1950. Lediglich bei der Größenklasse der Institute mit einer Bilanzsumme von 100 Mio DM und darüber stieg sowohl die Zahl (Ende 1951: 3 Institute, Ende 1960: 13 Institute) als auch die durchschnittliche Bilanzsumme — letztere sogar sehr beträchtlich (durchschnittliche Bilanzsumme Ende 1951 rd. 146 Mio DM und Ende 1960 rd. 235 Mio DM)¹⁾. Infolgedessen entfiel auf diese Größenklasse Ende 1960 gut die Hälfte der Bilanzsumme aller Privatbankiers, während dieser Anteil Ende 1951 erst knapp ein Viertel ausgemacht hatte. Allein die drei größten Privatbankierfirmen konnten Ende 1960 eine Quote von rd. 25 vH der Bilanzsumme aller Privatbankiers auf sich vereinigen.

Der Rückgang der Zahl der Institute in einer bestimmten Größenklasse ist in der Regel darauf zurückzuführen, daß Institute auf Grund ihres Wachstums in höhere Größenklassen aufrückten, während per Saldo weniger Institute nachwachsen. Es ist aber auch mög-

lich, daß Institute auf Grund der Übernahme durch andere Institute, durch Fusion oder Liquidation oder infolge der Änderung der Rechtsform überhaupt aus der Gruppe der Privatbankiers ausgeschieden sind. Derartige Vorgänge beeinflussten die bei den Größenklassen mit einer Bilanzsumme unter 1 Mio DM in der Berichtsperiode besonders starke Bestandsabnahme maßgeblich: Zu dem Anfangsbestand von 52 Instituten mit einer Bilanzsumme unter 1 Mio DM traten im Verlauf des Untersuchungszeitraums 106 Institute. Ausgeschieden sind aus dieser Größenklasse im Verlaufe der Periode von Ende 1950 bis Ende 1960 124 Institute. Davon sind 69 Institute in höhere Klassen hineingewachsen, während 55 Institute auf Grund der Übernahme durch andere Institute, auf Grund einer Fusion, einer Liquidation oder aber einer Änderung der Rechtsform aus dieser Größenklasse ausgeschieden sind.

Beschränkt man die Untersuchung auf diejenigen Institute, die während des gesamten Zeitraums von 1950 bis 1960 tätig waren, d. h. läßt man die Zu- und Abgänge während dieser Periode außer Betracht, so zeigt es sich, daß die Institute, die sich Ende 1960 in den die Bilanzsummen von 25 bis unter 50 Mio DM und 100 Mio DM und darüber umfassenden Größenklassen befunden haben, weitaus am stärksten gewachsen sind. Relativ hoch waren auch die Wachstumskoeffizienten der kleineren Institute mit einer Bilanzsumme zwischen 1 Mio bis unter 10 Mio DM. In den letzten fünf Jahren des Untersuchungszeitraums hat sich vor allem die Bilanzsumme der „Mittelgruppen“ zwischen 10 und 100 Mio DM beträchtlich erhöht, während das bilanzielle Wachstum der ganz kleinen In-

¹⁾ Da sich Ende 1950 nur 2 Institute in der Größenklasse mit einer Bilanzsumme von 100 Mio DM und darüber befanden, muß im Hinblick auf § 18 Satz 4 BBkG eine Angabe ihrer Bilanzsumme für diesen Zeitpunkt unterbleiben.

stitute (bis unter 1 Mio DM) nur gering war. Es sei noch einmal darauf hingewiesen, daß die sehr unterschiedlichen Wachstumsraten, die nach dem Stande von Ende 1960 rückwirkend für die einzelnen Größenklassen ermittelt wurden, Ausdruck dafür sind, in welchem Maße Institute, die sich zu Beginn der hier behandelten Periode in den unteren Gruppen befunden hatten, inzwischen in höhere Größenklassen hineingewachsen sind.

Tab. 4: Wachstumskoeffizienten der Bilanzsummen¹⁾ bei den von Ende 1950 (bzw. 1955) bis Ende 1960 tätigen Privatbankiers²⁾ nach Größenklassen

Zeitraum	Privatbankiers mit einer Bilanzsumme Ende 1960 von . . . Mio DM						
	0 bis unter 1	1 bis unter 5	5 bis unter 10	10 bis unter 25	25 bis unter 50	50 bis unter 100	100 u. darüber
Ende 1950 bis Ende 1960	· *)	3,50	3,97	3,30	5,12	2,88	4,35
Ende 1950 bis Ende 1955	· *)	2,26	2,46	1,81	2,29	1,65	2,47
Ende 1955 bis Ende 1960	1,32	1,75	1,81	2,06	2,38	2,07	1,80

¹⁾ Bilanzsummen gemäß Meldungen zur monatlichen Bilanzstatistik (Zwischenbilanz) am Ende des jeweiligen Untersuchungszeitraums dividiert durch die Bilanzsummen zu Beginn des Untersuchungszeitraums. — ²⁾ Ende 1950 bis Ende 1960 und Ende 1950 bis Ende 1955: 108 Institute, Ende 1955 bis Ende 1960: 179 Institute. — ³⁾ Da bis Oktober 1951 alle Institute, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mio RM betragen hatte, von der Berichtspflicht ausgenommen waren, liegen für die Institute dieser Größenklasse für Ende 1950 keine Angaben vor.

Struktur und Entwicklung des Kreditgeschäfts

Die Kreditstruktur der Privatbankiers entsprach sowohl hinsichtlich der Laufzeit der Kredite wie auch hinsichtlich ihrer Verteilung auf die verschiedenen Sektoren während der untersuchten Periode in großen Zügen derjenigen aller Kreditbanken. So überwog bei den Privatbankiers das kurzfristige Kreditgeschäft, während der Umfang ihrer mittel- und langfristigen Ausleihungen vergleichsweise sehr gering war. Kreditnehmer waren nahezu ausschließlich Wirtschaftsunternehmen und Private; die Kredite an öffentliche Stellen und an Banken waren dagegen praktisch bedeutungslos.

Die große Rolle, die die kurzfristigen Kredite an Nichtbanken im Rahmen des gesamten Kreditgeschäfts der Privatbankiers spielten, kommt vor allem darin zum Ausdruck, daß sie Ende 1960 noch rd. 84 vH aller von diesen Instituten an Nichtbanken gewährten Kredite ausmachten gegen rd. 80 vH bei der „Vergleichsgruppe“ und rd. 67 vH bei der Gesamtheit der Kreditbanken (s. Tab. 6). An den kurzfristigen Krediten aller Kreditbanken waren die Privatbankiers im Untersuchungszeitraum mit durchschnittlich 12,8 vH beteiligt (s. Tab. 5). Zwar ist dieser Anteil in den ersten Jahren nach 1950 (Ende 1950: 14,4 vH) zurückgegangen (Ende 1955: 11,8 vH), anschließend jedoch wieder verhältnismäßig stark gestiegen (Ende 1960: 13,0 vH).

Im großen und ganzen hat die Gesamtheit der Privatbankiers also ihren Platz in dieser Geschäftssparte behauptet. Die mittel- und langfristigen Kredite der Privatbankiers an Nichtbanken sind in den vergangenen 10 Jahren, prozentual gesehen, besonders kräftig gewachsen; da aber der Anfangsbestand sehr niedrig gewesen war, waren sie dem absoluten Umfang nach auch Ende 1960 nur unbedeutend. Am Volumen der mittel- und langfristigen Kredite aller Kreditbanken waren die Privatbankiers Ende 1960 nur noch mit 4,9 vH beteiligt gegen 8,8 vH Ende 1950. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß das Volumen der mittel- und langfristigen Kredite der Kreditbanken maßgeblich von den dieser Gruppe zugeordneten Staats-, Regional- und Lokalbanken beeinflusst wurde, unter denen vor allem die beiden „gemischten“ Hypothekendarlehenbanken sowie die Staatsbanken ein umfangreiches langfristiges Kreditgeschäft betreiben. Eliminiert man diese Institute aus der Gruppe der Kreditbanken, so erhöht sich die Quote der Privatbankiers beträchtlich (Ende 1950: 15,2 vH, Ende 1960: 8,3 vH); die während des Untersuchungszeitraums rückläufige Entwicklung des Anteils der Privatbankiers an dieser Geschäftssparte tritt aber auch bei dieser Betrachtungsweise deutlich zutage.

Es wurde bereits erwähnt, daß die Verteilung der Kredite der Privatbankiers auf die einzelnen Sektoren weitgehend derjenigen der Kreditbanken entspricht (s. Tab. 9). So machten die Kredite an ausländische Kreditnehmer, die freilich erst in den letzten Jahren stärker zunahm und — absolut gesehen — nach wie vor noch sehr niedrig sind, bei den Privatbankiers Ende 1960, ebenso wie bei den Kreditbanken, rd. 3,5 vH der gesamten Kredite aus. Der Prozentsatz war reichlich doppelt so hoch wie im Durchschnitt aller Banken. Schon dadurch wird das relativ starke Engagement der Privatbankiers gegenüber dem Ausland deutlich, wenn es auch hier weit weniger in Erscheinung tritt als auf der Passivseite der Bilanz, auf die später noch einzugehen sein wird.

Bei der im Rahmen der Bankenstatistik wichtigsten Aufgliederung der Kredite auf Banken einerseits und Nichtbanken andererseits fällt der ungewöhnlich hohe Umfang der Kredite der Privatbankiers an Nichtbanken auf (s. Tab. 7). Sie beliefen sich im Durchschnitt der letzten 10 Jahre auf rd. 96 vH der gesamten Ausleihungen gegen rd. 89 vH bei der „Vergleichsgruppe“ und rd. 85 vH bei der Gesamtheit der Banken. Dies deutet bereits auf die Nettoschuldnerposition der Privatbankiers im Rahmen der Interbankverflechtung hin, die an anderer Stelle (vgl. S. 20) ausführlich analysiert wird. Die Kredite an Nichtbanken entfielen fast aus-

Zur Entwicklung des Kreditgeschäfts

Tab. 5:
Kredite der Privatbankiers an Nichtbanken nach Fristigkeit
Stand am Jahresende

Jahresende	Kredite der Privatbankiers an Nichtbanken			
	insgesamt ¹⁾²⁾	kurzfristige Kredite ¹⁾	mittelfristige Kredite ²⁾	langfristige Kredite ²⁾
	Mio DM			
1950	1 332,2	1 258,0	42,4	31,8
1951	1 611,7	1 461,3	76,5	73,9
1952	1 737,1	1 530,0	95,9	111,2
1953	1 985,0	1 736,8	86,3	161,9
1954	2 144,9	1 849,8	90,3	204,8
1955	2 440,6	2 094,5	103,8	242,3
1956	2 673,7	2 300,6	133,4	239,7
1957	2 903,2	2 487,4	181,3	234,5
1958	3 022,8	2 556,8	231,9	234,1
1959	3 258,2	2 707,0	285,2	266,0
1960 ³⁾	3 845,9	3 242,3	304,1	299,5
	vH der Kredite der Kreditbanken an Nichtbanken			
1950	13,9	14,4	19,1	5,1
1951	13,3	13,9	13,6	7,0
1952	11,9	12,4	15,4	6,8
1953	11,6	12,7	8,5	6,7
1954	10,5	11,7	7,6	6,2
1955	10,5	11,8	7,2	5,9
1956	10,6	12,3	7,7	5,0
1957	10,9	12,8	8,8	4,5
1958	10,8	13,2	8,6	3,9
1959	10,2	12,9	6,8	3,9
1960 ³⁾	10,3	13,0	6,5	3,9

¹⁾ Ohne Bestände an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen. —
²⁾ Einschl. durchlaufende Kredite. — ³⁾ Erstmals einschl. der Kreditinstitute im Saarland.

Tab. 6:

Anteil der einzelnen Befristungskategorien am Gesamtbetrag der ausstehenden Kredite an Nichtbanken bei allen Banken und ausgewählten Bankengruppen (in vH)

Jahresende ¹⁾	Alle Bankengruppen	darunter		
		Kreditbanken	darunter	
			Privatbankiers	„Vergleichsgruppe“ ²⁾
		Kurzfristige Kredite ³⁾		
1950	65,0	91,2	94,4	93,0
1955	40,6	76,2	85,8	80,2
1960	30,0	66,8	84,3	79,9
		Mittelfristige Kredite ⁴⁾		
1950	5,0	2,3	3,2	1,5
1955	7,3	6,1	4,3	7,8
1960	9,0	12,6	7,9	10,4
		Langfristige Kredite ⁴⁾		
1950	29,9	6,5	2,4	5,5
1955	52,1	17,7	9,9	12,0
1960	61,0	20,6	7,8	9,7

¹⁾ 1960 erstmals einschl. der Kreditinstitute im Saarland. — ²⁾ Ausgewählte Institute aus der Gruppe „Staats-, Regional- und Lokalbanken“, im einzelnen s. die betr. Erläuterungen im einleitenden Abschnitt. — ³⁾ Ohne Bestände an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen. — ⁴⁾ Einschl. durchlaufende Kredite.

Tab. 7:

Kredite der Privatbankiers nach Wirtschaftssektoren
Stand am Jahresende

Jahresende	insgesamt	Inländer ¹⁾	Ausländer ¹⁾	Nichtbanken (inländische und ausländische)			Kreditinstitute (inländische und ausländische)
				insgesamt ²⁾	Wirtschaftsunternehmen und Private	Öffentliche Stellen ²⁾	
	Mio DM						
1950	1 378,8	-	-	1 332,2	1 329,7	2,5	46,6
1951	1 700,7	-	-	1 611,7	1 609,2	2,5	89,0
1952	1 811,2	-	-	1 737,1	1 735,0	2,1	74,1
1953	2 059,3	-	-	1 985,0	1 983,6	1,4	74,3
1954	2 235,6	-	-	2 144,9	2 141,6	3,3	90,7
1955	2 543,9	-	-	2 440,6	2 435,5	5,1	103,3
1956	2 782,9	-	-	2 673,7	2 664,0	9,7	109,2
1957	3 029,0	2 995,9	33,1	2 903,2	2 891,0	12,2	125,8
1958	3 174,2	3 105,1	69,1	3 022,8	3 019,6	3,2	151,4
1959	3 452,0	3 323,0	129,0	3 258,2	3 255,9	2,3	193,8
1960 ³⁾	4 058,3	3 911,4	146,9	3 845,9	3 843,6	2,3	212,4
	vH der Kredite der Kreditbanken						
1950	13,9	-	-	13,9	14,0	2,5	12,7
1951	13,4	-	-	13,3	13,4	1,9	15,6
1952	11,7	-	-	11,9	12,0	1,3	8,9
1953	11,4	-	-	11,6	11,8	0,6	7,4
1954	10,4	-	-	10,5	10,7	1,1	7,7
1955	10,2	-	-	10,5	10,6	1,2	6,2
1956	10,3	-	-	10,6	10,8	2,0	6,0
1957	10,5	10,6	7,1	10,9	11,1	1,8	6,2
1958	10,5	10,5	8,0	10,8	11,2	0,3	6,7
1959	9,9	9,9	9,2	10,2	10,7	0,2	6,5
1960 ³⁾	10,0	10,0	10,3	10,3	10,8	0,2	6,5

¹⁾ Nichtbanken und Kreditinstitute. — ²⁾ Ohne Bestände an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen. — ³⁾ Erstmals einschließlich der Kreditinstitute im Saarland.

Tab. 8:

Das Teilzahlungs- und Kleinkreditgeschäft der Privatbankiers
Stand am Jahresende

Jahresende	Teilzahlungskredite		Kleinkredite ¹⁾	
	Mio DM	vH der Teilzahlungskredite aller Kreditbanken	Mio DM	vH der Kleinkredite aller Kreditbanken
1951	7,9	6,1	—	—
1952	19,9	11,3	—	—
1953	23,3	10,1	—	—
1954	23,6	8,6	—	—
1955	32,2	9,3	—	—
1956	31,2	8,2	—	—
1957	37,5	9,4	—	—
1958	47,0	11,1	—	—
1959	50,8	9,9	9,4	3,2
1960 ²⁾	77,6	12,8	22,2	4,8

¹⁾ Mittelfristige Darlehen mit vereinbarter Tilgung, deren ursprünglicher Auszahlungsbetrag 2000 DM nicht übersteigt. — ²⁾ Erstmals einschl. der Kreditinstitute im Saarland.

nahmslos auf solche an Wirtschaftsunternehmen und Private (Ende 1960 zu 99,9 vH). An dem Gesamtbetrag der von der Gruppe der Kreditbanken an Wirtschaftsunternehmen und Private gewährten Kredite machten sie in allen Jahren seit 1954 rd. 11 vH aus. Mit etwa der gleichen Quote waren die Privatbankiers im Durchschnitt der letzten 4 Jahre auch am Gesamtbetrag der von den Kreditbanken gewährten Teilzahlungskredite beteiligt (s. Tab. 8). Das seit 1959 in der Bankenstatistik erfaßte Kleinkreditgeschäft blieb dagegen bei den Privatbankiers bisher ohne Bedeutung.

Da die kurzfristigen Kredite an Nichtbanken im Rahmen der Gesamtkredite der Privatbankiers während des untersuchten Zeitraums dominierten, während gleichzeitig das kurzfristige Kreditgeschäft aller Banken von dem langfristigen umfangmäßig weit überflügelt wurde, ist das gesamte Kreditvolumen der Privatbankiers — ebenso wie das anderer Banken mit vorwiegend kurzfristigem Geschäft — von 1950 bis 1960 nicht so stark gewachsen wie das Kreditvolumen aller Banken, das in starkem Maße durch die Entwicklung der im langfristigen Geschäft tätigen Institute bestimmt wurde. Der Bestand sämtlicher Kredite der Privatbankiers stieg im untersuchten Zeitraum auf das 2,9-fache seines Standes von Ende 1950, während er sich bei allen Banken auf das 6,3-fache erhöhte. Hinter der Kreditexpansion der Institute mit überwiegend kurzfristigem Geschäft — für die „Vergleichsgruppe“ ergibt sich eine Zunahme auf das 3,8-fache, für die Gesamtheit der Kreditbanken auf das 4,1-fache bzw. (nach Ausschaltung der „gemischten“ Hypothekenbanken und der Staatsbanken) auf das 3,8-fache — blieb die der Privatbankiers weit weniger zurück. Daß die Privatbankiers aber auch nicht ganz mit den vergleichbaren Instituten Schritt halten konnten, lag hauptsächlich daran, daß bei ihnen das kurzfristige Kreditgeschäft noch stärker im Vordergrund stand als bei diesen Instituten. Tatsächlich sind die kurzfristigen Kredite der Privatbankiers an Nichtbanken im Untersuchungszeitraum fast ebenso stark gestiegen wie die der Kreditbanken, nämlich auf das 2,6-fache ihres Standes von Ende 1950 im Vergleich zum 2,8-fachen bei den Kreditbanken.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, daß die Position „Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen“ unter den Aktiva der Privatbankiers einen relativ großen Raum einnimmt¹⁾; der Anteil dieser Anlagen am Geschäftsvolumen der Privatbankiers betrug nämlich

¹⁾ Vgl. hierzu die Tabellen im Anhang des Aufsatzes über „Die Stellung der einzelnen Institutgruppen im deutschen Banksystem“, a. a. O., S. 37 ff.

Tab. 9: Anteil der Wirtschaftssektoren am Gesamtbetrag der ausstehenden Kredite bei allen Banken und ausgewählten Bankengruppen (in vH)

Jahresende ¹⁾	Alle Bankengruppen	darunter		
		Kreditbanken	darunter	
			Privatbankiers	„Vergleichsgruppe“ ²⁾
vH der gesamten Kredite der jeweiligen Bankengruppe				
Kredite an Inländer ³⁾				
1957	99,5	98,4	98,9	98,0
1958	99,1	97,1	97,8	97,8
1959	98,5	96,0	96,3	96,3
1960	98,3	96,5	96,4	96,2
Kredite an Ausländer ³⁾				
1957	0,5	1,6	1,1	2,0
1958	0,9	2,9	2,2	2,2
1959	1,5	4,0	3,7	3,7
1960	1,7	3,5	3,6	3,8
Kredite an Nichtbanken (in- und ausländische) ⁴⁾				
1950	83,4	96,3	96,6	90,4
1955	84,1	93,3	95,9	89,2
1960	86,1	92,0	94,8	88,6
Kredite an Kreditinstitute (in- und ausländische)				
1950	16,6	3,7	3,4	9,6
1955	15,9	6,7	4,1	10,8
1960	13,9	8,0	5,2	11,4
vH der Kredite an Nichtbanken der jeweiligen Bankengruppe				
Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private (in- und ausländische)				
1950	93,4	99,0	99,8	99,8
1955	88,7	98,2	99,8	99,9
1960	84,9	95,9	99,9	99,5
Kredite an öffentliche Stellen (in- und ausländische) ⁴⁾				
1950	6,6	1,0	0,2	0,2
1955	11,3	1,8	0,2	0,1
1960	15,1	4,1	0,1	0,5

¹⁾ 1960 erstmals einschließlich der Kreditinstitute im Saarland. — ²⁾ Ausgewählte Institute aus der Gruppe „Staats-, Regional- und Lokalbanken“, im einzelnen s. die betreffenden Erläuterungen im einleitenden Abschnitt. — ³⁾ Nichtbanken und Kreditinstitute. — ⁴⁾ Ohne Bestände an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen.

Ende 1960 rd. 12 vH, während er sich bei den Kreditbanken auf rd. 9 vH und bei allen Banken auf rd. 7,5 vH stellte. An den Wertpapieren und Konsortialbeteiligungen im Bestand aller Kreditbanken waren die Privatbankiers Ende 1960 mit rd. 14 vH beteiligt. Unter den Wertpapieren spielten die Dividendenwerte eine vergleichsweise große Rolle. Auf sie entfielen Ende 1960 rd. 45 vH der gesamten Wertpapierbestände gegenüber rd. 37 vH bei der Gesamtheit der Kreditbanken. In dem relativ hohen Bestand an Wertpapieren und Konsortialbeteiligungen wirkt sich die große Bedeutung, die das Börsengeschäft für die Privatbankiers hat, auch bilanziell aus.

Struktur und Entwicklung des Einlagengeschäfts

Die Einlagen bei den Privatbankiers sind in den letzten 10 Jahren — prozentual gesehen — ebenso stark gestiegen wie die der Kreditbanken, nämlich auf das 5,3-fache ihres Standes von Ende 1950. Die Zuwachsrate war nur wenig geringer als die der „Vergleichsgruppe“ (5,6-fache) und blieb — anders als im Fall der Kredite — auch nicht nennenswert hinter der aller Banken zurück (6,4-fache).

Positiv dürfte sich auf das Depositengeschäft der Privatbankiers der Zinsvoraus ausgewirkt haben, weil bei dieser Gruppe die kleinen Institute, denen ein Zinsvoraus zugestanden wurde, in großer Zahl vertreten sind. Dem wirkten allerdings einige andere Faktoren entgegen. So dürfte das Depositengeschäft der Privatbankiers dadurch negativ beeinflusst worden sein, daß sich die Öffentlichkeit kein Bild über die Ver-

hältnisse, besonders aber über die Kapitalkraft der Privatbankiers machen kann, da diese keine Geschäftsberichte und Bilanzen veröffentlichen. Auch das Fehlen der Einlagen der öffentlichen Hand spielte in diesem Zusammenhang eine Rolle. Schließlich erreichen die Privatbankiers vielfach nicht die Kundennähe wie andere Kreditinstitute mit einem dichten Filialnetz.

Im Gegensatz zu den Krediten, die zu etwa 85 vH kurzfristig gewährt wurden, war die Laufzeit der Einlagen zu einem erheblichen Teil längerfristig (s. Tab. 10). Auf die Sichteinlagen, die Ende 1950 mit 70 vH den überwiegenden Teil aller Einlagen ausmachten, entfielen Ende 1960 nur noch rd. 44 vH des Gesamtbetrages (s. Tab. 12). Ihr Anteil war damit kaum noch höher als der der Termineinlagen, der zum gleichen Zeitpunkt rd. 43 vH betrug gegen rd. 26 vH Ende 1950. Prozentual sind die Termineinlagen der Privatbankiers im Untersuchungszeitraum weit stärker gewachsen als die der Kreditbanken, ja sogar stärker als die aller Banken. Infolgedessen ist von Ende 1950 bis Ende 1960 ihr Anteil an den Termineinlagen sowohl der Kreditbanken (von 7,9 auf 10,8 vH), als auch aller Banken (von 4,2 auf 5,5 vH), gestiegen. Die starke Zunahme der Termineinlagen bei Privatbankiers dürfte u. a. darauf zurückzuführen sein, daß grundsätzlich alle Privatbankiers bei Termineinlagen die festgesetzten Höchstzinssätze im Rahmen des ihnen zugebilligten Zinsvoraus überschreiten dürfen, während dies den übrigen Kreditinstituten nur dann gestattet ist, wenn ihre Bilanzsumme nicht mehr als 60 Mio DM (bei den Kreditgenossenschaften 40 Mio DM) beträgt¹⁾. Im Vergleich zu den Termineinlagen spielen die bei den Privatbankiers unterhaltenen Spareinlagen nach wie vor nur eine geringe Rolle. Ende 1960 machten sie nur knapp 13 vH der gesamten Einlagen aus. Sie sind zwar, prozentual gesehen, seit Ende 1950 stärker gestiegen als die Spareinlagen aller Banken; dies besagt jedoch nicht viel, da der Anfangsbestand außerordentlich niedrig gewesen war.

Die Verteilung der Einlagen bei den Privatbankiers auf die einzelnen Sektoren unterscheidet sich in mancher Hinsicht von der für die Kreditbanken typischen Struktur und mehr noch von der bei allen Banken vorherrschenden Verteilung (s. Tab. 11 und 13). So ist einmal der Anteil der Einlagen von Ausländern bei den Privatbankiers höher als bei den Kreditbanken. Zwar wies dieser Anteilsatz in den letzten Jahren

Tab. 13: Anteil der Wirtschaftssektoren am Gesamtbetrag der bei allen Banken und bei ausgewählten Bankengruppen unterhaltenen Einlagen (in vH)

Jahresende ¹⁾	Alle Bankengruppen	darunter		
		Kreditbanken	darunter	
			Privatbankiers	„Vergleichsgruppe“ ²⁾
vH der gesamten Einlagen der jeweiligen Bankengruppe				
Inländer ³⁾				
1957	97,3	93,4	90,8	93,6
1958	97,3	93,0	91,9	93,9
1959	97,1	92,5	90,0	92,7
1960	97,3	92,8	92,2	94,1
Ausländer ³⁾				
1957	2,7	6,6	9,2	6,4
1958	2,7	7,0	8,1	6,1
1959	2,9	7,5	10,0	7,3
1960	2,7	7,2	7,8	5,9
Nichtbanken (in- und ausländische)				
1950	90,4	91,1	91,0	89,9
1955	83,6	79,5	80,3	79,0
1960	82,1	81,1	73,0	75,3
Kreditinstitute (in- und ausländische)				
1950	9,6	8,9	9,0	10,1
1955	16,4	20,5	19,7	21,0
1960	17,9	18,9	27,0	24,7
vH der Einlagen von in- und ausländischen Nichtbanken der jeweiligen Bankengruppe Wirtschaftsunternehmen und Private				
1950
1955	82,5	85,8	96,1	87,3
1960	84,7	84,9	95,9	87,3
Öffentliche Stellen				
1950
1955	17,5	14,2	3,9	12,7
1960	15,3	15,1	4,1	12,7

¹⁾ 1960 erstmals einschl. der Kreditinstitute im Saarland. — ²⁾ Ausgewählte Institute aus der Gruppe „Staats-, Regional- und Lokalbanken“. In einzelnen s. die betreffenden Erläuterungen im einleitenden Abschnitt. — ³⁾ Nichtbanken und Kreditinstitute.

¹⁾ Die Überschreitung der festgesetzten Höchstzinssätze im Rahmen des Zinsvoraus durch Privatbankiers mit einer Bilanzsumme von mehr als 60 Mio DM ist nach der derzeit geltenden Regelung allerdings nur dann zulässig, wenn die Kündigungs- und Festgelder des einzelnen Einlegers insgesamt DM 500 000,— nicht übersteigen.

Zur Entwicklung des Einlagengeschäfts

Tab. 10:

Einlagen bei den Privatbankiers nach Einlagenarten
und Fristigkeiten
Stand am Jahresende

Jahres- ende	ins- gesamt	Sicht- ein- lagen	Termineinlagen					Spar- ein- lagen
			ins- gesamt	Kündi- gungs- gelder	Festgelder			
					ins- gesamt	mit Laufzeit von		
Mio DM								
						30 bis 179 Tagen	180 Tagen u. dar- über	
1950	785,3	549,5	203,3	-	-	-	-	32,5
1951	1 076,5	646,8	373,1	-	-	-	-	56,6
1952	1 338,7	660,3	596,4	-	-	-	-	82,0
1953	1 624,7	802,0	706,4	-	-	-	-	116,3
1954	1 769,9	855,7	732,8	-	-	-	-	181,4
1955	1 941,9	951,2	772,1	-	-	-	-	218,6
1956	2 126,5	1 064,9	832,2	-	-	-	-	229,4
1957	2 545,5	1 193,0	1 075,0	-	-	-	-	277,5
1958	2 895,7	1 359,2	1 196,3	66,1	1 130,2	578,1	552,1	340,2
1959	3 548,0	1 606,8	1 521,8	93,0	1 428,8	768,6	660,2	419,4
1960 ¹⁾	4 156,1	1 837,8	1 791,8	76,4	1 715,4	858,1	857,3	526,5
vH der Einlagen bei den Kreditbanken								
1950	9,3	10,2	7,9	-	-	-	-	6,6
1951	9,6	9,8	9,4	-	-	-	-	7,9
1952	9,3	9,4	9,6	-	-	-	-	7,4
1953	9,1	10,1	8,7	-	-	-	-	6,7
1954	8,3	8,7	8,5	-	-	-	-	6,5
1955	8,4	8,8	8,8	-	-	-	-	6,2
1956	8,1	8,9	7,9	-	-	-	-	6,1
1957	8,2	8,7	8,4	-	-	-	-	6,0
1958	8,2	8,6	8,7	7,6	8,8	10,2	7,7	6,0
1959	8,7	8,9	9,8	9,7	9,8	12,1	8,1	5,9
1960 ¹⁾	9,4	9,5	10,8	7,1	11,0	12,3	10,0	6,3

¹⁾ Erstmals einschl. der Kreditinstitute im Saarland.

Tab. 11:

Sicht- und Termineinlagen bei den Privatbankiers
nach Wirtschaftssektoren
Stand am Jahresende

Jahres- ende	ins- gesamt	In- länder ¹⁾	Aus- länder ¹⁾	Nichtbanken (inländische und ausländische)			Kredit- institute (in- und auslän- dische)
				ins- gesamt	Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Öffent- liche Stellen	
Mio DM							
1950	752,8	-	-	682,3	663,6	18,7	70,5
1951	1 019,9	-	-	902,4	881,5	20,9	117,5
1952	1 256,7	-	-	1 030,1	1 003,3	26,8	226,6
1953	1 508,4	-	-	1 216,2	1 177,3	38,9	292,2
1954	1 588,5	-	-	1 217,0	1 171,4	45,6	371,5
1955	1 723,3	-	-	1 341,0	1 282,5	58,5	382,3
1956	1 897,1	-	-	1 461,7	1 410,1	51,6	435,4
1957	2 268,0	2 034,8	233,2	1 718,6	1 643,7	74,9	549,4
1958	2 555,5	2 320,9	234,6	1 869,0	1 783,8	85,2	686,5
1959	3 128,6	2 777,6	351,0	2 209,4	2 114,0	95,4	919,2
1960 ²⁾	3 629,6	3 319,9	309,0	2 506,7	2 394,8	111,9	1 122,9
vH der Sicht- und Termineinlagen bei Kreditbanken							
1950	9,5	-	-	9,5	10,7	1,9	9,4
1951	9,7	-	-	9,8	10,9	1,8	9,3
1952	9,5	-	-	9,6	11,0	1,6	9,2
1953	9,4	-	-	9,6	11,2	1,8	8,6
1954	8,6	-	-	8,9	10,3	1,9	7,7
1955	8,8	-	-	9,0	10,3	2,4	8,1
1956	8,4	-	-	8,5	10,0	1,7	8,0
1957	8,5	8,3	11,4	8,4	9,7	2,1	9,0
1958	8,7	8,6	9,6	8,1	9,5	2,0	10,9
1959	9,3	9,1	11,7	8,5	9,8	2,1	12,3
1960 ²⁾	10,1	10,1	10,2	9,1	10,6	2,2	13,4

¹⁾ Nichtbanken und Kreditinstitute. — ²⁾ Erstmals einschl. der Kreditinstitute im Saarland.

Tab. 12:

Anteil der einzelnen Befristungskategorien
am Gesamtbetrag der Einlagen bei allen Banken
und bei ausgewählten Bankengruppen (in vH)

Jahresende ¹⁾	Alle Banken- gruppen	darunter		
		Kredit- banken	darunter	
			Privat- bankiers	„Vergleichs- gruppe“ ²⁾
Sichteinlagen				
1950	55,2	63,8	70,0	64,8
1955	37,6	46,9	49,0	46,5
1960	32,5	43,6	44,2	42,5
Termineinlagen				
1950	24,2	30,3	25,9	30,6
1955	26,2	37,9	39,8	43,4
1960	25,6	37,5	43,1	45,6
Spareinlagen				
1950	20,6	5,9	4,1	4,6
1955	36,2	15,2	11,2	10,1
1960	41,9	18,9	12,7	11,9

¹⁾ 1960 erstmals einschl. der Kreditinstitute im Saarland. — ²⁾ Ausgewählte Institute aus der Gruppe „Staats-, Regional- und Lokalbanken“, im einzelnen s. die betreffenden Erläuterungen im einleitenden Abschnitt.

relativ starke Veränderungen auf — daß er von 10,0 vH Ende 1959 auf 7,8 vH Ende 1960 zurückging, dürfte mit den kreditpolitischen Maßnahmen dieses Jahres (insbesondere dem Verzinsungsverbot) in Verbindung gestanden haben —, im Durchschnitt der Jahresendstände 1957 bis 1960 war er aber mit rd. 9 vH höher als bei den Kreditbanken (rd. 7 vH) und rd. dreimal so groß wie im Durchschnitt aller Banken.

Demgegenüber ist der Anteil der Depositen von Nichtbanken an den gesamten Einlagen (von Inländern und Ausländern) bei den Privatbankiers im Verlauf des Untersuchungszeitraums weit stärker zurückgegangen als bei den Kreditbanken. Ende 1960 betrug er nur noch 73 vH. Er war damit fast ebenso hoch wie bei der „Vergleichsgruppe“ (75 vH), aber wesentlich niedriger als bei den Kreditbanken (81 vH) und im Durchschnitt aller Banken (82 vH). Unter den Einlagen von Nichtbanken fällt der außerordentlich niedrige Anteil der öffentlichen Einlagen auf; er war Ende 1960 mit rd. 4 vH zwar größer als der Anteil der Kredite an öffentliche Stellen, der sich nur auf 0,1 vH aller von den Privatbankiers gewährten Kredite belief, aber doch wesentlich niedriger als bei den Kreditbanken, bei denen er sich, ebenso wie bei allen Banken, auf 15 vH stellte.

Dem im Vergleich zu den Kreditbanken und der Gesamtheit aller Banken niedrigen Anteil der Einlagen von Nichtbanken entspricht der relativ hohe Umfang der bei den Privatbankiers von anderen Kreditinstituten unterhaltenen Einlagen. Mit 27 vH war dieser Ende 1960 wesentlich größer als bei den Kreditbanken (rd. 19 vH) (s. Tab. 13). An den Sicht- und Termineinlagen der Privatbankiers waren die Einlagen von Kreditinstituten sogar mit fast einem Drittel beteiligt. Dementsprechend ist auch der Anteil der Privatbankiers an den Einlagen von Banken bei allen Kreditbanken von 9,4 vH Ende 1950 auf 13,4 vH Ende 1960 gestiegen. Schon hier zeigt sich, was im nächsten Abschnitt noch deutlicher zum Ausdruck kommt, daß nämlich die Privatbankiers ihr Aktivkreditgeschäft im Untersuchungszeitraum relativ weitgehend auf der Basis der Einlagen von Kreditinstituten bzw. der Geldaufnahme bei Kreditinstituten aufbauten.

Geldaufnahme und Refinanzierung

Im Rahmen der Mittelbeschaffung der Privatbankiers spielte die Aufnahme kurz- und mittelfristiger Gelder im Untersuchungszeitraum eine wichtige Rolle, während demgegenüber die langfristig aufgenommenen Darlehen und die durchlaufenden Kredite, die nament-

lich bei den in öffentliche Kreditprogramme eingeschalteten Banken von großer Bedeutung sind, verhältnismäßig niedrig waren. Diese Fristigkeitsstruktur entspricht der Gliederung des Aktivkreditgeschäfts der Privatbankiers, bei dem die kurzfristigen Kredite dominierten. Die Bilanzposition „Aufgenommene Gelder (bis unter 4 Jahre)“ belief sich Ende 1960 bei den Privatbankiers auf rd. 540 Mio DM, das sind 8,3 vH des Geschäftsvolumens. Der Anteilsatz war damit wesentlich höher als bei den Instituten mit vergleichbarer Geschäftsstruktur, nämlich der Gruppe der Kreditbanken (3,3 vH) bzw. der sogenannten „Vergleichsgruppe“ (3,0 vH).

Tab. 14:

Anteil der Bilanzpositionen „Aufgenommene Gelder“, „Aufgenommene langfristige Darlehen“ und „Durchlaufende Kredite“ am Geschäftsvolumen¹⁾ bei allen Banken und bei ausgewählten Bankengruppen (in vH)

Jahresende ²⁾	Alle Bankengruppen	darunter		
		Kreditbanken	darunter	
			Privatbankiers	„Vergleichsgruppe“ ³⁾
Aufgenommene kurz- und mittelfristige Gelder				
1950	5,5	3,9	7,3	2,1
1955	3,2	2,7	4,9	1,7
1960	2,9	3,3	8,3	3,0
Aufgenommene langfristige Darlehen				
1950	13,2	3,3	1,6	3,2
1955	15,5	6,3	3,3	5,1
1960	12,6	6,0	2,7	4,1
Durchlaufende Kredite				
1950	1,9	0,6	1,6	0,2
1955	8,1	2,0	2,9	0,9
1960	7,6	1,5	2,1	1,0

¹⁾ Positionen: „Bilanzsumme“, „Den Kreditnehmern abgerechnete eigene Ziehungen im Umlauf“, „Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln“, „Aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel“. — ²⁾ 1960 erstmals einschl. der Kreditinstitute im Saarland. — ³⁾ Ausgewählte Institute aus der Gruppe „Staats-, Regional- und Lokalbanken“; im einzelnen s. die betreffenden Erläuterungen im einleitenden Abschnitt.

Von dem Gesamtbetrag der von den Privatbankiers aufgenommenen Gelder entfiel der überwiegende Teil (Ende 1960 rd. 87 vH) auf die kurzfristig, d. h. mit einer Laufzeit bis zu 6 Monaten in Anspruch genommenen Mittel. Dabei gibt diese Position nicht einmal ein vollständiges Bild von der Beschaffung kurzfristiger Mittel durch eine Bank. Um das Ausmaß der kurzfristigen Mittelaufnahme vollständig zu erfassen, ist es erforderlich, neben der Position „Kurzfristig aufgenommene Gelder“ auch die „Eigenen Akzepte im Umlauf“ sowie die unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Positionen „Eigene Ziehungen im Umlauf“ und „Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln“ zu berücksichtigen. Wie aus Tab. 15, in der die genannten Positionen zusammengestellt sind, hervorgeht, entfielen Ende 1960 auf die kurzfristig aufgenom-

Tab. 15:

Beschaffung kurzfristiger Mittel durch die Privatbankiers
in Mio DM

Jahresende	Kurzfristig aufgenommene Gelder						Nachrichtlich: Bei der Deutschen Bundesbank aufgenommene Refinanzierungskredite ¹⁾
	insgesamt	insgesamt	darunter seitens der Kundschaft bei ausländischen Kreditinstituten benutzte Kredite	eigene Akzente im Umlauf	Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln	eigene Ziehungen im Umlauf	
	1	2	3	4	5	6	7
1950	828,7	127,6	4,8	278,2	416,0	6,9	545,5
1951	865,4	147,0	4,2	253,6	462,0	2,8	579,6
1952	720,1	144,8	4,6	152,8	420,3	2,2	451,8
1953	761,9	134,3	11,0	146,6	478,0	3,0	441,8
1954	815,2	167,6	57,8	129,3	515,3	3,0	405,6
1955	941,6	167,5	71,3	136,9	632,7	4,5	546,3
1956	1 039,6	315,3	171,8	125,4	594,3	4,6	449,9
1957	1 026,3	376,4	200,8	125,1	519,0	5,8	325,1
1958	933,6	346,9	191,3	82,6	496,0	8,1	231,3
1959	883,1	300,0	109,9	116,5	454,9	11,7	259,2
1960 ²⁾	1 110,3	469,4	207,0	99,8	526,9	14,2	298,4

¹⁾ Teilbeträge aus den Spalten 2, 4, 5 und 6; außerdem umfaßt Spalte 7 Rückkaufverpflichtungen gegenüber der Deutschen Bundesbank aus vorübergehend verkauften Ausgleichsforderungen. — ²⁾ Erstmals einschl. der Kreditinstitute im Saarland.

menen Gelder nur wenig mehr als 40 vH der gesamten kurzfristigen Mittelaufnahme, nahezu die Hälfte dagegen auf Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln. Geldgeber waren fast ausschließlich andere Kreditinstitute. Auch der Anteil der Bundesbank an der Geldaufnahme der Privatbankiers ist nach wie vor beträchtlich, wenn er auch im Vergleich zu früheren Jahren stark zurückgegangen ist. Besonders zu erwähnen ist der im Vergleich zu anderen Bankengruppen sehr hohe Rückgriff der Privatbankiers auf ausländische Kreditinstitute. Ende 1960 beliefen

Tab. 16:

Anteil der gesamten kurzfristig aufgenommenen Mittel¹⁾
am Geschäftsvolumen bei allen Banken und bei
ausgewählten Bankengruppen (in vH)

Jahresende	Alle Bankengruppen	darunter	
		Kreditbanken	darunter Privatbankiers
1950	18,8	26,2	45,7
1951	16,3	23,1	38,2
1952	12,6	17,2	29,0
1953	8,9	12,4	26,4
1954	7,3	11,0	25,7
1955	7,9	12,8	26,0
1956	6,1	9,5	26,3
1957	4,6	6,9	23,2
1958	3,3	4,5	19,5
1959	2,8	3,8	16,1
1960 ²⁾	3,4	5,3	17,1

¹⁾ Aufgenommene kurzfristige Gelder, eigene Akzente im Umlauf, Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln, eigene Ziehungen im Umlauf. — ²⁾ Erstmals einschl. der Kreditinstitute im Saarland.

sich die seitens der Kundschaft bei ausländischen Kreditinstituten benutzten Kredite auf mehr als 200 Mio DM, womit sie nahezu ein Fünftel der gesamten kurzfristigen Geldaufnahmen ausmachten.

Die große Bedeutung, die der Beschaffung kurzfristiger Mittel im Rahmen des Passivgeschäfts zukam, erhellt aus einem Vergleich dieser Mittel mit dem Geschäftsvolumen. Obwohl sich die Relation seit Ende 1950, als die kurzfristige Geldaufnahme fast die Hälfte des Geschäftsvolumens ausgemacht hatte, ständig verbessert hat, war der Anteilsatz auch Ende 1960 mit rd. 17 vH wesentlich höher als bei den Kreditbanken (rd. 5 vH). Der erhebliche Umfang der kurzfristigen Mittelbeschaffung durch die Privatbankiers bringt zum Ausdruck, daß sich das Geschäft dieser Gruppe auf der Basis eines — am Umfang ihrer kurzfristigen Kredite gemessen — verhältnismäßig schwachen Depositenaufkommens abwickelte. Die Kurzkredite der Privatbankiers machten nämlich beispielsweise Ende 1960 13 vH, ihre gesamten Depositen aber nur 9,4 vH der entsprechenden Positionen aller Kreditbanken aus.

Entwicklung der Liquidität

Im Gegensatz zu allen übrigen Teilen dieser Untersuchung werden bei der nachstehenden Betrachtung der Liquiditätsentwicklung nicht Jahresendzahlen, sondern Durchschnitte aus den Vierteljahrendständen zugrunde gelegt, weil die zum Jahresende ausgewiesenen Liquiditätsziffern aus Gründen des „window-dressing“ die Liquiditätslage oft viel günstiger darstellen, als sie im Verlauf eines Jahres tatsächlich war. Setzt man die Durchschnittswerte der an den verschiedenen Quartalsenden von den im Bundesgebiet ausschließlich des Saar-

Tab. 17:

Verhältnis der liquiden Mittel¹⁾ zu den fremden Geldern²⁾
bei Großbanken und Privatbankiers³⁾ (in vH)
Durchschnitte aus 4 Quartalsendständen

Jahr	Großbanken	Privatbankiers
1951	35,0	27,8
1952	39,0	30,9
1953	40,4	31,1
1954	39,3	30,2
1955	38,6	31,9
1956	38,6	31,0
1957	44,3	33,7
1958	46,9	32,9
1959	42,3	32,6
1960	41,6	31,9

¹⁾ Kassenbestand, Guthaben bei der Deutschen Bundesbank, Postscheckguthaben, Schecks und Wechsel, Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen. — ²⁾ Einlagen, aufgenommene Gelder, eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf. — ³⁾ Ohne Berlin (West) und Saarland.

landes und West-Berlins domizilierenden Instituten ausgewiesenen Bestände an liquiden Mitteln — Kasse, Guthaben bei der Deutschen Bundesbank, Postscheckguthaben, Schecks und Wechsel, Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder, ausländische Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen — in Beziehung zur Summe der fremden Gelder, so ergeben sich als Liquiditätskennziffern die in Tab. 17 ausgewiesenen Werte. Abgesehen vom Jahre 1951 lagen sie in allen Jahren von 1952 bis 1960 zwischen gut 30 und knapp 34 vH; sie wiesen also nur verhältnismäßig geringe Veränderungen auf. Obwohl sie im allgemeinen um ein Viertel niedriger waren als die in der Tabelle gleichfalls mitgeteilten Ziffern für die Großbanken, haben sie stets weit über der für die Liquidität im derzeit geltenden Kreditrichtsatz III festgelegten Norm gelegen, derzufolge die liquiden Mittel der Privatbankiers, wie auch der anderen Institute der Gruppe der Kreditbanken, 20 vH der fremden Gelder nicht unterschreiten sollen.

Eigenkapitalausstattung

Anders als bei den in der Rechtsform von Kapitalgesellschaften betriebenen Kreditinstituten kann sich die Untersuchung der Eigenkapitalausstattung der Privatbankiers nicht auf das Grund- oder Stammkapital bzw. die Geschäftsguthaben einschließlich Rücklagen nach § 11 KWG beschränken; bei der Ermittlung des Gesamtbetrags der haftenden Mittel der Privatbankiers muß vielmehr auch das freie Vermögen des oder der uneingeschränkt haftenden Inhaber (nach § 11 Abs. 2 Ziff. a KWG), das in der Regel eine bedeutende Rolle spielt, einbezogen werden.

Setzt man die so abgegrenzte Eigenkapitalausstattung der Privatbankiers einschließlich der steuerrechtlich zugelassenen Sammelwertberichtigungen¹⁾ in Beziehung einmal zur Bilanzsumme, zum anderen zu den Beständen an kurz- und mittelfristigen Krediten, so zeigt sich im Verlauf der Berichtsperiode eine kontinuierliche, beträchtliche Verbesserung dieser Relationen. Ein Vergleich mit der Gruppe der Kreditbanken läßt erkennen, daß die Privatbankiers im Durchschnitt des Untersuchungszeitraums relativ mehr haftende Mittel besaßen als die Kreditbanken. Ende 1960 machten die haftenden Mittel der Privatbankiers 9,8 vH der Bilanzsumme und 16,6 vH der kurz- und mittelfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private aus

¹⁾ Die Sammelwertberichtigungen wurden gemäß der Verwaltungsanordnung des Bundesministers der Finanzen vom 19. Dezember 1950 gebildet. Zwar stellen diese Beträge juristisch kein Eigenkapital dar, doch sind sie auf Grund ihrer wirtschaftlichen Funktion, nach der sie zur Deckung von noch nicht erkennbaren Verlusten bestimmt sind, dem Eigenkapital und der Rücklage ähnlich.

Tab. 18: Haftende Mittel bei den Kreditbanken und den Privatbankiers

Jahresende ²⁾	Haftende Mittel ¹⁾ in vH	
	der Bilanzsumme	der kurz- und mittelfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private
	Kreditbanken	
1950	2,0	2,9
1951	2,7	3,9
1952	5,5	8,3
1953	4,9	8,1
1954	4,5	7,7
1955	5,1	8,7
1956	5,4	9,9
1957	5,3	10,7
1958	5,5	12,2
1959	5,6	12,7
1960	5,8	12,4
	Privatbankiers	
1950	3,8	4,1
1951	5,7	6,9
1952	8,9	11,8
1953	8,6	11,6
1954	8,5	11,9
1955	9,0	12,4
1956	9,7	13,6
1957	9,6	14,4
1958	10,6	16,6
1959	10,3	17,6
1960	9,8	16,6

¹⁾ Haftendes Eigenkapital gemäß § 11 KWG Abs. 2 und 3 sowie steuerrechtlich zugelassene Sammelwertberichtigungen. — ²⁾ 1960 erstmals einschl. der Kreditinstitute im Saarland.

gegen 5,8 vH bzw. 12,4 vH bei den Kreditbanken. Der Grund für diese relativ hohe Eigenkapitalausstattung dürfte nicht zuletzt darin liegen, daß bei den im Vergleich zu der Mehrzahl der Kreditbanken kleineren Geschäftsvolumen der Privatbankierfirmen die Anfälligkeit gegenüber Verlusten verhältnismäßig groß ist und daher im Verhältnis zu den ausstehenden Krediten ein höheres Eigenkapital für erforderlich gehalten wird.

Zusammenfassung

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Gruppe der Privatbankiers im Zeitraum von Ende 1950 bis Ende 1960 in den für sie typischen, sich in der Bilanz niederschlagenden Geschäftssparten ihre Stellung behaupten konnte. Dies gilt besonders für das kurzfristige Kreditgeschäft mit Wirtschaftsunternehmen und Privaten; ihr Termineinlagengeschäft expandierte sogar in einem weit stärkeren Maße, als dies bei den anderen, zum Vergleich herangezogenen Institutsgruppen der Fall war. Daß das Bilanzvolumen der Privatbankiers nicht im gleichen Maße wie das aller Banken gewachsen ist, war auf Grund ihrer besonderen Geschäftsstruktur — Überwiegen des kurzfristigen Geschäfts — nicht anders zu erwarten. Immerhin war die Bedeutung der Privatbankiers im deutschen Bankgewerbe in den Jahren 1950 bis 1960 wesentlich größer als in den dreißiger

Jahren. Ihr Anteil an wichtigen Bilanzpositionen — Kredite, Einlagen von Nichtbanken — und am gesamten Bilanzvolumen aller Banken war Ende 1960 fast doppelt so hoch wie Ende 1938. Darauf, daß sich die Aufgabe der Privatbankiers im Rahmen der Kreditwirtschaft nicht auf solche Geschäfte beschränkt, die einen bilanzmäßigen Niederschlag finden, sondern daß sie in relativ erheblichem Ausmaße Dienstleistungen — namentlich Effektenkommissions- und Auslandsgeschäfte

(Abwicklung des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland, Dokumenteninkassi, Abwicklung von Akkreditiven) — ausführen, wurde bereits eingangs hingewiesen. Es spricht manches dafür, daß sich mit dem im Vergleich zu den Vorkriegsjahren stark gewachsenen Umfang beispielsweise des Wertpapierhandels und der außenwirtschaftlichen Beziehungen auch die Bedeutung dieser, von den Privatbankiers in vergleichsweise starkem Ausmaße wahrgenommenen Funktionen erhöht hat.

Statistischer Teil

I. Bankenstatistische Gesamtrechnungen	
1. Zusammengefaßte statistische Bilanz der Kreditinstitute einschließlich der Deutschen Bundesbank	26
2. Zur Entwicklung der Bankenliquidität und der Inanspruchnahme des Zentralbankkredits durch die Kreditinstitute	28
3. Bargeldumlauf und Bankeinlagen	30
II. Deutsche Bundesbank	
A. Bargeldumlauf, Kredite, Einlagen	
1. Bargeldumlauf	31
2. Zentralbankkredite an Nichtbanken	31
3. Zentralbankkredite an Kreditinstitute	32
4. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken und von Kreditinstituten	32
5. Mindestreservenstatistik	33
B. Ausweis der Deutschen Bundesbank	34
III. Kreditinstitute	
A. Kredite, Wertpapierbestände, Einlagen	
1. Kredite an Nichtbanken und Kreditinstitute	36
2. Schatzwechsel- und Wertpapierbestände	42
3. Teilzahlungs- und Kleinkredite	44
4. Kredite und Einlagen der Ländlichen Kreditgenossenschaften	45
5. Girale Verfügungen von Nichtbanken	45
6. Kredite an Nichtbanken nach Verwendungszwecken	45
7. Einlagen von Nichtbanken	46
8. Umsätze im Sparverkehr	48
9. Kurzfristige Kredite und Einlagen nach der halbmonatlichen Bankenstatistik	49
B. Zwischenbilanzen	
1. Zwischenbilanzen der Kreditinstitute	50
2. Zahl der Kreditinstitute und Gliederung der monatlich berichtenden Kreditinstitute nach Größenklassen	62
IV. Mindestreservesätze und Zinssätze	
1. Reservesätze und Reserveklassen	63
2. Zinssätze	64
V. Kapitalmarkt	
1. Auflegung und Absatz von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien	69
2. Tilgung und Netto-Absatz von festverzinslichen Wertpapieren	70
3. Umlauf an festverzinslichen Wertpapieren	71
4. Veränderung des Aktienumlaufs	72
5. Umlauf der Wertpapiere aus dem Altgeschäft und der Altsparerwertpapiere	72
6. Wertpapier-Absatz: Nominalwerte, Kurswerte und Durchschnitts-Emissionskurse	72
7. Absatz von Industrie-Obligationen und Aktien	73
8. Zinssätze und Emissionskurse tarifbesteuert Wertpapiere	73
9. Investment-Gesellschaften	74
10. Durchschnittskurse tarifbesteuert festverzinslicher Wertpapiere	74
11. Renditen festverzinslicher Wertpapiere	76
12. Index der Aktienkurse und Aktienrendite	76
13. Börsenumsätze	76
14. Bausparkassen	77
15. Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen	78
VI. Öffentliche Finanzen	
1. Ausgleichsforderungen	79
2. Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Lastenausgleichsfonds	80
3. Umlauf an öffentlichen Anleihen, verzinslichen Schatzanweisungen und Kassenobligationen	80
4. Umlauf an Schatzwechseln, unverzinslichen Schatzanweisungen und sonstigen Geldmarktpapieren	81
5. Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts	82
6. Die Verschuldung des Bundes	83
7. Die Kreditmarktverschuldung des Bundes	83
8. Die Verschuldung der Länder	84
9. Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	84
VII. Außenwirtschaft	
1. Warenhandelsbilanz nach Ländergruppen bzw. Ländern	85
2. Zur Entwicklung der Zahlungsbilanz	87
3. Währungsreserven der Deutschen Bundesbank	88
4. Kurzfristige Forderungen und Verpflichtungen der Geschäftsbanken gegenüber dem Ausland	88
5. Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland	89
VIII. Produktion und Märkte	
1. Index der industriellen Produktion	90
2. Auftragseingang und Umsatz bei der Industrie	90
3. Arbeitsmarkt	91
4. Angaben über Steinkohlenbergbau, Stahlindustrie und Bauwirtschaft	91
5. Einzelhandelsumsätze	91
6. Großhandels- und Erzeugerpreise	92
7. Verbraucherpreise und Löhne	92
8. Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts	93
9. Masseneinkommen	93
IX. Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	94
X. Zinssätze im Ausland	
1. Diskontsätze	96
2. Geldmarktsätze	96

1. Zusammengefaßte statistische Bilanz der Kreditinstitute

Mio

Table with columns: Monatsende, Aktiva insgesamt, Kreditinstitute (ohne Deutsche Bundesbank), and Kredite an inländische Nichtbanken. Rows include months from 1951 to 1961.

Passiva

Table with columns: Monatsende, Passiva insgesamt, Bargeldumlauf ohne Kassenbestände, Stichteinlagen inländischer Nichtbanken, and Spareinlagen inländischer Nichtbanken. Rows include months from 1951 to 1961.

*) Im Mai 1959 wurde die vorliegende Tabelle im Zusammenhang mit einer neuen Abgrenzung der Auslandsaktiva und -passiva einer Revision unterzogen: Während bis gegenüber der inländischen Nichtbankenkundschaft ausgewiesen wurden, sind sie nunmehr (soweit möglich) von diesen getrennt und den Auslandsaktiva bzw. -passiva des keiten gegenüber ausländischen Banken nunmehr also auch die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken, jedoch mit Ausnahme der in Händen hiervon enthalten die Einzelpositionen der vorliegenden Tabelle dementsprechend nur noch die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber der inländischen Nichtbankenkundschaft demzufolge aus dem unter II und III des statistischen Teils der Monatsberichte dargebotenen Zahlenmaterial nicht ohne weiteres ableiten. — *) Ab Juli 1959 einschließlich der Banken an „Mobilisierungsgeldern“ (vgl. Anm. 7), mit deren Übernahme durch die Banken keine zusätzliche Kreditgewährung an die Nichtbankenkundschaft verbunden ist. verschreibungen, die als Bestandteil der Interbankverschuldung keine unmittelbare Kreditgewährung an die Nichtbankenkundschaft darstellen; Bankbestände an Bankschuld-krediten. — *) Ohne Sorten sowie die im Inland angekauften Auslandswechsel und -schecks. — *) Die Möglichkeit der Anlage öffentlicher Gelder in Ausgleichsforderungen den Teilbetrag der Ausgleichsforderung der Deutschen Bundesbank gegen den Bund (gemäß § 42 Bundesbank-Gesetz); bis Januar 1958 Bankbestände durch Schätzungen er- nur relativ geringen — Einlagen von ausländischen Wirtschaftsunternehmen und Privaten (gemäß § 42 Bundesbank-Gesetz); bis Januar 1958 Bankbestände durch Schätzungen er- lichen Titel (vgl. Anm. 7). — *) Mit Kündigungsfrist oder Laufzeit von 6 Monaten und mehr; einschließlich der sogenannten „durchlaufenden Kredite“. — *) Saldiert mit ERP-Sondervermögens (vgl. Tab. II 4 und Anm. 35)) sowie der Sammelwertberichtigungen der Kreditinstitute. — *) Einschl. Zunahme durch Umwandlung von Verwaltungskrediten 518 Mio DM, an öffentlichen Stellen 42 Mio DM; bei öffentlichen Stellen aufgenommene Darlehen 567 Mio DM. — *) Enthält Abnahme infolge Ausgliederung von durch- 270 Mio DM. — *) Enthält Abnahme infolge Ausgliederung von durchlaufenden Krediten in Höhe von rd. 70 Mio DM. — *) Ab Juli 1958 werden die Verpflichtungen aus vor- gliederung von durchlaufenden Krediten. — *) Enthält statistisch bedingte Zunahme von 347 Mio DM. — *) Enthält statistisch bedingte Zunahme von 280 Mio DM. — Abnahme von 119 Mio DM. — *) Enthält statistisch bedingte Abnahme von rd. 70 Mio DM. — *) Ab Januar 1960 einschließlich Saarland. Die Zahlenreihen wurden im buchung in Höhe von 92 Mio DM von Wirtschaftsunternehmen und Privaten zu öffentlichen Stellen. — *) Enthält statistisch bedingte Abnahme von rd. 161 Mio DM. — von rd. 100 Mio DM. — *) Einschließlich Forderungen der Bundesbank an den Bund wegen Änderung der Währungsparität (ab März 1961) sowie wegen Forderungsverbau aus statistisch bedingte Abnahme von rd. 65 Mio DM. — *) Vorläufig.

Gesamtrechnungen

einschließlich der Deutschen Bundesbank*)*)

DM

Die Angaben dieser Tabelle wurden im Zusammenhang mit einer neuen Abgrenzung der „Auslandsaktiva“ und „passiva“ einer Revision unterzogen; sie sind daher mit den vor Mai 1959 veröffentlichten Zahlen nicht mehr ohne weiteres vergleichbar. Einzelheiten sind der Anmerkung*) zur Tabellenüberschrift zu entnehmen.

Aktiva												
Deutsche Bundesbank				Ausgleichsforderungen und unverzinsliche Schuldverschreibung			Deckungsfor-derungen gemäß Währungs- ausgleichs- und Alt- sparer- gesetz	Saldo aus Forde- rungen und Ver- pflich- tungen zwischen Kredit- instituten	Grund- stücke und Gebäude	Sonstige Aktiva ^{8) 34)}	Monats- ende	
insgesamt	inländische Öffentliche Stellen		inländische Wirt- schafts- unter- nehmen und Private	Auslands- aktiva ^{7) 5)}	Bestand	vorüber- gehend an Öffentliche Stellen abge- geben ⁶⁾						in Form von Mobilisie- rungstiteln an Kredit- institute abge- geben ⁷⁾
	Buch- kredite ⁴⁾	Schatz- wechsel und unverzinsliche Schatzan- weisungen										
1 167	169	868	130	2 575	14 412	960	—	—	23	588	2 327	Dez. 1951
750	234	370	146	5 198	13 702	1 725	—	—	474	794	3 071	- 1952
622	225	253	144	8 460	12 422	1 320	—	342	582	981	3 601	- 1953
734	473	132	128	11 444	10 946	4 726	—	1 391	+ 10	1 152	4 117	- 1954
1 011	630	261	120	13 448	10 819	3 581	—	1 728	+ 9	1 351	4 521	- 1955
775	541	136	91	18 923	10 806	3 221	714	1 896	+ 760	1 601	4 982	- 1956
639	475	158	6	25 246	11 170	—	4 027	1 924	+ 468	1 809	5 775	- 1957
849	748	100	1	28 970	10 801	—	4 300	1 902	+ 417	1 995	5 806	- 1958
1 536	1 456	80	0	28 991	12 212	—	2 915	1 862	+ 721	2 168	6 483	- 1959
1 536	1 456	80	0	28 991	12 212	—	2 940	1 862	+ 548	2 208	6 754	- 1959
1 601	1 465	136	—	36 563	9 956	—	4 128	1 817	- 1 432	2 393	7 280	- 1960
1 212	1 212	—	0	29 140	11 679	—	3 440	1 865	- 948	2 205	6 407	Jan. 1960
1 608	1 574	34	—	28 846	11 755	—	3 372	1 868	- 706	2 212	6 626	Febr.
1 421	1 396	25	—	29 352	11 753	—	3 246	1 871	- 1 103	2 208	6 877	März
1 264	1 262	2	—	30 415	11 550	—	3 568	1 873	- 1 340	2 217	6 558	April
1 326	1 321	5	—	30 873	11 627	—	3 523	1 876	- 866	2 231	6 616	Mai
1 376	1 336	40	—	31 905	11 554	—	3 488	1 863	- 1 353	2 248	6 887	Juni
1 336	1 336	—	—	32 600	11 007	—	3 901	1 861	- 1 484	2 266	6 980	Juli
1 342	1 340	2	—	33 261	10 104	—	4 676	1 863	- 1 496	2 286	7 133	Aug.
1 355	1 340	15	—	34 465	10 421	—	4 186	1 868	- 1 789	2 310	7 142	Sept.
1 351	1 340	11	—	35 359	10 464	—	3 999	1 868	- 1 302	2 324	6 840	Okt.
1 390	1 361	29	—	36 010	9 542	—	4 689	1 870	- 2 286	2 355	7 468	Nov.
1 601	1 465	136	—	36 563	9 956	—	4 128	1 817	- 1 432	2 393	7 280	Dez.
1 457	1 456	1	—	37 653 ³⁵⁾	9 957	—	3 934	1 818	- 1 665	2 396	6 757	Jan. 1961
1 497	1 482	15	—	38 519	9 001	—	4 860	1 820	- 2 045	2 406	7 146	Febr.
1 525	1 495	30	—	38 635	9 035	—	4 964	1 821	- 2 327	2 421	9 115	März
1 767	1 737	30	—	37 406	9 225	—	4 843	1 823	- 2 270	2 442	12 045	April
1 877	1 858	19	—	38 230	9 439	—	4 520	1 826	- 2 243	2 460	12 421	Mai
1 877	1 858	19	—	39 411	9 693	—	4 253	1 808	- 2 494	2 481	11 960	Juni
1 918	—	—	—	39 705	9 243	—	4 741	1 806	- 2 420	2 506	11 737	Juli
2 866	—	—	—	38 296	9 444	—	4 501	1 808	- 2 412	2 527	12 037	Aug.
2 929	2 928	1	—	37 335	8 989	—	4 917	1 812	- 3 369	2 558	12 064	Sept.
2 978	2 976	2	—	36 781	...	—	5 333	Okt. P)

Termineinlagen inländischer Nichtbanken				Bei inländischen Nichtbanken längerfristig aufgenommene Gelder und Darlehen ¹²⁾			Auslands- passiva ⁷⁾	Kapital und Rücklagen ¹⁴⁾	Sonstige Passiva ¹⁵⁾	Monats- ende
insgesamt	inländische Wirtschafts- unternehmen und Private	inländische Öffentliche Stellen	Umlauf an Bankschuld- verschrei- bungen ^{13) 22)}	insgesamt	inländische Wirtschafts- unternehmen und Private	inländische Öffentliche Stellen				
							5 764	3 401	2 363	2 287
7 973	4 699	3 274	2 706	9 000	1 093	7 907	1 179	2 414	6 391	- 1952
10 183	5 702	4 481	4 014	11 853	2 026	9 827	1 205	3 068	6 700	- 1953
10 072	5 126	4 946	6 403	15 825 ¹⁶⁾	2 211	13 614 ¹⁸⁾	1 700	3 555	7 266	- 1954
10 125	5 613	4 513	8 421	19 948	2 206	17 742	2 038	4 367	8 183	- 1955
11 975	7 147	4 828	9 754	24 052 ¹⁷⁾	2 527	21 525 ¹⁹⁾	3 096	5 181	9 657	- 1956
15 498	9 348	6 150	10 629	26 367 ^{18) 10)}	2 510	23 857 ^{18) 19)}	4 355	6 422 ²⁰⁾	10 738	- 1957
16 511	10 689	6 720	11 921 ²²⁾	27 259 ^{18) 23)}	2 510	24 749 ^{18) 23)}	4 034	7 546	11 157	- 1958
18 189	10 736	7 500	14 666	28 856 ^{24) 25)}	2 457	26 399 ^{24) 27)}	4 481	8 919	12 392	- 1959
18 423	10 736	7 687	14 703	29 420 ^{26) 27)}	2 470	26 950 ^{26) 27)}	4 481	9 007	12 669	- 1959
19 463	11 450	8 013	17 813	32 114 ²⁸⁾	2 805 ²⁹⁾	29 309 ²⁸⁾	5 819	10 423	13 731	- 1960
19 159	11 290	7 869	14 896	29 259	2 477	26 782	4 246	9 101	12 930	Jan. 1960
19 581	11 430	8 151	15 090	29 524	2 493	27 031	4 251	9 224	12 672	Febr.
19 051	11 316	7 735	15 419	29 504	2 469	27 035	4 529	9 398	13 030	März
19 201	11 629	7 572	15 626	30 063	2 520	27 543	5 073	9 614	12 527	April
19 495	11 136	7 827	15 860	30 357	2 548	27 809	5 103	9 796	12 361	Mai
18 863	11 462	7 727	16 008	30 511	2 578	27 933	5 090	9 945	12 658	Juni
19 205	11 629	7 743	16 431	30 892	2 666	28 226	4 988	10 027	14 004	Juli
19 215	11 359	7 856	16 914	31 209	2 725	28 484	4 803	10 095	13 909	Aug.
19 525	11 735	7 790	17 255	31 533	2 768	28 765	5 007	10 190	14 457	Sept.
19 656	11 526	8 130	17 498	31 732	2 810	28 922	5 131	10 232	14 749	Okt.
19 463	11 450	8 013	17 813	32 114 ²⁸⁾	2 805 ²⁹⁾	29 309 ²⁸⁾	5 819	10 423	13 731	Nov.
19 907	11 758	8 149	18 332	33 287 ³⁰⁾	2 913	30 374 ³¹⁾	5 581	10 593	13 202	Dez.
20 716	12 182	8 534	18 689	33 619	2 942	30 677	5 299	10 665	13 466	Jan. 1961
20 457	12 062	8 395	18 976	33 705	2 951	30 754	5 941	10 890	14 054	Febr.
21 035	12 465	8 570	19 212	34 999	3 004	31 095	7 060	11 108	14 136	März
21 687	12 458	9 229	19 385	34 493	3 033	31 460	7 063	11 318	14 000	April
21 150	11 812	9 338	19 583	34 796	3 019	31 777	7 561	11 482	14 602	Mai
21 241	11 967	9 274	19 713	35 049	3 080	31 969	7 580	11 546	14 661	Juni
21 608	11 892	9 716	19 999	35 517	3 092	32 425	7 489	11 645	14 798	Juli
21 018	11 486	9 532	20 124	36 033	3 125	32 908	6 991	11 893	15 078	Aug.
21 202	11 816	9 386	20 354	36 282	3 148	33 134	6 628	Sept.

dahin die Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken gegenüber ausländischen Nichtbanken fast ausnahmslos zusammen mit den Forderungen und Verbindlichkeiten Bankensystems (einschließlich der Bundesbank) zugeordnet worden. Die Globalpositionen „Auslandsaktiva“ und „passiva“ umfassen neben den Forderungen und Verbindlich- von Ausländern befindlichen Bargeldbestände sowie der Bestände an Bankschuldverschreibungen in ausländischem Besitz, deren Umfang sich nicht ermitteln läßt. Abgesehen schaft. Sie stellen damit bereits eine Weiterverarbeitung des in der Bankenstatistik anfallenden Zahlenmaterials für die Zwecke der „Monetären Gesamtanalyse“ dar und lassen in Saarland umlaufenden DM-Noten und -Münzen sowie der Einlagen saarländischer Nichtbanken bei der Deutschen Bundesbank (vgl. auch Anm. 29)). — *) Ohne die Bestände Bis Januar 1958 Bankbestände an „Mobilisierungstiteln“ durch Schätzungen ermittelt. — *) Einschließlich Kassenobligationen, jedoch ohne die Bestände der Banken an Bankschuld- verschreibungen bis Anfang 1956 durch Schätzungen ermittelt. — *) Bis Anfang 1956 durch Schätzungen ermittelt. — *) Einschließlich gelegentlicher Wechsel- und Lombard- bestand nur bis zum Inkrafttreten des Bundesbankgesetzes. — *) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes aus dem Umlauf gegen einen entsprechen- mittel. — *) Einschließlich Gegenposten zum Münzumschlag. — *) Einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen. — *) Bis Ende 1958 einschließlich der *) Saldiert mit den eigenen und fremden Bankschuldverschreibungen im Bestand der Kreditinstitute (vgl. Anm. 1), jedoch einschließlich der im ausländischen Besitz befind- den Aktivposten: Kapitalerwertungskonto, nicht eingezahltes Kapital und eigene Aktien im Bestand der Kreditinstitute. — *) Bis November 1960 einschl. der Einlagen des (438 Mio DM Landesbaurleihen) in Bankkredite. — *) Enthält Abnahme infolge Ausgliederung von durchlaufenden Krediten (an Wirtschaftsunternehmen und Private laufenden Krediten (rd. 250 Mio DM)). — *) Enthält statistisch bedingte Abnahme in Höhe von rd. 400 Mio DM. — *) Enthält statistisch bedingte Zunahme von rd. verkauften Schuldverschreibungen einheitlich mit den „Schuldverschreibungen im Umlauf“ zusammengefaßt. — *) Enthält Abnahme in Höhe von 300 Mio DM infolge Aus- *) Einschl. Zunahme durch Umwandlung von Verwaltungskrediten (rd. 190 Mio DM) in Bankkredite. — *) Einschl. Zunahme von 190 Mio DM (vgl. Anm. 27)) sowie Dezember 1959 verknüpft (1. Dez.-Termin: o h n e Saarland; 2. Dez.-Termin: e i n s c h l i e ß l i c h Saarland). Vgl. auch Anm. 2). — *) Enthält statistisch bedingte Um- *) Enthält statistisch bedingte Zunahme (Wirtschaftsunternehmen und Private 23 Mio DM, öffentliche Stellen 43 Mio DM). — *) Enthält statistisch bedingte Zunahme Nachkriegswirtschaftshilfe (ab April 1961). — *) Ab Dezember 1960 einschließlich der bei der Bundesbank unterhaltenen Einlagen des ERP-Sondervermögens. — *) Enthält

2. Zur Entwicklung der Bankenliquidität und der

Mio

berechnet auf der Basis von Durchschnitten

Zeit	Mittelzuflüsse (+) bzw. -abflüsse (-) bei den Kreditinstituten auf Grund										
	Bargeld- umsatz	Netto-Position inländischer Nichtbanken gegenüber der Deutschen Bundesbank *)								Netto- Devisen- ankäufe bzw. -verkäufe der Deutschen Bundesbank	
		insgesamt	deutsche öffentliche Stellen *)				andere inländische Einleger (Wirtschafts- unternehmen und Private)	ausländische Einleger			
			insgesamt	Bund (ohne Sonder- vermögen), Länder und Lasten- ausgleichs- behörden	Guthaben aus Sonder- trans- aktionen *)	sonstige öffentliche Stellen *)		insgesamt	darunter Dienst- stellen chemaliger Besatzungs- mächte		
nach Jahren											
1957	-1 531	- 561	- 193	- 561	-	+ 368	+ 39	- 329	- 39	+ 46	+ 8 062
1958	-1 482	-2 081	-2 258	-1 816	-	+ 442	+ 201	+ 58	+ 119	+ 134	+ 5 503
1959	- 937	-2 877	-3 185	-3 249	-	+ 64	+ 71	+ 308	-	-	+ 3 388
1960	-1 684	-4 823	-5 550	-5 312	-	+ 238	+ 168	+ 727	-	-	+10 748
nach Vierteljahren											
1957 1. Vj.	+ 584	- 838	- 863	-1 154	-	+ 291	+ 25	+ 39	- 14	- 19	+ 1 588
2. "	+ 648	- 111	+ 55	- 4	-	+ 59	+ 27	+ 22	- 144	- 151	+ 2 174
3. "	+ 464	+ 167	+ 474	+ 576	-	+ 102	+ 58	- 13	- 294	-	+ 3 812
4. "	-1 003	+ 221	+ 141	+ 21	-	+ 120	+ 45	- 333	+ 413	+ 394	+ 488
1958 1. Vj.	+ 316	- 903	- 886	- 878	-	- 8	+ 80	- 2	- 15	- 0	+ 677
2. "	+ 285	- 123	- 215	- 106	-	+ 109	+ 2	+ 3	+ 95	+ 108	+ 1 896
3. "	+ 364	- 382	- 453	- 371	-	- 82	+ 174	+ 2	+ 69	+ 44	+ 1 566
4. "	-1 149	- 673	- 704	- 461	-	+ 243	+ 51	+ 61	- 30	+ 18	+ 1 364
1959 1. Vj.	+ 491	-1 129	-1 170	-1 187	-	+ 17	+ 189	+ 41	-	-	+ 315
2. "	+ 227	+ 196	+ 92	+ 134	-	+ 42	- 83	+ 104	-	-	+ 521
3. "	+ 310	-1 457	-1 560	-1 323	-	+ 237	+ 185	+ 103	-	-	+ 834
4. "	+ 991	- 487	- 547	- 873	-	+ 326	+ 528	+ 60	-	-	+ 2 548
1960 1. Vj.	+ 573	-2 137	-2 297	-2 048	-	+ 249	+ 232	+ 160	-	-	+ 1 530
2. "	+ 758	- 973	-1 126	-1 295	-	+ 169	+ 181	+ 153	-	-	+ 3 572
3. "	+ 566	- 762	- 963	- 964	-	+ 1	+ 70	+ 201	-	-	+ 2 892
4. "	+ 932	- 951	-1 164	-1 005	-	+ 159	+ 149	+ 213	-	-	+ 2 754
1961 1. Vj.	+ 474	-2 814	-3 082	-2 459	- 704	+ 81	+ 121	+ 268	-	-	+ 2 164
2. "	+ 641	-2 670	-2 911	-1 759	-1 092	+ 60	+ 75	+ 241	-	-	+ 2 210
3. "	-1 046	+ 193	- 160	- 580	+ 728	+ 308	- 92	+ 353	-	-	+ 49
nach Monaten											
1958 Jan.	+ 793	- 420	- 401	- 338	-	- 63	- 55	- 16	- 3	- 58	+ 107
Febr.	+ 101	+ 57	+ 80	+ 132	-	- 52	- 1	+ 20	+ 43	+ 5	+ 240
März	+ 376	- 540	- 565	- 672	-	+ 107	- 24	- 6	+ 31	+ 53	+ 330
April	- 119	+ 718	+ 581	+ 611	-	- 30	- 22	+ 19	+ 118	+ 111	+ 490
Mai	+ 104	+ 38	+ 39	+ 103	-	- 64	+ 48	- 11	+ 10	+ 20	+ 631
Juni	- 62	+ 879	- 835	- 820	-	- 15	- 24	- 11	+ 33	+ 17	+ 775
Juli	- 170	+ 24	- 29	+ 66	-	- 95	+ 213	+ 7	+ 46	+ 24	+ 567
Aug.	- 93	+ 200	+ 187	+ 201	-	- 14	+ 26	+ 0	+ 13	+ 1	+ 620
Sept.	- 101	- 606	- 611	- 638	-	+ 27	+ 13	- 5	+ 10	+ 19	+ 379
Okt.	- 94	- 64	- 97	- 106	-	+ 9	+ 30	+ 19	+ 14	- 0	+ 522
Nov.	- 288	- 59	- 55	+ 6	-	- 61	+ 29	+ 25	- 29	+ 21	+ 388
Dez.	- 767	- 550	- 552	- 361	-	- 191	+ 52	+ 17	- 15	+ 3	+ 454
1959 Jan.	+ 959	- 840	- 860	- 890	-	+ 30	- 276	+ 30	-	-	+ 488
Febr.	+ 52	- 332	- 336	- 112	-	+ 224	+ 38	+ 4	-	-	+ 75
März	- 520	+ 43	+ 26	- 185	-	+ 211	+ 49	+ 17	-	-	+ 248
April	+ 125	+ 903	+ 859	+ 835	-	+ 24	+ 100	+ 44	-	-	+ 54
Mai	+ 368	- 212	- 246	- 179	-	- 67	+ 44	+ 34	-	-	+ 381
Juni	+ 16	- 495	- 521	- 522	-	+ 1	- 27	+ 26	-	-	+ 194
Juli*)	+ 252	- 414	- 449	- 193	-	+ 256	+ 239	+ 35	-	-	+ 553
Aug.	+ 9	- 42	- 69	- 112	-	+ 43	+ 46	+ 27	-	-	+ 104
Sept.	+ 33	-1 001	-1 042	-1 018	-	- 24	+ 8	+ 41	-	-	+ 385
Okt.	- 108	- 208	- 239	- 480	-	+ 241	+ 198	+ 31	-	-	+ 453
Nov.	- 65	- 25	- 55	- 90	-	+ 35	+ 172	+ 30	-	-	+ 809
Dez.	- 820	- 254	- 253	- 303	-	+ 50	+ 158	- 1	-	-	+ 1 086
1960 Jan.	+ 845	-1 181	-1 255	-1 049	-	- 206	- 257	+ 74	-	-	+ 153
Febr.	+ 97	- 82	- 122	- 114	-	- 8	- 29	+ 40	-	-	+ 309
März	+ 370	- 874	- 920	- 885	-	- 35	+ 54	+ 46	-	-	+ 1 374
April	- 346	+ 392	+ 359	+ 252	-	+ 107	+ 53	+ 33	-	-	+ 1 176
Mai	- 82	+ 147	- 197	- 248	-	+ 52	+ 116	+ 50	-	-	+ 959
Juni	+ 330	-1 218	-1 288	-1 298	-	+ 10	+ 12	+ 70	-	-	+ 1 437
Juli	- 342	+ 94	- 176	- 81	-	- 95	+ 7	+ 82	-	-	+ 1 073
Aug.	+ 86	+ 535	+ 480	+ 406	-	+ 74	+ 9	+ 55	-	-	+ 881
Sept.	- 310	-1 203	-1 267	-1 289	-	+ 22	+ 54	+ 64	-	-	+ 938
Okt.	- 122	- 523	- 605	- 660	-	+ 55	+ 41	+ 82	-	-	+ 1 033
Nov.	+ 90	+ 81	+ 8	- 28	-	+ 36	+ 64	+ 73	-	-	+ 736
Dez.	- 900	- 509	- 567	- 317	-	- 250	+ 44	+ 58	-	-	+ 985
1961 Jan.	+ 957	- 882	- 967	- 567	- 495	+ 95	- 117	+ 85	-	-	+ 264
Febr.	+ 44	- 798	- 885	- 460	- 182	+ 243	+ 49	+ 87	-	-	+ 604
März	- 527	-1 134	-1 230	-1 432	- 27	+ 229	- 53	+ 96	-	-	+ 1 296
April	- 171	- 704	- 782	- 405	- 300	- 77	- 19	+ 78	-	-	+ 1 526
Mai	- 220	- 563	- 628	- 90	- 812	+ 274	+ 93	+ 65	-	-	+ 373
Juni	- 250	-1 403	-1 501	-1 264	+ 20	- 257	+ 149	+ 98	-	-	+ 311
Juli	- 682	- 36	- 159	+ 30	+ 258	- 447	- 463	+ 123	-	-	+ 545
Aug.	+ 215	+ 524	+ 388	+ 338	+ 16	+ 66	+ 133	+ 136	-	-	+ 743
Sept.	- 579	- 295	- 389	- 948	+ 486	+ 73	+ 238	+ 94	-	-	+ 247
Okt.	- 21	+ 90	+ 29	- 166	+ 12	+ 183	+ 11	+ 61	-	-	- 48

*) Seit Oktober 1959 werden in dieser Übersicht die bis dahin getrennt ausgewiesenen Zentralbankeinlagen von Nichtbanken einerseits und die Zentralbankkredite an Nicht-Positionen ergab sich daraus, daß nicht immer zu unterscheiden ist, ob die Auslandszahlungen der zentralen öffentlichen Haushalte, die bei der Berechnung der Liquiditäts-der Bundesbank geleistet wurden. Zur Sonderbehandlung der Auslandszahlungen der zentralen öffentlichen Haushalte vgl. die Bemerkungen im Monatsbericht für Januar 1957 sondern auf Durchschnitte aus den vier Bankwochenstagen der einzelnen Monate basiert, da die Erfahrung gezeigt hat, daß diese die Liquiditätsveränderungen besser bzw. Jahresrückmonate. — *) Die Veränderungen der betreffenden Positionen sind hier nur insoweit berücksichtigt, als sie mit einem Mittelzufluß (+) bzw. -abfluß (-) *) Saldo aus Guthaben und aufgenommenen Kassenkrediten (ohne die im Rahmen der Offenmarktoperationen angekauften Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungs-reserveguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter, da sich diese seit der Einführung der fakultativen zentralen Mindestreserverhaltung am an internationalen Einrichtungen sowie Positionen, die den vorgenannten Faktoren nicht eindeutig zugerechnet werden können. — *) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatz-sparkassenämter; vgl. dazu Anm. 5). — *) Ab Juli 1959 einschl. Saarland; die durch die Eingliederung bedingten Veränderungen wurden ausgeschaltet. — *) Im Zusammenhang

Das Gliederungsschema dieser Tabelle sowie die Berechnungsbasis der in ihr enthaltenen Zahlen wurden geändert; die Angaben sind daher mit den vor Oktober 1959 veröffentlichten Zahlen nur bedingt vergleichbar. Nähere Erläuterungen enthält die Anmerkung zur Tabellenüberschrift.

Inanspruchnahme des Zentralbankkredits durch die Kreditinstitute *)

DM

aus den vier Bankwochenstichtagen der Monate °)

Sonstige Faktoren, netto °)			Offenmarkt-Käufe bzw. -Verkäufe der Deutschen Bundesbank			Veränderung der Guthaben der Kreditinstitute bei der Deutschen Bundesbank			Zentralbankkredite an Kreditinstitute (Refinanzierungskredite)		ZUM Vergleich: Stand der Guthaben der Kreditinstitute bei der Deutschen Bundesbank im Durchschnitt des Zeitraums °)	Zeit
insgesamt	darunter Zentralbankkredite an Kreditanstalt für Wiederaufbau	Gesamtwirkung der vorgenannten Faktoren auf die Bankenliquidität	insgesamt	Geldmarkttitel des Bundes aus der Umwandlung von Ausgleichsforderungen der Bbk. (Mobilisierungstitel)	sonstige Titel °)	gesamt °)	ZUM Vergleich: Veränderung des Mindestreserve-Solls	Veränderung	Stand im Durchschnitt des Zeitraums			
nach Jahren												
+ 22	- 17	+ 5 992	- 3 119	- 3 352	+ 233	+ 1 694	+ 1 757	- 1 179	1 999.0	5 309.1	1957	
+ 423	- 14	+ 2 363	- 809	- 581	+ 228	+ 927	+ 964	- 627	1 187.9	5 471.0	1958	
+ 40	- 17	+ 386	+ 1 437	+ 1 412	+ 25	+ 1 344	+ 1 089	+ 293	971.8	7 239.2	1959	
+ 298	- 3	+ 4 539	- 1 335	- 1 328	+ 7	+ 4 001	+ 4 364	+ 797	1 927.3	11 369.2	1960	
nach Vierteljahren												
+ 5	- 27	+ 1 339	- 1 080	- 1 109	+ 39	- 212	+ 143	- 471	2 225.6	4 436.2	1. Vj. 1957	
+ 103	+ 3	+ 1 312	- 920	- 889	+ 31	+ 851	+ 862	+ 459	2 498.3	5 026.1	2. "	
+ 100	+ 5	+ 3 615	- 1 869	- 1 858	+ 11	+ 581	+ 639	- 1 165	1 892.0	5 605.6	3. "	
+ 20	+ 2	+ 274	+ 750	+ 504	+ 246	+ 474	+ 93	- 2	1 380.2	6 168.4	4. "	
+ 225	+ 16	+ 315	- 611	- 570	+ 41	- 211	+ 199	+ 85	1 412.6	6 170.4	1. Vj. 1958	
+ 204	+ 4	+ 1 692	- 1 190	- 1 153	+ 37	+ 327	+ 275	- 175	1 395.9	6 324.3	2. "	
+ 31	+ 4	+ 789	- 295	- 299	+ 4	+ 68	+ 324	- 426	1 111.1	6 460.5	3. "	
+ 25	+ 2	+ 433	+ 1 287	+ 1 441	+ 154	+ 743	+ 266	- 111	831.9	6 928.9	4. "	
+ 155	+ 7	+ 798	+ 674	+ 679	+ 5	- 82	+ 185	+ 42	883.0	6 899.3	1. Vj. 1959	
+ 37	+ 5	+ 528	- 443	- 571	+ 126	- 19	+ 36	- 102	806.2	7 027.0	2. "	
+ 108	+ 8	+ 940	+ 644	+ 672	+ 28	- 17	+ 116	+ 279	869.5	7 068.8	3. "	
+ 46	+ 3	+ 824	+ 564	+ 632	+ 68	+ 1 462	+ 984	+ 74	1 328.5	7 961.5	4. "	
+ 33	+ 3	+ 2	+ 824	+ 686	+ 138	+ 2 026	+ 2 501	+ 1 204	1 827.1	9 499.9	1. Vj. 1960	
+ 79	+ 1	+ 920	- 447	- 382	+ 65	- 1 175	+ 1 317	- 298	1 822.1	11 098.1	2. "	
+ 115	+ 6	+ 1 635	- 1 276	- 1 184	+ 12	+ 562	+ 605	+ 203	2 092.7	12 338.8	3. "	
+ 144	+ 1	+ 986	+ 436	+ 448	+ 12	+ 237	- 59	- 312	1 967.3	12 540.2	4. "	
+ 139	+ 3	+ 962	+ 720	+ 785	+ 65	- 957	- 784	- 205	1 802.9	12 049.3	1. Vj. 1961	
+ 106	+ 2	+ 910	+ 529	+ 574	+ 45	- 1 118	- 1 053	- 685	1 154.1	11 078.4	2. "	
			+ 506	+ 423	+ 83	- 1 056	- 1 044	+ 360	1 370.9	9 891.1	3. "	
nach Monaten												
+ 110	+ 28	+ 590	- 657	- 438	- 219	- 298	+ 195	- 231	1 324.5	6 132.6	Jan. 1958	
+ 149	+ 10	+ 345	- 268	- 267	+ 1	+ 26	+ 23	+ 51	1 273.2	6 158.5	Febr.	
+ 34	+ 2	+ 620	+ 314	+ 135	+ 179	+ 61	+ 23	+ 367	1 640.2	6 220.0	März	
+ 27	+ 11	+ 1 116	- 768	- 687	+ 81	+ 107	+ 118	- 241	1 399.2	6 326.9	April	
+ 151	+ 1	+ 716	- 509	- 412	+ 97	+ 131	+ 82	+ 76	1 323.4	6 278.5	Mai	
+ 26	+ 6	+ 140	+ 87	+ 54	+ 141	+ 89	+ 75	+ 142	1 465.1	6 367.4	Juni	
+ 74	+ 17	+ 347	- 160	- 54	- 106	+ 30	+ 66	- 157	1 308.6	6 397.6	Juli	
+ 88	+ 5	+ 815	+ 340	+ 387	+ 47	+ 151	+ 110	- 324	984.7	6 548.4	Aug.	
+ 45	+ 8	+ 373	+ 205	+ 142	+ 63	- 113	+ 48	+ 55	1 040.1	6 435.4	Sept.	
+ 3	+ 8	+ 361	+ 137	+ 229	+ 92	+ 252	+ 108	- 246	794.0	6 687.8	Okt.	
+ 128	+ 3	+ 169	+ 84	+ 176	+ 92	+ 233	+ 96	- 20	773.5	6 920.5	Nov.	
+ 100	+ 13	+ 963	+ 1 066	+ 1 036	+ 30	+ 258	+ 62	+ 155	928.1	7 178.3	Dez.	
+ 78	+ 24	+ 447	+ 171	+ 247	- 76	- 364	+ 147	- 88	840.7	6 814.5	Jan. 1959	
+ 73	+ 7	+ 282	+ 257	+ 274	+ 17	- 28	+ 176	+ 3	837.9	6 786.9	Febr.	
+ 160	+ 10	+ 69	+ 246	+ 158	+ 88	+ 310	+ 37	+ 133	970.4	7 096.4	März	
+ 18	+ 3	+ 992	- 958	- 912	+ 46	- 230	- 173	- 264	706.3	6 865.8	April	
+ 4	+ 10	+ 195	+ 330	+ 212	+ 118	+ 273	+ 131	+ 138	844.2	7 138.3	Mai	
+ 16	+ 8	+ 269	+ 183	+ 129	+ 54	- 62	+ 78	+ 24	868.2	7 076.8	Juni	
+ 111	+ 3	+ 224	+ 427	+ 508	- 81	+ 71	+ 49	- 132	765.7	7 170.2	Juli ¹⁾	
+ 76	+ 7	+ 61	+ 45	+ 24	- 79	- 215	- 242	+ 99	666.4	6 954.7	Aug.	
+ 72	+ 12	+ 655	+ 272	+ 140	+ 132	+ 127	+ 77	+ 510	1 176.4	7 081.6	Sept.	
+ 22	+ 9	+ 159	- 109	- 67	+ 42	+ 176	+ 106	+ 126	1 302.1	7 257.3	Okt.	
+ 114	+ 2	+ 835	+ 138	+ 256	+ 118	+ 828	+ 830	+ 131	1 433.0	8 084.7	Nov.	
+ 182	+ 4	+ 170	+ 811	+ 955	+ 144	+ 458	+ 48	- 183	1 250.3	8 542.6	Dez.	
+ 93	+ 3	+ 396	+ 516	+ 666	- 150	+ 333	+ 956	+ 213	1 463.7	8 875.6	Jan. 1960	
+ 80	+ 1	+ 404	+ 322	+ 322	+ 0	+ 180	+ 28	+ 98	1 562.3	9 055.7	Febr.	
+ 140	+ 7	+ 10	+ 630	+ 342	+ 288	+ 1 513	+ 1 517	+ 893	2 455.2	10 568.5	März	
+ 29	+ 2	+ 1 251	- 558	- 299	- 259	+ 54	+ 101	- 639	1 816.1	10 622.6	April	
+ 51	+ 1	+ 781	+ 153	+ 106	+ 47	+ 305	+ 149	- 323	1 493.1	10 927.7	Mai	
+ 1	+ 2	+ 112	+ 264	+ 23	+ 241	+ 816	+ 1 067	+ 664	2 157.2	11 743.9	Juni	
+ 16	+ 4	+ 621	- 70	+ 38	- 108	+ 603	+ 376	+ 52	2 208.8	12 346.8	Juli	
+ 88	+ 3	+ 1 590	- 1 073	- 945	+ 128	+ 17	+ 124	+ 500	1 709.1	12 364.0	Aug.	
+ 1	+ 1	+ 576	- 133	- 277	+ 144	- 58	+ 105	+ 651	2 360.1	12 305.7	Sept.	
+ 18	+ 2	+ 370	+ 18	+ 46	- 28	+ 47	- 71	- 341	2 019.7	12 353.0	Okt.	
+ 275	+ 1	+ 1 182	+ 625	+ 545	+ 40	+ 371	+ 299	- 186	1 833.3	12 723.7	Nov.	
+ 142	+ 4	+ 566	+ 171	+ 51	+ 120	- 180	- 287	+ 215	2 048.8	12 543.8	Dez.	
+ 90	+ 3	+ 249	+ 10	+ 7	+ 3	+ 29	+ 277	- 230	1 818.8	12 573.1	Jan. 1961	
+ 270	+ 2	+ 120	+ 633	+ 502	+ 131	+ 586	+ 364	- 73	1 745.7	11 987.4	Febr.	
+ 36	+ 1	+ 401	- 97	- 290	+ 193	- 400	- 697	+ 98	1 844.3	11 587.5	März	
+ 87	+ 3	+ 564	+ 58	+ 42	+ 100	- 224	- 240	- 730	1 114.7	11 363.6	April	
+ 15	+ 2	+ 425	+ 389	+ 316	+ 73	+ 37	- 109	+ 73	1 188.0	11 401.4	Mai	
+ 241	+ 4	+ 101	+ 198	+ 216	+ 18	- 931	- 704	- 28	1 159.6	10 470.2	Juni	
+ 146	+ 1	+ 319	- 275	- 168	- 107	- 297	- 352	+ 297	1 456.5	10 173.2	Juli	
+ 164	+ 0	+ 160	+ 72	+ 92	+ 20	- 89	- 299	+ 321	1 136.0	10 084.7	Aug.	
+ 124	+ 1	+ 751	+ 303	+ 347	+ 44	+ 670	+ 393	+ 384	1 520.3	9 415.3	Sept.	
+ 169	+ 1	+ 190	- 467	- 402	- 65	- 319	- 403	- 42	1 478.5	9 096.0	Okt.	

Banken andererseits zu einer „Netto-Position inländischer Nichtbanken gegenüber der Deutschen Bundesbank“ zusammengefaßt. Die Notwendigkeit einer Saldierung beider Ströme von den übrigen Zahlungen der betreffenden Haushalte getrennt werden müssen, zu Lasten von Zentralbankguthaben oder durch Inanspruchnahme von Kassenkrediten S. 8. — Im übrigen wurden die in der Tabelle wiedergegebenen Veränderungszahlen nicht mehr, wie bisher, anhand von Monatsständen der einzelnen Positionen ermittelt, sondern als die oft Zufallsschwankungen unterliegenden Monatsstände. — °) Bei längeren Zeiträumen: Durchschnitt aus den vier Bankwochenstichtagen der Quartalsvergleichspiegel als die oft Zufallsschwankungen unterliegenden Monatsstände. — °) Bis Juli 1957 einschl. der in Ausgleichsforderungen angelegten Guthaben. — °) Ab Mai 1958 einschl. der Mindestreserve sowie ohne Ankaufszugang für Schatzwechsel. — °) Ab Mai 1958 ohne die Mindestreserveguthaben der Bundespost nicht mehr trennen lassen. — °) Schwabende Verrechnungen, Sonderkredite an den Bund für Beteiligung an Vorratsstellenwechsel und Privatkonten sowie Wertpapiere. — °) Ab Mai 1958 ohne die Mindestreserveguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postmit der Entwicklungshilfe-Anleihe und der Teilprivatisierung des Volkswagen-Werkes geführte Konten.

3. Zentralbankkredite an Kreditinstitute *) 1)

Mio DM

Zeit	Kreditinstitute (ohne KfW *)				Kreditanstalt für Wiederaufbau		
	insgesamt 1)	Wechselkredite 1)	Lombardkredite	vorübergehend angekaufte Ausgleichsforderungen 2)	insgesamt	Kassenkredite	Wertpapiere
1950 Dez.	5 201,9	4 235,4	360,6	605,9	368,7	368,7	—
1951 -	5 717,5	4 757,2	290,8	669,5	454,0	454,0	—
1952 -	4 128,4	3 389,0	253,5	485,9	468,4	268,5	199,9
1953 -	3 351,1	2 739,1	245,2	366,8	225,6	202,6	23,0
1954 -	3 339,0	2 837,7	265,1	236,2	207,3	195,2	12,1
1955 -	4 683,0	4 130,9	340,5	211,6	145,0	139,5	5,5
1956 -	3 127,1	2 723,7	220,7	182,7	58,6	46,6	12,0
1957 -	1 676,6	1 463,0	52,8	160,8	67,8	66,8	1,0
1958 -	960,3	769,6	63,9	126,8	3,8	3,8	—
1959 - *)	1 285,7	949,2	234,4	102,1	20,3	20,3	—
1960 -	1 804,1	1 296,5	419,0	88,6	1,1	1,1	—
1959 Sept.	1 352,4	1 223,9	25,7	102,8	0,1	0,1	—
1959 Okt.	1 182,3	1 061,3	18,3	102,7	23,0	23,0	—
1959 Nov.	1 284,1	1 153,1	28,3	102,7	13,2	13,2	—
1959 Dez.	1 285,7	949,2	234,4	102,1	20,3	20,3	—
1960 Jan.	1 626,6	1 495,7	28,8	102,1	2,7	2,7	—
1960 Febr.	1 456,6	1 319,4	45,0	92,2	3,1	3,1	—
1960 März	2 110,4	1 988,0	31,2	91,2	13,2	13,2	—
1960 April	1 320,9	1 187,6	42,4	90,9	10,1	10,1	—
1960 Mai	1 509,8	1 390,5	28,4	90,9	15,1	15,1	—
1960 Juni	1 776,9	1 639,5	47,8	89,6	17,5	17,5	—
1960 Juli	1 853,1	1 735,7	28,0	89,4	11,3	11,3	—
1960 Aug.	1 501,2	1 386,1	25,7	89,4	3,5	3,5	—
1960 Sept.	2 434,2	2 295,7	49,1	89,4	4,9	4,9	—
1960 Okt.	1 590,3	1 475,6	25,6	89,1	14,3	14,3	—
1960 Nov.	2 080,7	1 950,0	41,6	89,1	11,9	11,9	—
1960 Dez.	1 804,1	1 296,5	419,0	88,6	1,1	1,1	—
1961 Jan.	2 023,7	1 918,8	26,0	78,9	6,9	6,9	—
1961 Febr.	1 354,3	1 244,3	38,8	71,2	2,7	2,7	—
1961 März	1 459,2	1 237,6	150,4	71,2	9,9	9,9	—
1961 April	920,1	787,3	61,7	71,1	10,4	10,4	—
1961 Mai	1 196,0	1 109,9	26,6	59,5	4,0	4,0	—
1961 Juni	1 106,3	1 007,2	47,6	51,5	0,2	0,2	—
1961 Juli	1 219,4	1 148,2	19,9	51,3	4,5	4,5	—
1961 Aug.	835,9	769,5	15,1	51,3	4,5	4,5	—
1961 Sept.	2 092,9	2 010,8	30,8	51,3	4,6	4,6	—
1961 Okt.	1 020,8	838,3	131,2	51,3	4,8	4,8	—

*) Ab Juli 1959 einschließlich Zentralbankkredite an saarländische Kreditinstitute. — 1) Einschließlich angekaufter Auslandswechsel und Exporttratten, aber ohne auf dem offenen Markt angekaufte Geldmarkttitel. — 2) Mit Rückkaufverpflichtung der Kreditinstitute.

4. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken und von Kreditinstituten *)

Mio DM

Zeit	Nichtbanken							Kreditinstitute *) 1)	
	insgesamt		öffentliche Stellen *)			ERP-Sondervermögen 1) 2)	Dienststellen der ehem. Besatzungsmächte 3)		andere inländische Einleger 4)
	mit zeitweilig in Ausgleichsforderungen angelegte(n) Beträge(n) 5)	ohne	Bund (ohne Sondervermögen), Länder und Lastenausgleichsbehörden	Guthaben aus Sondertransaktionen 6)	sonstige öffentliche Stellen 7)				
1950 Dez.	3 693,3	3 446,0	594,3	—	396,7	965,0	907,6	829,7	1 887,7
1951 -	3 997,3	2 990,0	1 191,8	—	223,0	1 312,8	997,3	272,4	2 675,0
1952 -	3 957,8	2 194,1	1 906,1	—	207,2	825,9	753,4	265,2	2 992,6
1953 -	4 935,3	1 704,2	3 181,4	—	373,2	496,7	639,3	244,7	3 286,9
1954 -	6 266,5	1 529,9	4 684,7	—	400,6	352,8	523,4	305,0	4 005,9
1955 -	7 003,5	3 420,7	5 949,7	—	274,3	272,2	265,5	241,8	4 502,2
1956 -	7 682,3	4 459,3	6 711,8	—	339,8	192,5	143,8	294,4	5 258,5
1957 -	5 097,3	—	4 017,1	—	431,4	167,8	140,6	340,4	7 108,9
1958 -	4 968,2	—	3 614,0	—	610,3	361,2	46,8	335,9	8 243,1
1959 - *)	2 260,8	—	1 161,3	—	677,3	200,4	—	221,8	9 343,8
1960 -	3 659,2	—	2 683,2	1,7	636,3	119,8	—	218,2	13 036,4
1959 Sept.	2 887,0	—	1 225,9	—	676,9	767,1	—	217,1	6 459,2
1959 Okt.	2 046,9	—	1 031,8	—	280,9	516,6	—	217,6	6 204,4
1959 Nov.	2 391,8	—	954,2	—	818,0	388,8	—	230,8	7 519,0
1959 Dez.	2 260,8	—	1 161,3	—	677,3	200,4	—	221,8	9 343,8
1960 Jan.	3 282,1	—	1 840,8	—	620,2	609,5	—	211,6	7 895,7
1960 Febr.	3 143,5	—	1 506,0	—	870,1	549,7	—	217,7	8 395,9
1960 März	3 411,0	—	1 752,9	—	864,4	569,0	—	224,7	9 428,1
1960 April	2 527,7	—	1 461,4	—	461,9	379,7	—	224,7	9 488,6
1960 Mai	2 928,2	—	1 475,9	—	904,0	340,5	—	207,8	10 413,5
1960 Juni	4 006,8	—	2 692,1	—	718,6	375,3	—	220,8	10 865,9
1960 Aug.	3 373,3	—	1 884,7	—	909,4	352,0	—	233,2	11 253,4
1960 Sept.	3 104,5	—	1 652,0	—	945,0	299,5	—	208,0	11 288,2
1960 Okt.	4 621,2	—	3 237,8	—	899,9	272,4	—	211,1	11 554,6
1960 Nov.	4 859,6	—	3 483,5	—	959,3	197,9	—	218,9	11 653,6
1960 Dez.	3 834,2	—	2 760,7	—	711,8	143,6	—	218,1	12 126,9
1961 Jan.	3 659,2	—	2 683,2	1,7	636,3	119,8	—	218,2	13 036,4
1961 Jan.	4 981,1	—	3 630,7	61,6	881,4	203,9	—	203,5	11 936,2
1961 Febr.	4 689,7	—	3 480,2	10,3	830,0	172,4	—	196,8	10 814,9
1961 März	6 409,3	—	5 026,3	8,2	872,8	279,5	—	222,5	10 176,8
1961 April	6 595,9	—	4 923,5	914,8	301,7	233,6	—	222,3	9 967,0
1961 Mai	6 803,0	—	4 919,3	871,1	627,6	165,2	—	219,8	11 089,2
1961 Juni	7 616,7	—	5 366,7	501,4	778,7	724,7	—	245,2	9 528,2
1961 Juli	7 169,4	—	4 995,8	517,9	626,6	787,3	—	241,8	9 147,3
1961 Aug.	6 139,1	—	3 991,2	525,5	982,4	420,1	—	219,9	8 942,1
1961 Sept.	6 309,4	—	5 337,1	45,4	298,6	381,8	—	246,5	9 356,9
1961 Okt.	5 834,0	—	4 721,1	23,4	455,7	374,4	—	259,4	8 240,3

*) Ab Juli 1959 einschließlich der bei der Landeszentralbank im Saarland unterhaltenen Einlagen. — 1) Einschließlich der zeitweilig in Ausgleichsforderungen angelegten Beträge. — 2) Bis 31. Juli 1957 nur „Gegenwertmittel“. — 3) Einschließlich Postscheck- und Postsparkassenämter. — 4) Mit Inkrafttreten des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank am 1. August 1957 ist die Möglichkeit einer Anlage öffentlicher Gelder in Ausgleichsforderungen entfallen. — 5) Ab Mai 1958 einschließlich der Mindestreserveguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter; vgl. Anm. 4) in Tab. I, 2. — 6) Ab Mai 1958 ohne die Mindestreserveguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter; vgl. Anm. 4) in Tab. I, 2. — 7) Ab Januar 1959 dem „Auslandsgeschäft“ zugerechnet. — 8) Die bis Dezember 1958 hierin enthaltenen sonstigen ausländischen Einleger werden nunmehr im „Auslandsgeschäft“ erfasst. — 9) Im Zusammenhang mit der Entwicklungshilfe-Anleihe und der Teilprivatisierung des Volkswagen-Werkes geführte Konten, jedoch ohne die in ausländischen Geldmarktpapieren angelegten Beträge.

Aktiva

Table with columns: Ausweisstichtag, Gold, Guthaben bei ausländischen Banken und Geldmarktanlagen im Ausland, Sorten, Auslandswechsel und -schecks, Sonstige Forderungen an das Ausland, Deutsche Scheidemünzen, Post-scheck-guthaben, Inlandswechsel, Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen, Lombard-forderungen, Kassen-, insgesamt, Bund und Sondervermögen des Bundes. Rows show monthly data from 1957 to 1961.

*) Für die Zeit vom 31. Dezember 1951 bis 31. Juli 1957 siehe: „Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken“ in: Monatsberichte der ... ausgewiesenen ausländischen Bankkassen ...

Passiva

Table with columns: Ausweisstichtag, Banknoten-umlauf, Kreditinstitute (einschl. Post-scheck- und Post-spar-kassenämter), Berliner Zentral-bank, Einlagen (öfentliche Einleger, Bundesvermögen des Bundes, Länder, andere öfentliche Einleger, andere inländische Einleger, ausländische Einleger). Rows show monthly data from 1957 to 1961.

*) Für die Zeit vom 31. Dezember 1951 bis 31. Juli 1957 siehe: „Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken“ in: Monatsberichte der ... ausgewiesenen ...

8. Umsätze im Sparverkehr

Mio DM

Table with multiple columns: Zeit, Spareinlagenbestand am Jahres- oder Monatsanfang, Gut-schriften, Last-schriften, Saldo der Gut- und Lastschriften, Zinsen, Spareinlagenbestand am Jahres- oder Monatsende (insgesamt, Privatpersonen, Wirtschaftsunternehmen, Öffentliche Stellen), in den Spareinlagen insgesamt (steuerbegünstigte, prämiengünstigste). Rows include Alle Bankengruppen, Kreditbanken, Großbanken, Staats-, Regional- und Lokalbanken, Privatbankiers, Sparkassen, Gewerbliche Kreditgenossenschaften, Ländliche Kreditgenossenschaften, Postsparkassenämter, Alle übrigen Gruppen.

1) Einschließlich der nicht gesondert erfassbaren Lastschriften auf Konten von Vertriebenen und Altsparem. — 2) Der Saldo der echten Sparkapitalneubildung läßt sich in den Jahren 1953 und 1954 wegen der Umstellung und Auszahlung der Guthaben von Vertriebenen und Altsparem nicht exakt ermitteln; s. auch Anmerkung 1). — 3) Als Differenz zwischen den Spareinlagen insgesamt und den Spareinlagen von Wirtschaftsunternehmen und von öffentlichen Stellen errechnet. — 4) Entschädigungsgutschriften für Altsparguthaben und Ausgleichsgutschriften für Sparguthaben Vertriebenen 1953 664,0 Mio DM, 1954 1 200,7 Mio DM, 1955 186,5 Mio DM; in den Folgejahren nur noch geringe Zugänge aus dieser Quelle. — 5) Die in den Kreditbanken enthaltenen Spezial-, Haus- und Branchebanken werden wegen ihres geringen Spareinlagenbestandes nachstehend nicht gesondert aufgeführt. — 6) Teilerhebung bei rd. 1 500 Instituten. Angaben über den Spareinlagenbestand für alle ländlichen Kreditgenossenschaften s. Tabelle III A 4. — 7) Girozentralen, Zentralbanken, Hypothekendarlehenbanken und öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten, Kreditinstitute mit Sonderaufgaben. — 8) Beginnend mit Januar 1960 einschließlich Saarland. Die Zahlentitel wurden im Dezember 1959 verkünpft (1. Dezember-Termin; ohne Saarland, 2. Dezember-Termin; einschließlich Saarland). — 9) Statistisch bedingte Abnahme von rd. 13 Mio DM. — 10) Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute. — 11) Untergruppe der Kreditbanken. — 12) Der Bestand in Depots aus prämiengünstigstem Ersterwerb von Wertpapieren bei „Alle Bankengruppen“ beträgt Ende September 1961 316,1 Mio DM. — 13) Vorläufig.

bilanzen
der Kreditinstitute*)
DM

Aktiva

Table with columns: Ausgleicherforderungen, Deckungsleistungen gemäß Währungs- und Altspargesetz, Debitoren (insgesamt, Nichtbanken, Kreditinstitute), Langfristige Ausleihungen (insgesamt, Nichtbanken, Kreditinstitute), Nachrichtlich: Hypothekarkredite (enthalten in langfristigen Ausleihungen, durchlaufenden Krediten), Beteiligungen, Grundstücke und Gebäude, Sonstige Aktiva, Jahres- oder Monatsende.

(West). Vgl.: Statistisches Handbuch der Bank deutscher Länder 1948-1954. Methodische Erläuterungen zu Teil III. - *) Veränderungen sind im allgemeinen auf Fusion, Liquidation...

**2. Zahl der Kreditinstitute
und Gliederung der monatlich berichtenden Kreditinstitute nach Größenklassen*)**

Stand Ende Dezember 1960

Bankengruppen	Gesamtzahl der Kreditinstitute	davon berichten im Rahmen der monatlichen bankstatistischen Erhebungen	Die im Rahmen der monatlichen bankstatistischen Erhebungen berichtenden Kreditinstitute verteilen sich nach ihrer Bilanzsumme ¹⁾ auf folgende Größenklassen:									
			unter 500 Tsd DM	500 Tsd DM bis unter 1 Mio DM	1 Mio DM bis unter 5 Mio DM	5 Mio DM bis unter 10 Mio DM	10 Mio DM bis unter 25 Mio DM	25 Mio DM bis unter 50 Mio DM	50 Mio DM bis unter 100 Mio DM	100 Mio DM bis unter 500 Mio DM	500 Mio DM bis unter 1 Mrd DM	1 Mrd DM und mehr
Kreditbanken	362	337	19	17	73	40	56	35	34	46	7	10
Großbanken ²⁾	6	6	—	—	—	—	—	—	—	1	2	3
Staats-, Regional- und Lokalbanken	89	87	—	1	8	6	15	13	11	23	3	7
Privatbankiers	232	209	19	13	58	32	35	18	18	14	2	—
Spezial-, Haus- und Branchebanken	35	35	—	3	7	2	6	4	5	8	—	—
Girozentralen	12	12	—	—	—	—	—	—	—	—	2	10
Sparkassen	867	866	—	—	34	90	233	223	178	87	18	3
Zentralkassen	18	18	—	—	—	—	—	—	1	16	1	—
Gewerbliche Zentralkassen	5	5	—	—	—	—	—	—	—	5	—	—
Ländliche Zentralkassen	13	13	—	—	—	—	—	—	1	11	1	—
Kreditgenossenschaften	11 623	2 240	9	17	1 478	430	234	48	19	5	—	—
Gewerbliche Kreditgenossenschaften	765	761	9	11	265	218	190	47	16	5	—	—
Ländliche Kreditgenossenschaften	10 858	1 479	—	6	1 213	212	44	1	3	—	—	—
Hypothekendarlehenbanken und Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	47	47	—	—	—	2	7	2	5	9	13	9
Private Hypothekendarlehenbanken	29	29	—	—	—	2	2	1	2	8	11	3
Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	18	18	—	—	—	—	5	1	3	1	2	6
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben	25	25	1	—	2	2	2	—	2	5	3	8
Teilzahlungskreditinstitute	261	232	31	20	82	32	29	20	13	4	1	—
Sonstige Kreditinstitute	53	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Postcheck- und Postsparkassenämter	15	15	·	·	·	·	·	·	·	·	·	·
insgesamt ³⁾	13 283	3 792	60	54	1 669	596	561	328	252	172	45	40
			Mio DM									
nachrichtlich: Bilanzsumme ⁴⁾	241 133 ⁵⁾	236 242,3	16,9	42,0	4 604,5	4 152,7	8 800,4	11 357,7	17 514,5	34 372,6	31 196,7	118 123,8

¹⁾ Einschließlich Saarland. — ²⁾ In der Zwischenbilanz ausgewiesene Bilanzsumme zuzüglich Indossamentverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und den Kreditnehmern abgerechnete eigene Ziehungen im Umlauf. — ³⁾ Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute. — ⁴⁾ In den kursiv gedruckten Zahlen sind die Postcheck- und Postsparkassenämter nicht enthalten. — ⁵⁾ Geschätzt.

Sollzinsen der Kreditinstitute seit 5. Mai 1961, Habenzinsen (ohne Spareinlagen)

	Baden-Württemberg ²⁾	Bayern ²⁾	Berlin ²⁾	Bremen ²⁾	Hamburg ³⁾					
Sollzinsen in % p. a.										
D = Diskontsatz, zur Zeit 3 L = Lombardsatz, zur Zeit 4										
Kreditkosten										
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt
a) zugesagte Kredite ⁴⁾										
Zinsen	L + 1/2 %		L + 1/2 %		L + 1/2 %		L + 1/2 %		L + 1/2 %	
Kreditprovision	1/4 % p. M.	7 1/2	1/4 % p. M.	7 1/2	1/4 % p. M.	7 1/2	1/4 % p. M.	7 1/2	1/4 % p. M.	7 1/2
b) Kontoüberziehungen										
Zinsen	L + 1/2 %	9	L + 1/2 %	10	L + 1/2 %	9	L + 1/2 %	9	L + 1/2 %	9
Überziehungsprovision	1/8 % p. T.		1/8 % p. T.		1/8 % p. T.		1/8 % p. T.		1/8 % p. T.	
2. Akzeptkredite (Normalbedingungen)										
Zinsen	D + 1/2 %	6 1/2	D + 1/2 %	6 1/2	D + 1/2 %	6 1/2	D + 1/2 %	6 1/2	D + 1/2 %	6 1/2
Akzeptprovision	1/4 % p. M.		1/4 % p. M.		1/4 % p. M.		1/4 % p. M.		1/4 % p. M.	
3. Kosten für Wechselkredite										
a) Abschnitte von 20 000.— DM und höher										
Zinsen	D + 1/2 %	5	D + 1/2 %	5 7/10	D + 1 %	5 1/2	D + 1/2 % - 1 %	5-5 1/2	D + 1 %	5 1/2
Diskontprovision	1/8 % p. M.		1 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.	
b) Abschnitte von 5 000.— DM bis unter 20 000.— DM										
Zinsen	D + 1/2 %	5	D + 1/2 %	5 7/10	D + 1 %	5 1/2	D + 1/2 % - 1 %	5-5 1/2	D + 1 %	5 1/2
Diskontprovision	1/8 % p. M.		1 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.	
c) Abschnitte von 1 000.— DM bis unter 5 000.— DM										
Zinsen	D + 1 %	5 1/2	D + 1 1/2 %	6	D + 1 %	6	D + 1/2 % - 1 %	5 1/2-6	D + 1 %	6
Diskontprovision	1/8 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.	
d) Abschnitte unter 1 000.— DM										
Zinsen	D + 1 %	6	D + 1 1/2 %	6 1/2	D + 1 %	7	D + 1/2 % - 1 %	6 1/2-7	D + 1 %	7
Diskontprovision	1/8 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.	
4. Ziehungen auf Kundschaft	keine Festsetzung		keine Festsetzung		keine Festsetzung		keine Festsetzung		keine Festsetzung	
Zinsen										
Kreditprovision										
5. Umsatzprovision	keine Angabe		1/8 % pro Semester, mindest. vom 3fachen des Höchst-Soll-Saldos		1/2 - 1 % vom Umsatz der größeren Seite oder mindestens 1 % p. a. vom Kreditbetrag		1/2 % d. größeren Seite abzüglich Saldo vortrag, mindestens 1/2 % pro Semester a. Kreditbetrag		Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942	
6. Mindestdiskontspesen	2.— DM		2.— DM		2.— DM		2.— DM		2.— DM	
7. Domizilprovision	1/2 %/oo mind. —.50 DM		nicht festgesetzt		nicht festgesetzt		1/2 %/oo		nicht festgesetzt	
Habenzinsen ⁷⁾ in % p. a.										
Einlagenzinssätze										
1. für täglich fällige Gelder										
a) in provisionsfreier Rechnung	1/4		1/4		1/4		1/4		1/4	
b) in provisionspflichtiger Rechnung	1/4		1/4		1/4		1/4		1/4	
2. Spareinlagen										
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	3 1/4		3 1/4		3 1/4		3 1/4		3 1/4	
b) mit vereinbarter Kündigungsfrist ⁸⁾										
1) von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten	3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2	
2) von 12 Monaten und darüber	4		4		4		4		4	
3. für Kündigungsgelder										
mit einer Kündigungsfrist von										
a) 1 bis weniger als 3 Monaten	1 1/4		1 1/4		1 1/4		1 1/4		1 1/4	
b) 3 bis weniger als 6 Monaten	2 1/4		2 1/4		2 1/4		2 1/4		2 1/4	
c) 6 bis weniger als 12 Monaten	2 3/4		2 3/4		2 3/4		2 3/4		2 3/4	
d) 12 Monaten und darüber	3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2	
4. Festgelder										
mit einer Laufzeit von										
a) 30 bis 89 Tagen	1 1/4		1 1/4		1 1/4		1 1/4		1 1/4	
b) 90 bis 179 Tagen	2 1/4		2 1/4		2 1/4		2 1/4		2 1/4	
c) 180 bis 359 Tagen	2 3/4		2 3/4		2 3/4		2 3/4		2 3/4	
d) 360 Tagen und darüber	3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2	
5. Zinsvoraus ⁹⁾	1/2 — 1/2		1/2 — 1/2		1/2 — 1/2		1/2 — 1/2		1/2 — 1/2	

¹⁾ Zusammengestellt auf Grund der Bekanntmachung der Bankaufsichtsbehörden der einzelnen Länder über die Festsetzung von Zins- und Provisionsätzen. Sondersätze oder Verin begründeten Fällen mit Genehmigung der zuständigen Bankaufsichtsbehörde zulässig. — ²⁾ Höchstsätze. — ³⁾ Der errechnete Gesamtzinssatz stimmt — von der Zubilligung von Minderkredit im voraus oder bei stillschweigend gewährtem Kredit vom Höchstollsaldo berechnet werden. — ⁴⁾ Bei Abschnitten unter 1 000.— DM ist unabhängig von den Diskontspesen je der Nichtbankierkundschaft. Als Nichtbankierkundschaft im Sinne des § 3 des Mantelvertrages vom 22. 12. 1936 gelten z. B. auch öffentliche Kassen und Versicherungsunternehmen. — die Kündigung erst nach Ablauf einer Sperrfrist von 6 Monaten zugelassen werden. Diese Sperrfrist beginnt am Tage der Einzahlung. — ⁵⁾ Gemäß Beschluß des Sonderausschusses Bank-40 Mio DM, Kapitalgesellschaften, Privatbankiers und Personalgesellschaften mit einer Bilanzsumme bis zu 60 Mio DM ab April 1954 die festgesetzten Höchstsätze für Habenzinsen

2. Zinssätze

geltenden Soll- und Habenzinsen¹⁾

der Kreditinstitute seit 10. Juni 1961, Zinsen für Spareinlagen seit 1. Juli 1961

Hessen ²⁾		Niedersachsen ²⁾		Nordrhein-Westfalen ²⁾		Rheinland-Pfalz ²⁾		Saarland		Schleswig-Holstein ²⁾	
Sollzinsen in % p. a.											
D = Diskontsatz, zur Zeit 3						L = Lombardsatz, zur Zeit 4					
im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt
L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2
L + 1/2 % 1/8 % p. T.	9	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	9	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	9	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	9	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	9	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	9
D + 1/2 % 1/8 % p. M.	6 1/2	D + 1/2 % 1/8 % p. M.	6 1/2	D + 1/2 % 1/8 % p. M.	6 1/2	D + 1/2 % 1/8 % p. M.	6 1/2	D + 1/2 % 1/8 % p. M.	6 1/2	D + 1/2 % 1/8 % p. M.	6 1/2
D + 1/2 % 1/8 % p. M.	5	L + 1/2 % 1/24 % p. M.	5	D + 1 1/2 % 1/24 % p. M.	5	D + 1 1/2 % 1/24 % p. M.	5	D + 1 1/2 % 1/24 % p. M.	5	D + 1 % 1/8 % p. M.	5 1/2
D + 1/2 % 1/8 % p. M.	5 1/2	L + 1/2 % 1/12 % p. M.	5 1/2	D + 1 1/2 % 1/12 % p. M.	5 1/2	D + 1 1/2 % 1/24 - 1/12 % p. M.	5-5 1/2	D + 1 1/2 % 1/12 % p. M.	5 1/2	D + 1 % 1/8 % p. M.	5 1/2
D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6	L + 1/2 % 1/8 % p. M.	6	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6	D + 1 % 1/8 % p. M.	6
D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6	L + 1/2 % 1/8 % p. M.	6 1/2 ³⁾	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6 ⁵⁾	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6 ⁵⁾	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	6 ⁵⁾	D + 1 % 1/8 % p. M.	7 ⁵⁾
L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	keine Festsetzung		keine Festsetzung		L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	keine Festsetzung	
Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942				1/6 % pro Semester				Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942			
2.— DM 1/2 %/100 mind. —,50 DM		2.— DM 1/2 %/100 mind. —,50 DM		2.— DM 1/2 %/100 mind. —,50 DM		2.— DM 1/2 %/100 mind. —,50 DM		2.— DM 1/2 %/100 mind. —,50 DM		2.— DM nicht festgesetzt	
Habenzinsen ⁷⁾ in % p. a.											
3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4
3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4	1 3/4
2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4
2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4
3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
1 3/8	1 3/8	1 3/8	1 3/8	1 3/8	1 3/8	1 3/8	1 3/8	1 3/8	1 3/8	1 3/8	1 3/8
2 1/8	2 1/8	2 1/8	2 1/8	2 1/8	2 1/8	2 1/8	2 1/8	2 1/8	2 1/8	2 1/8	2 1/8
2 3/8	2 3/8	2 3/8	2 3/8	2 3/8	2 3/8	2 3/8	2 3/8	2 3/8	2 3/8	2 3/8	2 3/8
3 1/8	3 1/8	3 1/8	3 1/8	3 1/8	3 1/8	3 1/8	3 1/8	3 1/8	3 1/8	3 1/8	3 1/8
1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2

günstigungen, die in einzelnen Ländern bei verschiedenen Kreditarten vorgesehen und vereinbart sind, sind in der Tabelle nicht berücksichtigt worden. — ²⁾ Normalsätze, Überschreitungen konditionen abgesehen — mit den effektiven Kreditkosten nur dann überein, wenn der zugesagte Kredit voll in Anspruch genommen wird. Wird die Kreditzusage nur teilweise ausgenutzt, § 2 des Sollzinsabkommens dürfen nämlich die Zinsen nur für den tatsächlich in Anspruch genommenen Kredit erhoben werden. Die Kreditprovision kann dagegen vom fest zugesagten nach Lage des Falles noch eine Bearbeitungsgebühr von 1.— DM bis 2.— DM in Ansatz zu bringen. — ³⁾ Auch für Wechsel auf Nebenplätze. — ⁴⁾ Diese Höchstsätze gelten gegenüber ⁵⁾ Girokonten bis zum Betrage von 10 000.— DM bei den Hamburger Abrechnungsbanken bleiben zinsfrei. — ⁶⁾ Bei Hereinnahme von Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist darf kenaufsicht und den in den Bekanntmachungen der einzelnen Bankaufsichtsbehörden enthaltenen Voraussetzungen dürfen von den Kreditgenossenschaften mit einer Bilanzsumme bis zu höchstens um die aufgeführten Sätze überschritten werden; ausführliche Bekanntgabe der Sätze siehe umstehende Sondertabelle.

VI. Öffentliche Finanzen

1. Ausgleichsforderungen *)

Mio DM

	Alle Gläubiger	Deutsche Bundesbank	Kredit- institute ¹⁾	Versicherungs- unternehmen	Bausparkassen	Fonds zum Ankauf von Ausgleichs- forderungen ²⁾
I. Die bisherige Entwicklung						
1. Zugewillte Ausgleichsforderungen ³⁾	21 616	8 677 ⁴⁾	7 598	5 275	66	—
2. Bestandsminderungen						
a) lineare und vorzeitige Tilgungen	1 018	—	615	398	5	—
b) Rückkäufe der Schuldner ⁵⁾	81	—	80	1	—	—
3. Saldo 1. 10. 1957	20 517	8 677	6 903	4 876	61	—
4. Gläubigerwechsel						
a) Verkäufe an den Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen	—	—	-/. 291	-/. 77	-/. 5	+ 373
b) vorübergehende Verkäufe an die Deutsche Bundesbank (abzüglich Rückkäufe)	—	+ 51	-/. 51	—	—	—
c) Saldo der Käufe und Verkäufe zwischen anderen Gläubigergruppen	—	—	+ 205	-/. 203	-/. 2	—
5. Bestand Ende Oktober 1961	20 517	8 728 ⁶⁾	6 766	4 596	54	373
<i>nachrichtlich:</i>						
<i>davon in Geldmarkttitel umgewandelt</i>	6 495	6 495 ⁶⁾	—	—	—	—
II. Der Bestand Ende Oktober 1961 gegliedert nach Zinstypen und Schuldnern						
1. Gliederung nach Zinstypen						
a) unverzinsliche Ausgleichsforderungen	61	—	4	—	—	57
b) 3 %/oige	14 476	8 181	6 142	—	—	153
c) 3 1/2 %/oige	4 930	—	205	4 586	54	85
d) 4 1/2 %/oige	493	—	415	—	—	78
e) 3 %/oige Sonderausgleichsforderungen	10	—	—	10	—	—
f) unverzinsliche Schuldverschreibung ⁷⁾	547	547	—	—	—	—
2. Gliederung nach Schuldnern						
a) Bund	11 185	8 677	489	1 946	—	73
b) Länder	9 332	51	6 277	2 650	54	300
3. Gesamt (1a bis 1f = 2a + 2b)	20 517	8 728 ⁶⁾	6 766	4 596	54	373
<i>nachrichtlich:</i>						
<i>davon in Geldmarkttitel umgewandelt</i>	6 495	6 495 ⁶⁾	—	—	—	—
<p><small>*) Die Zahlen beruhen im wesentlichen auf einer Sondererhebung zum 31. 10. 1957, deren Ergebnisse soweit möglich auf den derzeitigen Stand fortgeschrieben wurden. — ¹⁾ Einschließlich Postscheck- und Postsparkassenämter, sowie im Gegensatz zur Monatlichen Bilanzstatistik einschließlich der kleineren ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme Ende 1953 weniger als 500 000,— DM betrug. — ²⁾ Gemäß § 8 ff. des Gesetzes über die Tilgung von Ausgleichsforderungen vom 14. 6. 1956. — ³⁾ Einschließlich der Ausgleichsforderungen, die den Instituten nach dem Stand ihrer Umstellungsrechnungen noch zuzuteilen sind. — ⁴⁾ Einschließlich unverzinslicher Schuldverschreibung; vgl. Anm. ¹⁾. — ⁵⁾ Rückkäufe durch einige Länder überwiegend zur Finanzierung von Investitionsprogrammen. — ⁶⁾ Der im Ausweis der Deutschen Bundesbank vom 31. 10. 1961 (Tabelle II B) ausgewiesene Bestand von 2 233 Mio DM ergibt sich aus der Differenz zwischen dem unter I. 5. und II. 3. angegebenen Betrag von 8 728 Mio DM und dem für Zwecke der Offenmarktpolitik in Geldmarkttitel umgewandelten Teil der Ausgleichsforderungen in Höhe von 6 495 Mio DM. — ⁷⁾ Unverzinsliche Schuldverschreibung des Bundes wegen Geldausstattung Berlins.</small></p>						

5. Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts*)

Mio DM

Zeit	Kassen-eingänge	Kassen-ausgänge	Kassen-überschuß (+) bzw. -defizit (-)	Finanzierung				Überschuß (+) bzw. Defizit (-) bzw. Defizit (-) kumulativ jeweils vom Beginn des Rechnungsjahres
				Zunahme (+) bzw. Abnahme (-)		Einnahmen aus Münzgut-schriften	Saldo der Verrechnungen mit dem Lastenausgleichsfonds ¹⁾	
				der Kassen-mittel	der Kredit-marktver-schuldung ²⁾			
Rechnungsjahre								
1950/51			- 619	+ 178	+ 921 ³⁾	-	-	- 619
1951/52	16 088	16 757	- 669	+ 198	+ 132 ⁴⁾	234	-	- 669
1952/53	20 422	19 696	+ 726	+ 1 237	+ 200	312	-	+ 726
1953/54	21 938	20 283	+ 1 655	+ 1 454	- 304	84	-	+ 1 675
1954/55	23 532	22 375	+ 1 157	+ 1 045	- 147	35	-	+ 1 157
1955/56	26 690	23 867	+ 2 823	+ 2 441	- 418	36	-	+ 2 823
1956/57	28 625	28 404	+ 221	+ 79	- 217	86	+ 11	+ 221
1957/58	29 836	32 612	- 2 776	- 3 084	- 400	76	- 16	- 2 927
1958/59	31 534	34 461	- 2 927	- 2 788	-	79	- 60	- 2 927
1959/60	34 981	37 578	- 2 597	- 143	+ 2 428	98	+ 72	- 2 597
1960 (April/Dez.)	30 361	30 791	- 430	- 222	+ 125	70	- 13	- 430
1951/52 1. Rvi.	3 104	3 655	- 551	- 204	+ 187	114	-	- 551
2. "	3 832	4 005	- 173	+ 1	+ 72	69	-	- 173
3. "	4 579	4 303	+ 276	+ 335	+ 26	8	-	+ 276
4. "	4 573	4 794	- 221	+ 330	- 152	43	-	- 221
1952/53 1. Rvi.	4 565	4 532	+ 33	+ 237	+ 99	105	-	+ 33
2. "	5 195	4 684	+ 511	+ 476	- 133	98	-	+ 511
3. "	5 517	5 313	+ 204	+ 61	- 210	67	-	+ 204
4. "	5 145	5 167	- 22	+ 463	+ 443	42	-	- 22
1953/54 1. Rvi.	5 168	5 462	- 294	- 254	+ 4	36	-	- 294
2. "	5 645 ⁵⁾	4 664	+ 981	+ 930	- 77	26	-	+ 981
3. "	5 667 ⁶⁾	4 810	+ 1 857	+ 743	- 124	12	-	+ 1 857
4. "	5 478 ⁷⁾	5 347	+ 131	+ 34	- 107	10	-	+ 131
1954/55 1. Rvi.	5 363	4 909	+ 454	+ 434	- 33	12	-	+ 454
2. "	5 891	5 729 ⁸⁾	+ 162	+ 166	- 5	9	-	+ 162
3. "	6 305	5 678	+ 627	+ 634	- 1	8	-	+ 627
4. "	5 973	6 059	- 86	- 188	- 108	6	-	- 86
1955/56 1. Rvi.	5 993	5 747	+ 246	+ 111	- 361	4	-	+ 246
2. "	6 710	5 895	+ 815	+ 825	-	10	-	+ 815
3. "	7 000	6 014	+ 986	+ 988	- 6	8	-	+ 986
4. "	6 987	6 211	+ 776	+ 739	- 51	14	-	+ 776
1956/57 1. Rvi.	6 990	6 318	+ 672	+ 628	- 54	16	+ 6	+ 672
2. "	7 145	6 875	+ 270	+ 220	- 56	20	+ 14	+ 270
3. "	7 248	7 836	- 588	- 556	- 11	35	-	- 588
4. "	7 242	7 375	- 133	- 213	- 96	15	-	- 133
1957/58 1. Rvi.	7 102	7 855	- 753	- 721	- 0	16	+ 16	- 753
2. "	7 207	8 410	- 1 203	- 1 211	- 0	23	+ 31	- 1 203
3. "	7 871	8 221	- 350	- 701	- 400	30	-	- 350
4. "	7 656	8 126	- 470	- 451	-	7	-	- 470
1958/59 1. Rvi.	7 617	7 486	+ 131	+ 140	-	9	+ 0	+ 131
2. "	7 837	7 744	+ 93	+ 111	-	12	+ 6	+ 93
3. "	8 201	8 172	+ 29	+ 46	-	49	+ 32	+ 29
4. "	7 879	11 059	- 3 180	- 3 085	-	9	+ 86	- 3 180
1959/60 1. Rvi.	8 198	8 935	- 737	- 257	+ 536	10	+ 66	- 737
2. "	8 771	9 388	- 617	+ 133	+ 717	38	+ 5	- 617
3. "	9 081	9 396	- 315	+ 37	+ 260	27	+ 9	- 315
4. "	8 931	9 859	- 928	+ 18	+ 915	23	+ 8	- 928
1960 1. Rvi.	9 558	9 029	+ 529	+ 449	- 90	15	+ 4	+ 529
2. "	10 021	9 717	+ 304	+ 323	- 9	17	+ 7	+ 304
3. "	10 782	12 045	- 1 263	- 994	+ 206	38	+ 25	- 1 263
1961 1. Rvi.	10 426	8 611	+ 1 815	+ 1 598	- 218	24	+ 23	+ 1 815
2. "	10 440	10 410	+ 30	+ 60	+ 4	19	-	+ 30
3. "	10 915	11 249	- 334	- 486	- 188	25	+ 11	- 334
1958/59 April	2 501	2 481	+ 20	+ 7	-	2	+ 15	+ 20
Mai	2 307	2 559	- 252	- 213	-	1	+ 38	- 252
Juni	2 809	2 446	+ 363	+ 346	-	6	+ 23	+ 363
Juli	2 601	2 502	+ 99	+ 62	-	6	+ 43	+ 99
Aug.	2 341	2 653	- 312	- 261	-	4	+ 47	- 312
Sept.	2 895	2 589	+ 306	+ 310	-	2	+ 2	+ 306
Okt.	2 628	2 598	+ 30	+ 41	-	26	+ 15	+ 30
Nov.	2 404	2 571	- 167	- 142	-	11	+ 14	- 167
Dez.	3 169	3 003	+ 166	+ 147	-	12	+ 31	+ 166
Jan.	2 932	2 537	+ 395	+ 450	-	2	+ 53	+ 395
Feb.	2 104	2 724	- 620	- 607	-	5	+ 8	- 620
März	2 843	5 798	- 2 955	- 2 928	-	2	+ 25	- 2 955
1959/60 April	2 683	2 931	- 248	- 231	+ 59	1	+ 43	- 248
Mai	2 440	2 806	- 366	- 349	+ 6	2	+ 21	- 366
Juni	3 075	3 198	- 123	- 113	+ 128	7	+ 44	- 123
Juli	2 877	3 734	- 857	- 52	+ 870	29	+ 10	- 857
Aug.	2 663	2 844	- 181	+ 49	+ 221	2	+ 7	- 181
Sept.	3 231	2 810	+ 421	+ 32	+ 374	7	+ 22	+ 421
Okt.	2 879	2 901	- 22	+ 250	+ 260	14	+ 2	- 22
Nov.	2 642	2 829	- 187	- 77	+ 128	8	+ 24	- 187
Dez.	3 560	3 666	- 106	- 260	- 128	5	+ 31	- 106
Jan.	3 203	3 002	+ 201	+ 508	+ 308	8	+ 9	+ 201
Feb.	2 342	3 167	- 825	- 503	+ 284	6	+ 32	- 825
März	3 386	3 690	- 304	+ 19	+ 324	9	+ 15	- 304
1960 April	2 889	2 927	- 38	- 180	- 139	7	+ 10	- 38
Mai	2 922	2 847	+ 75	+ 271	+ 150	3	+ 43	+ 75
Juni	3 747	3 255	+ 492	+ 358	- 101	5	+ 38	+ 492
Juli	3 077	3 275	- 198	- 281	+ 61	3	+ 25	- 198
Aug.	3 023	3 176	- 153	- 153	+ 2	5	+ 9	- 153
Sept.	3 919	3 266	+ 653	+ 757	+ 68	9	+ 27	+ 653
Okt.	3 440	3 027	+ 413	+ 556	+ 120	10	+ 13	+ 413
Nov.	2 997	3 618	- 621	- 570	+ 8	12	+ 31	- 621
Dez.	4 345	5 400	- 1 055	- 980	+ 78	16	+ 19	- 1 055
1961 Jan.	3 547	2 715	+ 832	+ 750	- 78	8	+ 12	+ 832
Febr.	2 715	2 752	- 37	+ 22	-	7	+ 8	- 37
März	4 164	3 144	+ 1 020	+ 870	- 140	9	+ 19	+ 1 020
April	3 203	3 237	- 34	+ 58	+ 62	7	+ 23	- 34
Mai	3 200	3 104	+ 96	+ 125	-	7	+ 22	+ 96
Juni	4 037	4 069	- 32	- 123	- 58	5	+ 38	- 32
Juli	3 361	3 717	- 356	- 416	- 82	5	+ 17	- 356
Aug.	3 268	3 912	- 644	- 604	- 22	11	+ 51	- 644
Sept.	4 286	3 620	+ 666	+ 534	- 84	9	+ 57	+ 666
Okt.	3 530	3 740	- 210	- 230	- 21	5	+ 4	- 210

*) Im Gegensatz zu den bisherigen Veröffentlichungen werden die aus Sonderkrediten der Bundesbank finanzierten Einzahlungen an internationale Einrichtungen, die im Bundeshaushalt praktisch nur durchlaufen, nicht mehr unter den Auszahlungen bzw. Finanzierungsmitteln des Bundes nachgewiesen. — Ab 6. Juli 1959 einschl. Saarland. — Bei den in dieser Tabelle nachgewiesenen Kassentransaktionen handelt es sich um die Ein- und Auszahlungen auf bzw. von den bei der Deutschen Bundesbank unterhaltenen Konten des Bundes (ohne Gegenwert- und Steg-Konten). Von den Ergebnissen der amtlichen Finanzstatistik weichen die Kasseneingänge bzw. -ausgänge vor allem deshalb ab, weil sie nicht im Zeitpunkt ihrer haushaltsmäßigen Verbuchung, sondern im Zeitpunkt des effektiven Ein- und Ausgangs erfaßt werden und weil aus den Eingängen die Schuldnaufnahmen bzw. aus den Ausgängen die Aufwendungen für Schuldentilgung (einschl. des Rückkaufs von Schuldverschreibungen) ausgeschaltet werden. — ¹⁾ Aus der Weiterleitung der Lastenausgleichsabgaben über das Konto der Bundeshaupkasse. — ²⁾ Von dem Gesamtbetrag der Kreditaufnahme wurden 124 Mio DM nicht zur Finanzierung des Kassendefizits, sondern für die Abdeckung von Defiziten auf den Gegenwertkonten verwendet. — ³⁾ Zur Finanzierung des Kassendefizits standen außer dem Rückgriff auf Kassenmittel und der Zunahme der Kreditmarktvverschuldung 106 Mio DM aus der Rückzahlung des unter ²⁾ genannten Betrages zur Verfügung. — ⁴⁾ Einsch. der beim ERP-Sondervermögen aufgenommenen Kredite: August 50 Mio DM; Oktober 41 Mio DM; Dezember 125 Mio DM; März 35 Mio DM. — ⁵⁾ Darunter 255 Mio DM für den Rückkauf der im Vorjahr beim ERP-Sondervermögen aufgenommenen Anleihe. — ⁶⁾ Ohne Entwicklungshilfe-Anleihe. — Differenzen in den Summen durch Kunden.

6. Die Verschuldung des Bundes

Mio DM

Stand am Monatsende	Gesamt	Inländische Neuverschuldung seit der Währungsreform				Verpflichtungen aus				Auslandsverschuldung ²⁾
		Kreditmarktvverschuldung (Aufgliederung s. Tab. 7)	Verschuldung bei anderen öffentlichen Stellen			Ausgleichsforderungen ¹⁾				
			Gesamt	Sozialversicherungen	Sonstige öffentliche Stellen	Gesamt	davon für Zwecke der Offenmarktpolitik umgewandelt in		4 % Ablosungsschuld von 1957 und 4 % Entschädigungsschuld von 1959 ³⁾	
							Schatzwechsel	Unverzinsl. Schatzanweisungen		
1950 Dez.	.	1 077.1	300.0	—	300.0	6 212.7	—	—	—	.
1951 Dez.	.	1 339.8	100.0	—	100.0	6 880.4	—	—	—	.
1952 Dez.	.	1 228.2	—	—	—	7 821.5	—	—	—	.
1953 Dez.	.	1 474.6	961.9	742.5	219.4	7 867.8	—	—	—	.
1954 Dez.	18 254.2	1 536.2	967.3	967.3	—	8 005.1	—	—	—	7 745.6
1955 Dez.	18 228.6	1 061.1	859.3	859.3	—	8 129.3	264.0	784.3	—	8 078.9
1956 Dez.	17 974.9	888.3	948.9	948.9	—	8 081.9	366.2	1 062.9	—	8 055.8
1957 Dez.	20 083.4	390.8	1 012.9	1 012.9	—	10 698.2	292.5	3 949.1	—	7 981.5
1958 März	20 106.2	483.2	1 011.3	1 011.3	—	10 618.4	294.2	5 237.7	—	7 993.3
1958 Juni	20 378.6	609.2	1 005.6	990.3	—	10 714.3	299.1	5 906.6	68.4	7 981.1
1958 Sept.	20 461.6	661.7	1 004.0	1 004.0	—	10 767.0	494.5	6 181.1	237.2	7 791.7
1958 Dez.	20 707.9	661.7	998.0	998.0	—	10 856.0	364.4	4 050.1	394.2	7 798.0
1959 März	20 936.1	661.7	996.4	996.4	—	10 924.0	427.3	4 452.2	572.6	7 781.4
1959 Juni	20 666.9	1 197.6	990.3	990.3	—	10 967.0	359.8	4 672.8	642.8	6 869.2
1959 Sept.	21 858.4	2 427.7	988.6	988.6	—	11 057.0	341.6	4 019.8	667.7	6 717.4
1959 Dez.	22 146.0	2 722.8	982.4	982.4	—	11 061.0	439.3	2 606.2	684.6	6 695.2
1960 März	23 115.5	3 675.0	980.6	980.6	—	11 109.0	417.7	2 929.0	691.1	6 659.8
1960 Juni	23 276.4	3 672.6	1 149.3	1 149.3	—	11 116.0	624.3	3 045.6	714.1	6 624.4
1960 Sept.	23 575.9	3 686.0	1 147.4	1 147.4	—	11 172.0	628.8	4 157.4	744.3	6 826.2
1960 Okt.	.	3 806.3	.	.	—	11 172.0	281.0	4 455.6	.	.
1960 Nov.	.	3 835.6	.	.	—	11 172.0	831.2	4 805.6	.	.
1960 Dez.	23 894.3	3 939.9	1 139.5	1 139.5	—	11 164.0	967.9	4 235.1	794.9	6 856.0
1961 Jan.	.	4 725.0	.	.	—	11 164.0	722.0	4 422.3	.	.
1961 Febr.	.	4 784.3	.	.	—	1 064.5	1 064.5	5 092.5	.	.
1961 März	24 371.1	4 687.9	1 137.6	1 137.6	—	11 175.0	908.2	5 215.0	835.8	6 534.8
1961 April	.	5 103.1	.	.	—	11 175.0	841.5	5 090.8	.	.
1961 Mai	.	5 418.7	.	.	—	11 175.0	704.9	5 005.2	.	.
1961 Juni	24 555.3	5 365.0	1 129.6	1 129.6	—	11 167.0	418.9	5 008.5	840.7	6 053.0
1961 Juli	.	5 347.2	.	.	—	11 167.0	777.8	5 090.1	.	.
1961 Aug.	.	6 275.3	.	.	—	11 167.0	772.8	4 886.5	.	.
1961 Sept.	25 415.9	6 254.4	1 127.6	1 127.6	—	11 185.0	1 378.3	4 732.4	871.7	5 977.2
1961 Okt.	.	6 282.3	.	.	—	11 185.0	2 025.3	4 469.9	.	.

¹⁾ Vgl. hierzu Tab. VI, 1. — Die Veränderungen des Gesamtbetrages sind durch Berichtigung der Umstellungsrechnungen, durch Tilgungen und — ab 1957 — durch den Übergang der Verpflichtungen aus den Ausgleichsforderungen der Landeszentralbanken auf den Bund gemäß § 38 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank bedingt. — ²⁾ Gemäß Angaben der Bundesschuldenverwaltung.

7. Die Kreditmarktvverschuldung des Bundes

Mio DM

Stand am Monatsende	Gesamt ¹⁾		Kredite der Deutschen Bundesbank		Kredite			Schatzwechsel	Unverzinsliche Schatzanweisungen ⁴⁾	Kassenobligationen	Anleihen ¹⁾ und Prämien-Schatzanweisungen	Entwicklungshilfsanleihen							
	mit Sonderkrediten (Sp. 4) und Entwicklungshilfsanleihe (Sp. 12)	ohne	für den Gesamthaushalt ²⁾	für Einzahlungen an internationale Einrichtungen ³⁾	der Kreditanstalt für Wiederaufbau	der Deutschen Landesrentenbank	des Lastenausgleichsfonds												
													1	2	3	4	5	6	7
													1	2	3	4	5	6	7
1950 Dez.	1 077.1	1 077.1	578.4	—	—	—	—	498.7	—	—	—	—							
1951 Dez.	1 339.8	1 339.8	—	—	—	—	—	608.2	—	—	33.8	—							
1952 Dez.	1 228.2	1 045.2	—	183.0	—	—	—	110.6	751.0	—	183.6	—							
1953 Dez.	1 474.6	1 291.6	—	183.0	—	—	—	78.7	674.9	—	538.0	—							
1954 Dez.	1 536.2	1 145.5	—	390.7	—	—	—	65.0	542.0	—	518.5	—							
1955 Dez.	1 061.1	670.4	—	390.7	—	—	—	—	138.0	—	532.4	—							
1956 Dez.	888.3	497.5	—	390.8	—	—	—	—	94.0	—	403.5	—							
1957 Dez.	390.8	—	—	390.8	—	—	—	—	—	—	0	—							
1958 März	483.2	—	—	483.2	—	—	—	—	—	—	—	—							
1958 Juni	609.2	—	—	609.2	—	—	—	—	—	—	—	—							
1958 Sept.	661.7	—	—	661.7	—	—	—	—	—	—	—	—							
1958 Dez.	661.7	—	—	661.7	—	—	—	—	—	—	—	—							
1959 März	661.7	—	—	661.7	—	—	—	—	—	—	—	—							
1959 Juni	1 197.6	535.9	535.9	661.7	—	—	—	—	—	—	—	—							
1959 Sept.	2 427.7	1 252.5	57.0 ⁶⁾	1 175.2	325.0	—	—	425.5	167.5	167.5	—	—							
1959 Dez.	2 722.8	1 512.1	244.9	1 210.7	325.0	—	110.0	65.2	230.6	347.5	298.9	—							
1960 März	3 675.0	2 427.5	148.6	1 247.5	325.0	—	—	22.1	756.1	350.9	794.8	—							
1960 Juni	3 672.6	2 336.9	—	1 335.7	325.0	—	30.0	20.0	814.8	382.3	794.8	—							
1960 Sept.	3 686.0	2 346.1	—	1 339.9	325.0	—	—	—	820.3	403.6	797.2	—							
1960 Okt.	3 806.3	2 466.4	—	1 339.9	325.0	—	—	—	872.7	468.9	799.8	—							
1960 Nov.	3 835.6	2 474.7	—	1 360.9	325.0	—	—	—	880.8	468.9	800.0	—							
1960 Dez.	3 939.9	2 552.7	78.0	1 387.2	325.0	—	—	—	880.8	468.9	800.0	—							
1961 Jan.	4 725.0	2 474.7	—	1 455.4	325.0	—	—	—	880.8	468.9	800.0	794.9							
1961 Febr.	4 784.3	2 474.7	—	1 481.7	325.0	—	—	—	880.8	468.9	800.0	827.9							
1961 März	4 687.9	2 334.8	—	1 495.2 ⁹⁾	325.0	—	—	—	740.9	468.9	800.0	857.9							
1961 April	5 103.1	2 396.8	—	1 737.7	325.0	62.0	—	—	740.9	468.9	800.0	968.6							
1961 Mai	5 418.7	2 396.8	—	1 857.7	325.0	62.0	—	—	740.9	468.9	800.0	1 164.2							
1961 Juni	5 365.0	2 339.1	—	1 857.7	325.0	62.0	—	—	683.7	468.9	799.5	1 168.2							
1961 Juli	5 347.2	2 257.4	—	1 917.7	325.0	62.0	—	—	608.7	468.9	792.8	1 172.1							
1961 Aug.	6 275.3	2 235.3	—	2 865.7	325.0	62.0	—	—	593.7	468.9	785.7	1 174.3							
1961 Sept.	6 254.4	2 151.4	—	2 927.7	325.0	62.0	—	—	513.7	468.9	781.8	1 175.3							
1961 Okt.	6 282.3	2 130.7	—	2 975.7	325.0	62.0	—	—	492.8	468.9	782.0	1 175.9							

¹⁾ Im Gegensatz zu den Angaben in Tab. VI, 3 ohne die vorzeitig zurückgekauften Anleihestücke. — ²⁾ Buchkredite gemäß § 20 Abs. 1 Ziff. 1 a des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank. — ³⁾ Zinslose Darlehen gemäß § 20 Abs. 1 Ziff. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank. — ⁴⁾ Bis 1956 einschließlich der an die Länder für Finanzausgleichszahlungen weitergegebenen unverzinslichen Schatzanweisungen. — ⁵⁾ Vorschuß für Ersparnisicherungsgesetz; im Ausweis der Deutschen Bundesbank mit dem Kassenbestand des Bundes saldiert. — ⁶⁾ Darunter Abnahme von 73,4 Mio DM durch Neubewertung auf Grund der DM-Aufwertung.

8. Die Verschuldung der Länder
ohne Verschuldung bei anderen öffentlichen Stellen
Mio DM

Stand am Monatsende	Inlandsverschuldung										Auslandsverschuldung	Gesamte Verschuldung (einschl. Auslandsverschuldung)
	Gesamte Inlandsverschuldung	Verpflichtungen aus Ausgleichsforderungen ¹⁾	Neuverschuldung seit der Währungsreform									
			Gesamt	Buchkredite der Deutschen Bundesbank	Schatzwechsel	Unverzinsliche Schatzanweisungen	Steuer-gutscheine ²⁾	Verzinsl. Schatzanweisungen u. Karsenobligationen	Anleihen ³⁾	Übrige Kreditmarktschulden ⁴⁾		
1950 Dez.	12 738.8	12 107.2	631.6	168.6	260.2	2.8	50.0	—	—	150.0	.	.
1951 Dez.	13 154.3	12 375.0	779.3	168.0	137.8	44.9	163.6	15.0	—	250.0	.	.
1952 Dez.	13 537.1	12 481.0	1 056.1	66.3	102.4	66.3	229.3	239.3	5.8	440.0	.	.
1953 Dez.	13 993.0	12 563.2	1 429.8	41.6	24.3	128.3	147.6	255.0	313.0	520.0	.	.
1954 Dez.	14 299.5	12 540.1	1 759.4	60.8	16.8	89.2	193.5	250.1	619.0	530.0	178.8	14 478.3
1955 Dez.	14 743.4	12 564.3	2 179.1	205.8	30.6	149.5	141.1	237.4	744.7	670.0	179.2	14 922.6
1956 Dez.	14 867.5	12 486.9	2 380.6	101.8	—	409.7	138.0	29.3	931.8	770.0	183.6	15 051.1
1957 März	12 523.4	9 934.8	2 588.6	24.7	25.0	460.7	160.7	29.3	1 058.2	830.0	204.5	12 727.9
Juni	12 688.2	9 903.5	2 784.7	34.5	—	592.9	198.1	56.1	1 033.1	870.0	187.4	12 875.6
Sept.	12 798.2	9 880.7	2 917.5	61.5	—	614.9	209.9	56.1	1 045.1	930.0	183.2	12 981.4
Dez.	13 060.2	9 835.3	3 224.9	83.8	—	661.3	236.5	55.4	1 137.9	1 050.0	183.1	13 243.3
1958 März	13 552.0	9 839.0	3 713.0	46.0	—	597.3	251.7	55.4	1 327.6	1 435.0	180.6	13 732.6
Juni	13 305.8	9 675.0	3 630.8	52.0	—	461.9	248.1	35.9	1 242.9	1 590.0	180.3	13 486.1
Sept.	13 539.1	9 675.0	3 864.1	30.0	—	397.2	233.8	35.9	1 447.2	1 720.0	179.6	13 718.7
Dez.	13 803.5	9 614.0	4 189.5	69.1	—	311.1	234.5	32.0	1 512.8	2 030.0	179.3	13 982.8
1959 März	13 972.1	9 614.0	4 358.1	4.0	—	308.9	261.7	30.4	1 573.1	2 180.0	165.7	14 137.8
Juni	14 173.4	9 559.0	4 614.4	15.8	—	250.4	269.3	30.3	1 788.6	2 280.0	165.7	14 339.1
Sept.	14 134.7	9 559.0	4 575.7	3.7	—	189.1	277.9	40.3	1 764.7	2 300.0	165.4	14 300.1
Dez.	14 019.9	9 499.0	4 520.9	—	—	163.7	256.0	53.2	1 683.0	2 365.0	164.8	14 184.7
1960 März	12 966.2	9 499.0	4 467.2	—	—	158.2	261.7	53.2	1 659.1	2 335.0	162.5	14 128.7
Juni	13 889.0	9 448.0	4 441.0	—	—	122.9	214.4	23.2	1 655.5	2 425.0	161.6	14 050.6
Sept.	13 819.5	9 448.0	4 371.5	—	—	116.1	181.9	23.2	1 650.3	2 400.0	160.6	13 906.1
Dez.	13 735.8	9 388.0	4 347.8	—	—	105.5	164.2	53.2	1 644.9	2 380.0	164.8	13 900.6
1961 März	13 735.5	9 388.0	4 347.5	—	—	105.2	160.6	53.2	1 668.5	2 360.0
Juni	13 533.5	9 332.0	4 201.5	—	—	75.2	154.9	53.1	1 663.3	2 255.0
Sept.	13 320.0	9 332.0	3 988.0	—	—	46.7	110.0	53.1	1 658.2	2 120.0

¹⁾ Vgl. hierzu Tab. VI, 1. — Die Veränderungen des Gesamtbetrages sind durch Tilgungen, durch Berichtigungen der Umstellungsrechnungen und — ab 1957 — durch den Übergang der Verpflichtungen aus den Ausgleichsforderungen der Landeszentralbanken auf den Bund gemäß § 38 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank bedingt. — ²⁾ Einschließlich Berliner Schuldverschreibungen. — ³⁾ Im Gegensatz zu den Angaben in Tab. VI, 3 ohne die im eigenen Bestand der Emittenten befindlichen Anleihenbestände. — ⁴⁾ Zum überwiegenden Teil bei Banken und in gewissem Umfang bei Versicherungen aufgenommene Direktkredite. Beträge teilweise geschätzt.

9. Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände
(einschl. Hansestädte und Berlin)

Mio DM

Zeit	Gesamt	Grundsteuer			Gewerbesteuer			Getränkesteuer	Kinosteuer	Übrige Ver- guldungs- steuer	Hunde- steuer	Sonstige Steuern ⁴⁾
		Gesamt	Grund- steuer A ¹⁾	Grund- steuer B ²⁾	Gesamt	Gewerbe- steuer ³⁾	Lohnsum- mensteuer					
1950	2 696.6	1 169.8	.	.	1 246.1	1 041.5	204.7	58.2	91.1	29.7	40.3	61.2
1951	3 512.2	1 221.9	.	.	1 963.1	1 705.2	257.8	71.0	105.7	31.7	44.9	73.9
1952	4 216.2	1 225.3	306.5	918.8	2 623.0	2 309.8	313.2	82.9	118.6	34.9	47.2	84.3
1953	4 764.1	1 274.3	317.2	957.1	3 097.2	2 747.8	349.4	88.7	129.7	35.9	48.5	89.9
1954	5 101.5	1 333.7	325.8	1 007.9	3 341.7	2 957.3	384.4	95.3	139.8	38.7	49.4	102.9
1955	5 561.3	1 376.3	334.7	1 041.6	3 726.4	3 288.4	438.0	99.8	140.8	42.6	49.8	125.6
1956	6 114.5	1 404.5	339.1	1 065.4	4 222.6	3 726.2	496.3	98.6	150.8	47.4	49.5	141.1
1957	7 011.0	1 456.2	349.7	1 106.5	5 047.0	4 503.9	543.1	105.6	152.5	54.2	48.8	146.7
1958	7 306.2	1 521.1	359.2	1 161.9	5 260.7	4 680.3	580.5	110.1	142.5	58.6	49.4	163.8
1959	8 598.4	1 595.3	370.4	1 224.9	6 467.7	5 864.5	603.2	118.2	118.9	62.8	47.7	187.8
1960 ⁵⁾	9 636.5	1 630.6	377.7	1 252.9	7 433.4	6 780.4	653.0	124.0	105.7	66.8	45.8	230.2
1956 1. Vj.	1 440.8	364.0	94.9	269.1	953.0	831.5	121.5	25.2	38.5	13.1	9.6	37.4
2. "	1 484.2	341.4	76.3	265.1	1 019.8	899.1	120.7	24.2	36.7	12.4	17.9	31.8
3. "	1 529.8	339.7	78.2	261.5	1 069.7	943.5	126.2	25.0	36.7	11.0	11.5	36.2
4. "	1 659.7	359.4	89.7	269.7	1 180.0	1 052.1	127.9	24.2	38.9	10.9	10.5	35.7
1957 1. Vj.	1 657.7	374.5	95.1	279.4	1 153.6	1 019.6	134.0	26.3	42.6	15.8	9.4	35.5
2. "	1 753.9	345.1	75.1	270.0	1 283.4	1 153.4	130.0	25.8	36.2	12.9	17.1	33.4
3. "	1 765.0	362.3	86.4	275.9	1 277.4	1 138.3	139.1	27.1	34.7	12.8	11.8	38.9
4. "	1 834.4	374.3	93.1	281.2	1 332.6	1 192.6	140.0	26.4	39.0	12.7	10.5	38.9
1958 1. Vj.	1 705.4	391.3	98.6	292.7	1 180.7	1 035.4	145.3	28.3	40.3	16.6	9.7	38.5
2. "	1 715.9	360.1	77.2	282.9	1 224.2	1 086.0	138.2	26.4	35.8	13.8	17.6	38.0
3. "	1 789.3	375.9	86.4	289.5	1 286.1	1 137.8	148.3	27.7	31.5	13.5	11.7	42.9
4. "	2 095.6	393.8	97.0	296.8	1 569.7	1 421.0	148.7	27.7	35.0	14.7	10.4	44.3
1959 1. Vj.	2 027.4	409.2	99.6	309.6	1 484.6	1 333.2	151.4	30.0	32.9	18.4	8.8	43.5
2. "	2 081.9	383.1	81.9	301.2	1 566.4	1 421.5	144.9	28.2	30.0	15.1	17.6	41.5
3. "	2 143.1	393.8	89.7	304.1	1 616.5	1 465.1	151.4	30.1	26.5	14.3	11.3	50.6
4. "	2 346.0	409.2	99.2	310.0	1 800.2	1 644.7	155.5	29.9	29.5	15.0	10.0	52.2
1960 1. Vj. ⁵⁾	2 170.4	414.2	101.0	313.2	1 610.4	1 448.5	161.9	31.2	30.6	19.6	9.0	55.4
2. "	2 325.2	384.3	80.3	304.0	1 800.8	1 645.5	155.3	30.3	25.9	15.7	16.2	52.0
3. "	2 478.8	407.1	92.3	314.8	1 928.4	1 761.4	167.0	31.3	25.0	15.7	11.2	60.2
4. "	2 662.1	425.0	104.1	320.9	2 093.8	1 925.0	168.8	31.2	24.3	15.8	9.4	62.6
1961 1. Vj.	2 506.3	418.2 ⁶⁾	93.8	324.3	1 937.4	1 755.0	182.4	32.6	23.6	19.6	13.8	61.1
2. "	2 620.4	409.8	91.9	317.8	2 060.0	1 889.2	170.8	31.1	22.5	15.1	12.6	69.3
3. "	2 659.1	439.4	100.4	337.8	2 068.2	1 886.4	181.8	31.6	18.2	15.8	10.4	75.5

Quelle: Statistisches Bundesamt. — ¹⁾ Einschl. Grundsteuerbeteiligungsbeträge. — ²⁾ Einschl. Grundsteuerbeiträge. — ³⁾ Einschl. Grundsteuerbeihilfen. — ⁴⁾ Einschl. Gewerbesteuerausgleich. — ⁵⁾ Darunter Zuschlag zur Grunderwerbsteuer. — ⁶⁾ Ab 1960 einschl. Saarland. — ⁷⁾ Ab 1961 einschl. Grundsteuer C.

1. Warenhandelsbilanz nach Ländergruppen bzw. Ländern*)

Mio DM

Ländergruppe und Länder		1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961			1960
		insgesamt							September	Oktober	Jan./Okt.
Alle Länder	Einfuhr	24 472,4	27 963,9	31 696,9	31 133,1	35 823,2	42 722,6	3 678,8	4 000,6	36 302,8	34 841,6
	Ausfuhr	25 716,8	30 861,0	35 968,0	36 998,0	41 183,9	47 946,1	4 302,9	4 355,9	42 007,7	38 652,6
	Saldo	+ 1 244,4	+ 2 897,1	+ 4 271,1	+ 5 864,9	+ 5 360,7	+ 5 223,5	+ 624,1	+ 355,3	+ 5 704,9	+ 3 811,0
I. EWA-Länder ¹⁾	Einfuhr	16 000,4	17 318,4	18 932,9	19 431,6	23 223,0	27 256,5	2 390,2	2 644,9	23 537,1	22 354,1
	Ausfuhr	19 132,2	22 712,1	25 883,5	26 134,2	28 726,8	34 474,0	3 136,4	3 221,2	31 084,2	27 872,5
	Saldo	+ 3 131,8	+ 5 393,7	+ 6 950,6	+ 6 702,6	+ 5 503,8	+ 7 217,5	+ 746,2	+ 576,3	+ 7 547,1	+ 5 518,4
davon:											
A. EWG-Länder	Einfuhr	6 724,0	6 985,9	7 804,5	8 326,5	10 748,5	13 239,9	1 217,2	1 326,3	11 866,5	10 932,9
	Ausfuhr	7 592,6	9 310,7	10 757,0	10 356,0	11 719,8	14 408,2	1 381,7	1 432,9	13 624,3	11 696,8
	Saldo	+ 868,6	+ 2 324,8	+ 2 952,5	+ 2 029,5	+ 971,3	+ 1 168,3	+ 164,5	+ 106,6	+ 1 757,8	+ 763,9
davon:											
Belgien-Luxemburg	Einfuhr	1 384,6	1 343,3	1 315,5	1 409,9	1 776,3	2 441,4	214,5	229,1	1 920,2	2 033,5
	Ausfuhr	1 732,9	2 105,7	2 414,7	2 452,9	2 489,2	2 889,7	268,9	270,5	2 710,0	2 368,6
	Saldo	+ 348,3	+ 762,4	+ 1 099,2	+ 1 043,0	+ 712,9	+ 448,3	+ 54,4	+ 41,4	+ 789,8	+ 335,1
Frankreich ²⁾	Einfuhr	2 118,3	2 021,8	2 278,2	2 361,6	3 251,8	3 997,9	352,8	393,8	3 799,4	3 267,1
	Ausfuhr	1 820,4	2 457,1	2 842,5	2 801,4	3 307,4	4 202,1	393,5	428,5	3 973,0	3 451,1
	Saldo	- 297,9	+ 435,3	+ 564,3	+ 439,8	+ 55,6	+ 204,2	+ 40,7	+ 34,7	+ 173,6	+ 184,0
Italien	Einfuhr	1 043,5	1 222,9	1 552,8	1 697,5	2 181,9	2 631,3	263,1	317,5	2 522,4	2 212,7
	Ausfuhr	1 433,8	1 656,1	1 999,5	1 853,4	2 201,6	2 846,5	293,9	303,6	2 740,1	2 272,4
	Saldo	+ 390,3	+ 433,2	+ 446,7	+ 155,9	+ 19,7	+ 215,2	+ 30,8	- 13,9	+ 217,7	+ 59,7
Niederlande	Einfuhr	1 770,3	2 002,0	2 257,6	2 500,2	3 124,4	3 637,7	344,5	344,4	3 125,9	2 990,0
	Ausfuhr	2 422,1	2 875,7	3 245,6	3 494,8	3 465,0	4 209,6	402,3	401,5	3 944,2	3 392,3
	Saldo	+ 651,8	+ 873,7	+ 988,0	+ 994,6	+ 340,6	+ 571,9	+ 57,8	+ 57,1	+ 818,3	+ 402,3
Assoziierte Länder u. Gebiete	Einfuhr	407,3	395,9	400,4	357,3	414,1	531,6	42,3	41,5	498,6	429,6
	Ausfuhr	183,4	216,1	254,7	253,5	256,6	260,3	23,1	28,8	257,0	212,4
	Saldo	- 223,9	- 179,8	- 145,7	- 103,8	- 157,5	- 271,3	- 19,2	- 12,7	- 241,6	- 217,2
B. EFTA-Länder	Einfuhr	5 377,1	6 266,7	6 790,2	7 373,1	8 320,3	9 533,4	841,2	908,9	8 022,8	7 778,7
	Ausfuhr	8 062,1	9 431,0	10 621,4	11 070,8	12 176,9	14 854,9	1 332,7	1 380,8	13 146,0	11 969,7
	Saldo	+ 2 685,0	+ 3 164,3	+ 3 831,2	+ 3 697,7	+ 3 856,6	+ 5 321,5	+ 491,5	+ 471,9	+ 5 123,2	+ 4 191,0
davon:											
Dänemark	Einfuhr	723,0	844,1	905,9	1 042,3	1 187,0	1 154,5	99,2	109,2	939,3	949,7
	Ausfuhr	887,3	1 021,5	1 055,5	1 109,6	1 415,7	1 643,0	140,8	141,2	1 368,2	1 325,4
	Saldo	+ 164,3	+ 177,4	+ 149,6	+ 67,3	+ 228,7	+ 488,5	+ 41,6	+ 32,0	+ 428,9	+ 375,7
Finnland	Einfuhr	363,0	327,1	354,6	385,4	421,9	525,1	66,5	63,6	500,9	422,2
	Ausfuhr	311,2	426,5	421,1	485,4	609,9	829,4	78,8	81,7	760,2	656,8
	Saldo	- 51,8	+ 99,4	+ 66,5	+ 100,0	+ 188,0	+ 304,3	+ 12,3	+ 18,1	+ 259,3	+ 234,6
Großbritannien	Einfuhr	865,8	1 146,7	1 135,3	1 360,7	1 630,4	1 956,4	174,6	190,4	1 622,3	1 611,0
	Ausfuhr	1 025,9	1 257,2	1 406,7	1 460,2	1 661,4	2 146,8	185,0	166,7	1 740,4	1 770,1
	Saldo	+ 160,1	+ 110,5	+ 271,4	+ 99,5	+ 31,0	+ 190,4	+ 10,4	- 23,7	+ 118,1	+ 159,1
Norwegen	Einfuhr	347,7	437,7	453,2	479,9	516,0	543,0	38,4	45,3	461,8	462,0
	Ausfuhr	598,5	827,9	853,3	1 066,3	1 034,8	1 168,7	77,1	89,5	1 075,7	956,5
	Saldo	+ 250,8	+ 390,2	+ 400,1	+ 586,4	+ 518,8	+ 625,7	+ 38,7	+ 44,2	+ 613,9	+ 494,5
Österreich	Einfuhr	696,9	780,5	902,3	915,8	997,7	1 152,1	104,9	119,5	1 027,9	937,7
	Ausfuhr	1 359,1	1 416,5	1 761,3	1 847,2	1 960,2	2 443,6	221,2	239,8	2 211,3	1 950,0
	Saldo	+ 662,2	+ 636,0	+ 859,0	+ 931,4	+ 962,5	+ 1 291,5	+ 116,3	+ 120,3	+ 1 183,4	+ 1 012,3
Portugal	Einfuhr	103,7	107,2	94,3	110,1	124,4	155,1	11,3	12,2	102,1	123,7
	Ausfuhr	243,5	305,2	351,5	350,2	342,1	449,5	30,9	37,1	366,9	367,0
	Saldo	+ 139,8	+ 198,0	+ 257,2	+ 240,1	+ 217,7	+ 294,4	+ 19,6	+ 24,9	+ 264,8	+ 243,3
Schweden	Einfuhr	1 103,4	1 275,5	1 486,3	1 410,8	1 532,9	1 803,6	164,0	170,1	1 572,8	1 464,8
	Ausfuhr	1 779,3	1 956,4	2 168,7	2 265,9	2 284,9	2 593,1	227,3	250,7	2 157,5	2 096,0
	Saldo	+ 675,9	+ 680,9	+ 682,4	+ 855,1	+ 752,0	+ 789,5	+ 63,3	+ 80,6	+ 584,7	+ 631,2
Schweiz	Einfuhr	846,3	958,6	1 041,6	1 167,3	1 431,9	1 626,8	133,2	155,6	1 292,0	1 307,3
	Ausfuhr	1 525,5	1 871,6	2 206,4	2 062,2	2 408,3	2 991,1	325,9	329,8	2 694,1	2 393,3
	Saldo	+ 679,2	+ 913,0	+ 1 164,8	+ 894,9	+ 976,4	+ 1 364,3	+ 192,7	+ 174,2	+ 1 402,1	+ 1 086,0
Überseegebiete	Einfuhr	327,3	389,3	416,7	500,8	478,1	616,8	49,1	43,0	503,7	500,3
	Ausfuhr	331,8	348,2	396,9	423,8	459,6	589,7	45,7	44,3	771,7	454,6
	Saldo	+ 4,5	- 41,1	- 19,8	- 77,0	- 18,5	- 27,1	- 3,4	+ 1,3	+ 268,0	- 45,7
C. Andere EWA-Länder	Einfuhr	3 899,3	4 065,8	4 338,2	3 732,0	4 154,2	4 483,2	331,8	409,7	3 647,8	3 642,5
	Ausfuhr	3 477,5	3 970,4	4 505,1	4 707,4	4 830,1	5 210,9	422,0	407,5	4 313,9	4 206,0
	Saldo	- 421,8	- 95,4	+ 166,9	+ 975,4	+ 675,9	+ 727,7	+ 90,2	- 2,2	+ 666,1	+ 563,5
davon:											
Griechenland	Einfuhr	189,4	215,7	252,4	229,7	225,1	215,1	17,2	30,4	201,3	172,8
	Ausfuhr	251,2	335,9	415,2	467,1	404,8	404,2	45,9	38,1	415,7	329,3
	Saldo	+ 61,8	+ 120,2	+ 162,8	+ 237,4	+ 179,7	+ 189,1	+ 28,7	+ 7,7	+ 214,4	+ 156,5
Spanien	Einfuhr	395,1	429,2	457,2	492,1	480,6	644,2	26,0	71,6	538,0	489,9
	Ausfuhr	367,1	446,7	399,2	426,9	387,8	398,0	42,3	51,6	476,3	300,2
	Saldo	- 28,0	+ 17,5	- 58,0	- 65,2	- 92,8	- 246,2	+ 16,3	- 20,0	- 61,7	- 189,7
Türkei	Einfuhr	282,7	281,9	205,3	223,2	391,7	300,4	40,3	40,7	235,1	240,1
	Ausfuhr	513,3	391,5	266,7	277,5	474,9	483,6	28,0	35,8	318,0	408,3
	Saldo	+ 230,6	+ 109,6	+ 61,4	+ 54,3	+ 83,2	+ 183,2	- 12,3	- 4,9	+ 82,9	+ 168,2
Indien	Einfuhr	268,2	189,2	252,2	191,6	184,5	184,5	19,2	16,1	183,9	149,3
	Ausfuhr	589,8	819,0	1 126,4	1 173,4	936,4	834,1	76,6	60,2	639,5	670,8
	Saldo	+ 321,6	+ 629,8	+ 874,2	+ 981,8	+ 751,9	+ 649,6	+ 57,4	+ 44,1	+ 455,6	+ 521,5

noch: 1. Warenhandelsbilanz nach Ländergruppen bzw. Ländern*)

Mio DM

Ländergruppe und Land		1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961			1960	
		insgesamt						September	Oktober	Jan./Okt.	Jan./Okt.	
noch: Andere EWA-Länder												
Australien		Einfuhr Ausfuhr	411,4 290,3	508,0 296,1	565,6 312,2	375,9 373,4	467,2 439,8	396,2 555,9	23,3 29,5	16,4 31,8	283,8 376,1	344,9 452,9
Saldo			- 121,1	- 211,9	- 253,4	- 2,5	- 27,4	+ 159,7	+ 6,2	+ 15,4	+ 92,3	+ 108,0
Sonstige Länder ¹⁾		Einfuhr Ausfuhr	2 352,5 1 465,8	2 441,8 1 681,2	2 605,5 1 985,4	2 219,5 1 989,1	2 405,1 2 186,4	2 742,8 2 535,1	205,8 199,7	234,5 190,0	2 205,7 2 088,3	2 245,5 2 044,5
Saldo			- 886,7	- 760,6	- 620,1	- 230,4	- 218,7	- 207,7	- 6,1	- 44,5	- 117,4	- 201,0
darunter:												
Sterling-Länder		Einfuhr Ausfuhr	(3 444,1) (3 230,8)	(3 812,3) (3 846,3)	(4 152,0) (4 657,5)	(3 998,0) (4 952,9)	(4 544,5) (5 176,8)	(5 163,8) (6 063,3)	(419,8) (483,5)	(450,5) (443,1)	(4 227,7) (4 731,5)	(4 229,4) (4 930,0)
Saldo			(- 213,3)	(+ 34,0)	(+ 505,5)	(+ 954,9)	(+ 632,3)	(+ 899,5)	(+ 63,7)	(- 7,4)	(+ 503,8)	(+ 700,6)
II. Nordamerikanische Länder		Einfuhr Ausfuhr	3 702,3 1 855,2	4 668,3 2 451,7	6 431,2 2 919,2	5 183,7 3 140,0	5 288,0 4 391,1	6 853,2 4 306,9	544,3 353,1	632,3 367,0	5 658,6 3 307,1	5 525,4 3 505,4
Saldo			- 1 847,1	- 2 216,6	- 3 512,0	- 2 043,7	- 896,9	- 2 546,3	- 191,2	- 265,3	- 2 351,5	- 2 020,0
davon:												
A. Ver. Staaten von Amerika (einschl. abhäng. Gebiete)		Einfuhr Ausfuhr	3 209,6 1 625,7	3 997,9 2 090,7	5 671,6 2 523,2	4 219,0 2 702,5	4 594,7 3 836,2	5 976,5 3 770,9	464,1 305,7	552,6 315,3	4 941,1 2 869,2	4 810,7 3 069,3
Saldo			- 1 583,9	- 1 907,2	- 3 148,4	- 1 516,5	- 758,5	- 2 205,6	- 158,4	- 237,3	- 2 071,9	- 1 741,4
B. Kanada		Einfuhr Ausfuhr	492,7 229,5	670,4 361,0	759,6 396,0	964,7 437,5	693,3 554,9	876,7 536,0	80,2 47,4	79,7 51,7	717,5 437,9	714,7 436,1
Saldo			- 263,2	- 309,4	- 363,6	- 527,2	- 138,4	- 340,7	- 32,8	- 28,0	- 279,6	- 278,6
III. Ostblockländer		Einfuhr Ausfuhr	729,2 623,2	1 117,4 1 080,6	1 226,5 1 191,9	1 445,1 1 846,5	1 646,8 1 868,3	1 998,2 2 255,5	168,9 187,9	191,7 155,2	1 651,7 1 679,7	1 580,2 1 657,8
Saldo			- 106,0	- 36,8	- 34,6	+ 401,4	+ 221,5	+ 257,3	+ 19,0	- 36,5	+ 28,0	+ 77,6
davon:												
A. Europäische Länder		Einfuhr Ausfuhr	536,0 513,2	894,0 924,8	1 054,2 992,2	1 199,6 1 164,6	1 367,0 1 320,1	1 697,4 1 851,3	155,5 175,1	176,6 140,5	1 517,2 1 553,2	1 319,9 1 319,9
Saldo			- 22,8	+ 30,8	- 62,0	- 35,0	- 46,9	+ 153,9	+ 19,6	- 36,1	+ 36,0	+ 0,0
davon:												
Albanien		Einfuhr Ausfuhr	0,2 0,3	0,1 0,1	0,3 1,1	0,1 0,4	0,5 0,6	0,3 0,9	- 0,3	0,1 0,1	0,1 0,7	0,3 0,8
Saldo			+ 0,1	- 0,0	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,3	- 0,0	+ 0,6	+ 0,5
Bulgarien		Einfuhr Ausfuhr	17,4 20,6	33,0 28,3	37,0 60,6	56,7 57,7	64,5 171,0	82,6 122,5	8,7 6,0	14,2 7,8	77,8 59,9	66,9 95,6
Saldo			+ 3,2	- 4,7	+ 23,6	+ 1,0	+ 106,5	+ 39,9	- 2,7	- 6,4	- 17,9	+ 28,7
Polen		Einfuhr Ausfuhr	117,6 115,8	240,6 298,7	198,3 275,1	298,1 331,1	340,5 294,3	320,2 304,3	26,9 23,9	26,1 18,8	261,3 231,0	248,7 226,4
Saldo			- 1,8	+ 58,1	+ 76,8	+ 33,0	- 46,2	- 15,9	- 3,0	- 7,3	- 30,3	- 22,3
Rumänien		Einfuhr Ausfuhr	44,7 55,7	59,5 50,4	98,7 71,3	122,6 93,9	104,7 69,0	176,2 149,8	12,1 26,7	13,5 20,5	174,1 185,1	142,2 97,4
Saldo			+ 11,0	- 9,1	- 27,4	- 28,7	- 35,7	- 26,4	+ 14,6	+ 7,0	+ 11,0	- 44,8
Sowjetunion		Einfuhr Ausfuhr	150,9 112,0	223,5 288,9	409,1 250,1	386,4 303,2	442,7 382,5	672,5 778,1	73,0 63,0	82,1 54,5	654,1 661,7	502,9 523,2
Saldo			- 38,9	+ 65,4	- 159,0	- 83,2	- 60,2	+ 105,6	- 10,0	- 27,6	+ 7,6	+ 20,3
Tschechoslowakei		Einfuhr Ausfuhr	118,4 63,1	193,9 160,0	205,2 230,8	207,4 257,2	236,1 251,6	258,9 273,8	18,1 39,8	21,0 24,8	204,8 250,2	210,8 204,1
Saldo			- 55,3	- 33,9	+ 25,6	+ 49,8	+ 15,5	+ 14,9	+ 21,7	+ 3,8	+ 45,4	- 6,7
Ungarn		Einfuhr Ausfuhr	86,8 145,7	143,4 98,4	105,6 103,2	128,3 121,1	178,0 151,1	186,7 221,9	16,7 15,4	19,6 14,0	145,0 164,6	148,1 172,4
Saldo			+ 58,9	- 45,0	- 2,4	- 7,2	- 26,9	+ 35,2	- 1,3	- 5,6	+ 19,6	+ 24,3
B. Asiatische Länder		Einfuhr Ausfuhr	193,2 110,0	223,4 155,8	172,3 199,7	245,5 681,9	279,8 548,2	300,8 404,2	13,4 12,8	15,1 14,7	134,5 126,5	260,3 337,9
Saldo			- 83,2	- 67,6	+ 27,4	+ 436,4	+ 268,4	+ 103,4	- 0,6	- 0,4	- 8,0	+ 77,6
davon:												
China, Volkresp.		Einfuhr Ausfuhr	192,7 110,0	222,9 155,8	172,0 199,7	245,5 681,9	278,1 540,8	291,3 400,8	13,2 10,9	14,9 13,7	131,2 105,4	252,6 335,1
Saldo			- 82,7	- 67,1	+ 27,7	+ 436,4	+ 262,7	+ 109,5	- 2,3	- 1,2	- 25,8	+ 82,5
Andere Länder		Einfuhr Ausfuhr	0,5 -	0,5 -	0,3 0,0	0,0 0,0	1,7 7,4	9,5 3,4	0,2 1,9	0,2 1,0	3,3 21,1	7,7 2,8
Saldo			- 0,5	- 0,5	- 0,3	+ 0,0	+ 5,7	- 6,1	+ 1,7	+ 0,8	+ 17,8	- 4,9
IV. Sonstige Länder		Einfuhr Ausfuhr	4 015,9 3 923,4	4 820,6 4 385,9	5 072,9 5 731,9	5 041,6 5 675,2	5 628,4 5 961,7	6 513,1 6 765,7	568,1 612,3	524,1 599,8	5 380,5 5 815,8	5 297,1 5 501,6
Saldo			- 92,5	- 434,7	+ 659,0	+ 633,6	+ 333,3	+ 252,6	+ 44,2	+ 75,7	+ 435,3	+ 204,5
davon:												
A. Jugoslawien		Einfuhr Ausfuhr	157,6 233,0	210,0 196,7	236,4 325,6	206,7 339,6	197,6 417,2	234,2 543,7	24,4 53,2	25,4 45,7	200,6 476,9	189,7 440,9
Saldo			+ 75,4	- 13,3	+ 89,2	+ 132,9	+ 219,6	+ 309,5	+ 28,8	+ 20,3	+ 276,3	+ 251,2
B. Afrikanische Länder		Einfuhr Ausfuhr	227,0 440,0	237,0 354,8	235,0 584,8	214,2 421,0	258,4 597,0	280,0 815,0	17,9 58,7	17,3 42,2	216,0 538,2	236,3 704,4
Saldo			+ 213,0	+ 117,8	+ 349,8	+ 206,8	+ 338,6	+ 535,0	+ 40,8	+ 24,9	+ 322,2	+ 468,1
C. Mittel- u. Südamerik. Länder		Einfuhr Ausfuhr	2 710,4 2 109,5	3 220,5 2 398,6	3 369,7 2 928,2	3 177,6 2 960,8	3 362,0 3 008,4	3 637,4 3 151,1	297,8 304,7	294,5 310,8	2 924,5 2 775,2	2 990,7 2 531,5
Saldo			- 600,9	- 821,9	- 441,5	- 216,8	- 353,6	- 486,3	+ 6,9	+ 16,3	- 149,3	- 459,2
D. Asiatische Länder		Einfuhr Ausfuhr	920,9 1 140,9	1 153,1 1 435,8	1 231,8 1 893,2	1 443,1 1 953,8	1 810,4 1 939,1	2 361,5 2 255,9	228,0 195,7	186,9 201,1	2 039,4 2 025,5	1 880,4 1 824,8
Saldo			+ 220,0	+ 282,7	+ 661,4	+ 510,7	+ 128,7	- 105,6	- 32,3	+ 14,2	- 13,9	- 55,6
V. Schiffsbedarf und nicht ermittelte Länder		Einfuhr Ausfuhr	24,6 182,8	39,2 230,7	33,4 241,5	31,4 202,1	37,0 236,0	101,6 144,0	7,3 13,2	7,6 12,7	74,9 120,9	84,8 115,3
Saldo			+ 158,2	+ 191,5	+ 208,1	+ 171,0	+ 199,0	+ 42,4	+ 5,9	+ 5,1	+ 46,0	+ 30,5

*) Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr aus Herstellungsländern, Ausfuhr nach Verbrauchsländern. Ab Januar 1959 einschl. bestimmter, in den vorangegangenen Jahren nicht erfaßter Einfuhren der Bundesregierung. Ab 6. 7. 1959 einschl. Saarland. — ¹⁾ Einschl. Finnland, das zwar zu den EFTA-Ländern aber nicht zu den EWA-Ländern gehört. — ²⁾ Bis 5. 7. 1959 einschl. Saarland. — ³⁾ Darunter u. a.: Südafrikanische Union, Malatischer Bund, Indonesien, Ghana, Pakistan. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

3. Währungsreserven der Deutschen Bundesbank^{o)} 1)

Mio DM

Jahres- bzw. Monatsende	Goldbestand und uneingeschränkt verwendbare Auslandsforderungen			Befristete oder nur beschränkt verwendbare Auslandsforderungen 2)					Auslandsverpflichtungen 3)	Naderichtlich: In den Währungsreserven nicht erfasste Auslandsforderungen der Deutschen Bundesbank 4)
	Insgesamt	Goldbestand	Uneingeschränkt verwendbare Auslandsforderungen	Insgesamt	darunter					
					Bilaterale Forderungen aus früheren Krediten an die EZU (bis Ende 1958: Kredite an die EZU 5))	Schuldverschreibungen der Weltbank 6)	Zweckgebundene Guthaben bei ausländischen Banken und zweckgebundene Geldmarktanlagen	Konsolidierungskredite an ausländische Zentralbanken		
1952	2 971	587	2 384	2 026	1 061	—	—	—	362	—
1953	5 510	1 367	4 143	2 704	1 782	—	—	—	56	—
1954	8 426	2 628	5 798	2 673	2 054	—	—	146	168	—
1955	10 134	3 862	6 272	2 785	2 187	—	—	304	138	—
1956	14 412	6 275	8 137	3 571	2 890	—	—	403	188	73
1957	17 237	10 674	6 563	6 393	4 242	—	—	240	713	73
1958	19 477	11 085	8 392	7 000	4 597	735	1 032	265	372	73
1959	19 039	11 077	7 962	4 992	3 159	1 166	972	175	410	191
1960	28 295	12 479	15 816	3 762	1 993	1 305	265	104	429	272
1958 März	17 090	10 333	6 757	6 183	4 202	735	—	897	408	73
Juni	17 696	10 814	6 882	6 716	4 447	1 050	—	915	254	73
Sept.	18 715	10 907	7 808	6 822	4 287	1 250	—	1 002	404	73
Dez.	19 477	11 085	8 392	7 000	4 597	1 166	—	972	372	73
1959 März	17 236	11 248	5 988	6 374	4 121	1 305	—	707	240	73
Juni	17 365	11 355	6 010	5 783	3 813	1 305	—	441	691	73
Sept.	16 704	11 009	5 695	5 468	3 621	1 305	—	353	512	191
Dez.	19 039	11 077	7 962	4 992	3 159	1 305	—	353	410	191
1960 März	19 644	11 214	8 430	4 674	2 978	1 200	—	353	143	191
Juni	23 271	11 643	11 628	4 619	2 835	1 300	—	353	131	191
Sept.	26 621	12 132	14 489	3 821	2 089	1 350	—	265	117	191
Dez.	28 295	12 479	15 816	3 762	1 993	1 400	—	265	104	272
1961 Jan.	27 974	12 594	15 380	3 495	1 744	1 400	—	265	86	272
Febr.	28 222	12 724	15 498	3 494	1 743	1 400	—	265	86	372
5. März: Alte Bewertung	28 513	12 724	15 789	3 496	1 743	1 400	—	265	88	372
Neue Bewertung	27 155	12 118	15 037	3 434	1 741	1 352	—	252	88	364
31. März	28 329	12 969	15 360	3 417	1 730	1 352	—	252	82	364
April	26 753	13 184	13 569	3 165	1 729	1 352	—	—	83	364
Mai	26 821	13 732	13 089	3 164	1 729	1 352	—	—	83	414
Juni	27 378	14 053	13 325	3 142	1 718	1 352	—	—	72	414
Juli	26 916	14 102	12 814	3 142	1 717	1 352	—	—	73	514
August	25 692	14 575	11 117	2 491	1 065	1 352	—	—	74	614
September	25 746	14 576	11 170	2 477	1 054	1 352	—	—	70	632
Oktober	24 793	14 591	10 202	2 476	1 053	1 352	—	—	70	632

^{o)} Die Daten sind mit den im Rahmen des Bundesbankausweises angegebenen Zahlen nicht ganz identisch, da der Goldbestand sowie die Auslandsforderungen und -verpflichtungen hier entsprechend den Vorschriften des Internationalen Währungsfonds für die Aufstellung von Zahlungsbilanzen zum Paritätstaus angegeben sind, während sie im Bundesbankausweis zum Jahresende nach dem Niederwertprinzip und für das laufende Jahr jeweils zum Tageskurs berechnet werden. Darüber hinaus bestehen bei den Verpflichtungen gewisse Unterschiede in Bezug auf die Abgrenzung der zu berücksichtigenden Positionen (vgl. auch Anm. 1).
¹⁾ Von 1959 ab einschl. der vorher nicht berücksichtigten Akkreditierungskonten und der in der Position „Einlagen ausländischer Einleger“ des Bundesbankausweises erfaßten Verpflichtungen. — ²⁾ In den Jahren 1952 und 1953 einschl. bestimmter Forderungen und Verpflichtungen, wie z. B. konsolidierter Clearing-schulden, deren Veränderungen in den Zahlungsbilanztabelle in der Devisen-, sondern der Kapitalbilanz zugerechnet wurden. — ³⁾ Ohne Berücksichtigung der jeweils letzten EZU-Abrechnung. — ⁴⁾ Ohne Bonds und ohne diejenigen Notes, die im Bundesbankausweis in der Position „Wertpapiere“ und in der Zahlungsbilanz bei den langfristigen öffentlichen Kapitalleistungen berücksichtigt sind. Vgl. hierzu auch die Erläuterungen zu den Wochenberichten vom 7. 12. 1960 und 7. 2. 1961. — ⁵⁾ Vgl. Anm. 4.

4. Kurzfristige Forderungen und Verpflichtungen der Geschäftsbanken gegenüber dem Ausland^{*)} 1) 2)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Saldo der Forderungen und Verpflichtungen	Forderungen						Verpflichtungen						
		Guthaben bei ausländischen Banken und Geldmarktanlagen					Kurzfristige Kredite	Einlagen von Ausländern nach Einlegergruppen				Kurzfristige Kredite		
		Insgesamt	Insgesamt	Täglich fällige Gelder	Termingelder	Geldmarktanlagen		Insgesamt	Insgesamt	Ausländische Banken 4)	Nichtbanken		Internationale Organisationen 5)	
darunter: Kreditanstalt für Wiederaufbau 6)	Wirtschaftsunternehmen und Private						Öffentliche Stellen							
1955	— 1 397	524	320	312	7	1	—	304	1 921	1 473	730	622	121	448
1956	— 2 309	715	379	362	13	4	—	336	3 024	2 114	1 197	733	184	910
1957	— 2 285	1 320	775	307	20	448	—	545	3 605	2 650	1 580	914	156	955
1958	— 1 551	1 919	1 040	431	128	481	—	879	3 470	2 893	1 625	1 075	193	577
1959	— 272	3 471	2 543	939	358	1 246	—	928	3 743	3 410	1 784	1 095	216	333
1960	— 2 526	2 368	1 315	530	406	379	—	1 053	4 894	3 641	1 697	1 348	288	1 253
1958 März	— 1 525	2 055	978	342	26	610	—	1 077	3 580	2 822	1 774	941	107	758
Juni	— 1 410	2 102	916	407	35	474	—	1 186	3 512	2 779	1 638	1 014	127	733
Sept.	— 1 207	2 263	1 096	491	112	493	—	1 167	3 470	2 859	1 674	1 049	136	611
Dez.	— 1 551	1 919	1 040	431	128	481	—	879	3 470	2 893	1 625	1 075	193	577
1959 März	— 197	2 758	2 022	486	916	620	—	736	2 955	2 499	1 175	867	231	456
Juni	+ 145	3 356	2 651	662	1 099	890	—	705	3 211	2 893	1 474	953	229	318
Sept.	+ 762	3 977	3 108	903	1 255	950	—	869	3 215	2 931	1 407	955	264	305
Dez.	— 272	3 471	2 543	939	358	1 246	—	928	3 743	3 410	1 784	1 095	216	333
1960 März	— 392	3 457	2 383	1 059	500	824	—	1 074	3 849	3 380	1 741	1 085	231	469
Juni	— 2 002	2 279	1 192	624	226	342	—	1 087	4 281	3 479	1 767	1 063	346	303
Sept.	— 2 317	2 085	1 014	510	190	314	—	1 071	4 402	3 324	1 626	1 152	285	261
Dez.	— 2 526	2 368	1 315	530	406	379	—	1 053	4 894	3 641	1 697	1 348	288	1 253
1961 Jan.	— 857	3 872	2 743	694	916	1 135	592	1 129	4 729	3 234	1 440	1 216	323	255
Febr. 7)	— 141	4 317	3 106	747	1 127	1 232	677	1 211	4 458	3 149	1 402	1 166	333	248
März 7)	— 628	4 431	3 166	684	1 383	1 099	677	1 265	5 059	3 501	1 716	1 197	327	261
April	— 389	4 996	3 774	930	1 726	1 118	739	1 222	5 385	3 644	1 773	1 250	350	271
Mai	— 36	5 516	4 320	946	2 110	1 264	884	1 196	5 552	3 660	1 835	1 262	317	246
Juni	— 22	5 982	4 785	1 217	2 485	1 083	801	1 197	6 004	3 836	1 884	1 372	322	258
Juli	+ 387	6 587	5 296	1 244	2 979	1 073	805	1 291	6 200	3 872	1 983	1 282	317	290
Aug.	+ 989	6 863	5 493	1 289	2 914	1 250	835	1 370	5 874	3 574	1 723	1 238	295	318
Sept.	+ 73	5 760	4 489	915	2 319	1 255	817	1 271	5 833	3 497	1 600	1 214	351	332
Oktober	+ 343	5 893	4 674	1 089	2 357	1 228	646	1 219	5 550	3 466	1 619	1 230	304	2 084

^{*)} Angaben für die Zeit nach der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes (6. 7. 1959) einschl. der Forderungen und Verpflichtungen der saarländischen Geschäftsbanken gegenüber dem Ausland. — ¹⁾ Die hier ausgewiesenen Zahlen aus dem Auslandsstatus der Kreditinstitute weichen von entsprechenden Zahlen aus der Bilanzstatistik ab, da in den monatlichen Zwischenbilanzen der Niederlassungen ausländischer Banken die Forderungen und Verpflichtungen gegenüber dem ausländischen Mutterinstitut und den ausländischen Schwesterfilialen — anders als im Auslandsstatus — nur saldiert ausgewiesen werden. — ²⁾ Forderungen und Verpflichtungen in ausländischer Währung sind mit dem am Ende des jeweiligen Berichtszeitraums geltenden Paritätstaus bewertet. — ³⁾ Nur Anlage von Mitteln aus der Entwicklungshilfe-Anleihe der deutschen Wirtschaft in US-Treasury Bills aus dem Bestande der Bundesbank. — ⁴⁾ Ohne Weltbank, Europäische Investitionsbank und Bank für Internationalen Zahlungsausgleich; die Einlagen dieser Institute sind in der Spalte „Internationale Organisationen“ berücksichtigt. — ⁵⁾ Vgl. Anm. 4.

noch: IX. Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse

Kassa-Kurse in DM

Zeit	Oslo			Paris			Stockholm			Wien			Zürich		
	100 nkr			100 NF			100 skr			100 S			100 sfr		
	Parität: 56,00 DM			Parität: 81,0199 DM			Parität: 77,3214 DM			Parität: 15,3846 DM			Parität: 91,4742 DM		
	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief
1961 Okt.															
2.	56,185	56,125	56,245	81,320	81,220	81,420	77,270	77,190	77,350	15,477	15,457	15,497	92,390	92,290	92,490
3.	56,210	56,150	56,270	81,260	81,160	81,360	77,320	77,240	77,400	15,477	15,457	15,497	92,395	92,295	92,495
4.	56,165	56,105	56,225	81,240	81,140	81,340	77,315	77,235	77,395	15,470	15,450	15,490	92,465	92,365	92,565
5.	56,135	56,075	56,195	81,200	81,100	81,300	77,270	77,190	77,350	15,462	15,442	15,482	92,415	92,315	92,515
6.	56,140	56,080	56,200	81,215	81,115	81,315	77,330	77,250	77,410	15,456	15,436	15,476	92,355	92,255	92,455
9.	56,135	56,075	56,195	81,245	81,145	81,345	77,335	77,255	77,415	15,462	15,442	15,482	92,335	92,235	92,435
10.	56,170	56,110	56,230	81,275	81,175	81,375	77,390	77,310	77,470	15,465	15,445	15,485	92,390	92,290	92,490
11.	56,170	56,110	56,230	81,275	81,175	81,375	77,385	77,305	77,465	15,470	15,450	15,490	92,375	92,275	92,475
12.	56,140	56,080	56,200	81,270	81,170	81,370	77,370	77,290	77,450	15,468	15,448	15,488	92,400	92,300	92,500
13.	56,140	56,080	56,200	81,290	81,190	81,390	77,385	77,305	77,465	15,476	15,456	15,496	92,450	92,350	92,550
16.	56,140	56,080	56,200	81,310	81,210	81,410	77,390	77,310	77,470	15,476	15,456	15,496	92,475	92,375	92,575
17.	56,165	56,105	56,225	81,350	81,250	81,450	77,370	77,290	77,450	15,481	15,461	15,501	92,530	92,430	92,630
18.	56,195	56,135	56,255	81,370	81,270	81,470	77,405	77,325	77,485	15,485	15,465	15,505	92,540	92,440	92,640
19.	56,180	56,120	56,240	81,370	81,270	81,470	77,395	77,315	77,475	15,485	15,465	15,505	92,540	92,440	92,640
20.	56,210	56,150	56,270	81,400	81,300	81,500	77,415	77,335	77,495	15,487	15,467	15,507	92,640	92,540	92,740
23.	56,210	56,150	56,270	81,410	81,310	81,510	77,440	77,360	77,520	15,491	15,471	15,511	92,625	92,525	92,725
24.	56,250	56,190	56,310	81,420	81,320	81,520	77,475	77,395	77,555	15,497	15,477	15,517	92,635	92,535	92,735
25.	56,225	56,165	56,285	81,380	81,280	81,480	77,430	77,350	77,510	15,488	15,468	15,508	92,570	92,470	92,670
26.	56,145	56,085	56,205	81,300	81,200	81,400	77,340	77,260	77,420	15,474	15,454	15,494	92,475	92,375	92,575
27.	56,210	56,150	56,270	81,340	81,240	81,440	77,410	77,330	77,490	15,488	15,468	15,508	92,565	92,465	92,665
30.	56,170	56,110	56,230	81,295	81,195	81,395	77,400	77,320	77,480	15,481	15,461	15,501	92,520	92,420	92,620
31.	56,155	56,095	56,215	81,310	81,210	81,410	77,355	77,275	77,435	15,474	15,454	15,494	92,470	92,370	92,570
Nov.															
1.	56,155	56,095	56,215	81,340	81,240	81,440	77,380	77,300	77,460	15,476	15,456	15,496	92,540	92,440	92,640
2.	56,150	56,090	56,210	81,330	81,230	81,430	77,350	77,270	77,430	15,483	15,463	15,503	92,555	92,455	92,655
3.	56,200	56,140	56,260	81,380	81,280	81,480	77,360	77,280	77,440	15,486	15,466	15,506	92,545	92,445	92,645
6.	56,210	56,150	56,270	81,380	81,280	81,480	77,365	77,285	77,445	15,490	15,470	15,510	92,550	92,450	92,650
7.	56,200	56,140	56,260	81,435	81,335	81,535	77,370	77,290	77,450	15,492	15,472	15,512	92,575	92,475	92,675
8.	56,220	56,160	56,280	81,445	81,345	81,545	77,365	77,285	77,445	15,497	15,477	15,517	92,590	92,490	92,690
9.	56,220	56,160	56,280	81,450	81,350	81,550	77,360	77,280	77,440	15,499	15,479	15,519	92,595	92,495	92,695
10.	56,220	56,160	56,280	81,495	81,395	81,595	77,395	77,315	77,475	15,500	15,480	15,520	92,615	92,515	92,715
13.	56,215	56,155	56,275	81,600	81,500	81,700	77,425	77,345	77,505	15,497	15,477	15,517	92,580	92,480	92,680
14.	56,210	56,150	56,270	81,550	81,450	81,650	77,455	77,375	77,535	15,499	15,479	15,519	92,585	92,485	92,685
15.	56,205	56,145	56,265	81,560	81,460	81,660	77,465	77,385	77,545	15,499	15,479	15,519	92,570	92,470	92,670

Verzeichnis
der in den „Monatsberichten der Deutschen Bundesbank“ *)
erschiedenen Sonder-Aufsätze
und Kommentare zu kreditpolitischen Maßnahmen

Stand: 31. Dezember 1961

Sonderaufsätze

Stichwort	Titel	Erschienen		
		Jahrgang	Heft	Seite
Altgeldguthaben	Die Umwandlung von Altgeldguthaben	1949	März	26
Arbeitslosenversicherung	s. unter: Sozialversicherungen			
Ausgleichsforderungen	Ausgleichsforderungen	1949	Juli	30
	Die Ausgleichsforderungen der Geschäftsbanken	1951	Juni	36
Auslandskonten	Die Geldbewegungen auf den Auslandskonten	1949	Juli	22
Auslandsverschuldung	Die deutsche Auslandsverschuldung	1957	Nov.	45
	Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Abkommen	1959	Mai	3
	Die deutschen Auslandsschulden unter den Londoner Abkommen	1960	Juni	17
Ausweise	Die Ausweise der Bank deutscher Länder	1949	Jan.	13
Banken	Die Entwicklung der Banken im November 1948	1949	Jan.	19
	Die Entwicklung des Zweigstellennetzes der Kreditinstitute nach Wegfall der Bedürfnisprüfung	1959	Okt.	59
	Die Stellung der einzelnen Bankengruppen am Geldmarkt	1959	Nov.	4
	Die Entwicklung des Bankstellennetzes in der Zeit von Ende 1957 bis Ende 1960	1961	Febr.	13
	Die Stellung der einzelnen Institutsgruppen im deutschen Banksystem	1961	März	28
	Das neue Kreditwesengesetz*)	1961	Aug.	3
	Interbankbeziehungen und Geldmarktanlagen der einzelnen Bankengruppen	1961	Dez.	3
Bankenliquidität	Die Entwicklung der Bankenliquidität seit der Währungsreform	1949	Febr.	14
Bankenstatistik	Die bankstatistischen Erhebungen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	1949	Febr.	25
	Die neuen Tabellen der Bankenstatistik	1949	Juli	39
Bankkredite	Die Bankkredite im westdeutschen Währungsgebiet von der Währungsreform bis Ende Juli 1949	1949	Aug.	38
	Die Gliederung des Kreditvolumens nach Wirtschaftszweigen	1951	April	24
	Die Entwicklung der Kredite, der Einlagen und des Refinanzierungsbetrages bei den einzelnen Gruppen des westdeutschen Banksystems 1950 und 1951	1952	März	49
	Aus den Ergebnissen der Kreditnehmerstatistik	1953	April	17
	Kredite und Wertpapieranlagen bei den Bankengruppen	1959	Sept.	3
	Neuere Entwicklung der Kredite und Wertpapieranlagen bei den Bankengruppen	1960	Juni	12
	s. auch unter: Teilzahlungskredite			
Bausparkassen	Zur Entwicklung der Bausparkassen	1960	Aug.	3
Einkommen	Einkommen und privater Verbrauch in der Bundesrepublik	1953	Febr.	40
	Einkommen und Verbrauch im ersten Halbjahr 1953	1953	Sept.	27

*) bis 31. 7. 1957: Bank deutscher Länder.

*) Beilage: Abdruck des Gesetzes über das Kreditwesen vom 10. 7. 1961.

noch: Sonderaufsätze

Stichwort	Titel	Erschienen		
		Jahrgang	Heft	Seite
noch:				
Einkommen	Einkommen, Verbrauch und Investitionen seit Mitte 1953	1954	Mai	30
	Einkommen, Investitionen und Verbrauch			
	im Jahre 1955	1956	Jan.	41
	im Jahre 1956	1957	Jan.	48
	Einkommen, Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte			
	im dritten Quartal 1959	1959	Nov.	12
	im ersten Halbjahr 1960	1960	Sept.	3
	s. auch unter: Sozialprodukt			
Einlagen	s. unter: Bankkredite, Öffentliche Gelder, Spareinlagen, Termineinlagen			
Emissionen	s. unter: Wertpapieremissionen			
Ersparnis	s. unter: Einkommen; Sozialprodukt; Vermögensbildung			
EWA	Das Europäische Währungsabkommen	1960	Mai	8
EZU	Die Neuregelung der EZU und ihre Auswirkungen auf den EZU-Status der Bundesrepublik Deutschland	1954	Juli	26
	Die Liquidation der Europäischen Zahlungsunion	1959	Jan.	54
Geldvolumen	Das Geldvolumen im westdeutschen Währungsgebiet	1949	März	22
Gegenwertmittel	s. unter: Investitionen			
Individualversicherung	s. unter: Versicherung			
Investitionen	Die Investitionsfinanzierung			
	seit der Währungsreform	1950	April	28
	im 2. Vierteljahr 1950	1950	Aug.	20
	im 2. Halbjahr 1950	1951	Jan./Febr.	25
	im 1. Halbjahr 1951	1951	Aug.	40
	Die Finanzierung der Anlageinvestitionen			
	im 2. Halbjahr 1951	1952	März	40
	im 1. Halbjahr 1952	1952	Sept.	38
	im 2. Halbjahr 1952	1953	März	37
	Die Bereitstellung längerfristiger Finanzierungsmittel			
	im 1. Halbjahr 1953	1953	Okt.	23
	im 2. Halbjahr 1953	1954	März	26
	im 1. Halbjahr 1954	1954	Okt.	38
	Entwicklung und Stand der Investitionskredite aus Gegenwertmitteln	1950	Sept.	33
	Die Investitionen der Gebietskörperschaften und des Lastenausgleichsfonds	1959	Aug.	11
	s. auch unter: Einkommen			
Investmentsparen	Die Entwicklung des Investmentsparens	1959	Juni	19
Kapitalexport	Zur Entwicklung der Käufe von ausländischen Wertpapieren durch Inländer	1959	Dez.	7
Kredite	s. unter: Bankkredite, Realkredit, Teilzahlungskredite			
Kreditinstitute	s. unter: Banken			
Kreditpolitik	Umschwung in der Kreditpolitik*)	1959	Okt.	4
Kreditrichtsätze	Der gegenwärtige Stand der Kreditrichtsätze	1952	März	56
Kreditwesen	s. unter: Banken			

*) Rede des Präsidenten der Deutschen Bundesbank.

noch: Sonderaufsätze

Stichwort	Titel	Erschienen		
		Jahrgang	Heft	Seite
Landwirtschaft	Die Versorgungslage mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen 1953/54 und der Einfuhrbedarf	1953	Nov.	31
	Die Versorgungslage mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen 1954/55	1955	Jan.	35
Liquidität	s. unter: Bankenliquidität			
Löhne und Preise	Memorandum über die Lohn- und Preisentwicklung	1960	Jan.	*)
Nachkriegswirtschaftshilfe	Vorzeitige Zahlungen auf die deutschen Verbindlichkeiten aus der Nachkriegswirtschaftshilfe	1961	April	51
Öffentliche Gelder	Die öffentlichen Gelder im Banksystem	1949	März	32
	Die öffentlichen Einlagen im Banksystem am 31. August 1949	1949	Okt.	19
	am 31. Oktober 1953	1954	Febr.	19
	Die neuere Entwicklung der Bankguthaben öffentlicher Stellen	1954	Okt.	34
Öffentliche Verschuldung	Die Neuverschuldung der westdeutschen Gebietskörperschaften seit der Währungsreform	1949	Aug.	48
	Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte des Bundesgebiets	1951	Aug.	46
	Die Entwicklung der kommunalen Verschuldung	1959	Dez.	11
	Art und Unterbringung der öffentlichen Neuverschuldung in der Bundesrepublik	1960	Mai	15
	Die neuere Entwicklung der öffentlichen Verschuldung	1961	Aug.	11
Privatbankiers	Die Stellung der Privatbankiers im deutschen Kreditgewerbe	1961	Nov.	11
Privatdiskont	Zur Wiedereröffnung des Privatdiskontmarktes	1959	Febr.	12
Realkredit	Die Entwicklung des Realkreditgeschäfts bei den privaten Hypothekenbanken und den öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten	1954	Aug.	31
Refinanzierung	Die Refinanzierung der einzelnen Bankengruppen beim Zentralbanksystem	1957	Mai	41
	s. auch unter: Bankkredite			
Reiseverkehr	Die neuere Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben im Reiseverkehr mit dem Ausland	1959	Aug.	8
	Der Reiseverkehr mit dem Ausland	1960	Dez.	3
Rentenversicherungen	s. unter: Sozialversicherungen			
Saisonbewegungen	Zur Ausschaltung der Saisonbewegungen aus wirtschafts- statistischen Reihen	1957	März	40
	Erfahrungen mit der Anwendung der Regressionsrechnung auf die Saisonbereinigung statistischer Zeitreihen	1961	Aug.	19
Seetransport	Deutsche Seetransportbilanz	1958	Sept.	36
	Die deutsche Seetransportbilanz im Jahre 1958	1959	Sept.	12
	im Jahre 1959	1960	Aug.	12
Sozialleistungen	Die Aufbesserung der Sozialleistungen und ihre Finanzierung	1957	Juni	41
Sozialprodukt	Die Rolle der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben in der Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts	1954	Nov.	42

*) Beilage. Das Memorandum wurde im Januar 1960 von der Bundesbank auf Wunsch des Herrn Bundeskanzlers erstellt.

noch: Sonderaufsätze

Stichwort	Titel	Erschienen		
		Jahrgang	Heft	Seite
noch:				
Sozialprodukt	Sozialprodukt und Einkommen			
	im Jahre 1957	1958	Jan.	49
	im Jahre 1958	1959	Febr.	3
	im Jahre 1959	1960	Febr.	9
	im Jahre 1960	1961	Febr.	3
	Sozialprodukt, Einkommen und Ersparnis im ersten Halbjahr 1961	1961	Sept.	3
Sozialversicherungen	Kapitalbildung und Anlagepolitik der Sozialversicherungen und der Arbeitslosenversicherung	1959	März	20
	Kapitalbildung und Anlagepolitik der Rentenversicherungen und der Arbeitslosenversicherung seit der Rentenreform	1960	Sept.	10
Spareinlagen	Aus den Ergebnissen der Spareinlagenstatistik	1953	Febr.	32
	Die Ergebnisse der Sondererhebung über Spar- und Termineinlagen zum 31. Oktober 1958	1955	Aug.	43
		1959	Jan.	57
Sparen	s. unter: Investmentsparen			
Spärfähigkeit	s. unter: Volkseinkommen			
Sparkonten	Bareinzahlungen und Barauszahlungen auf Sparkonten bei allen Geldinstituten im 2. Halbjahr 1948	1949	Jan.	24
Teilzahlungskredite	Aus den Ergebnissen der Teilzahlungskreditstatistik	1953	Nov.	26
	Zur Entwicklung der Teilzahlungskredite der Kreditinstitute	1958	Febr.	38
Termineinlagen	Die Entwicklung der Termineinlagen	1951	Okt.	34
	s. auch unter: Spareinlagen			
Verbrauch	s. unter: Einkommen			
Vermögensbildung	Bruttovermögensbildung und Bruttoersparnis in der westdeutschen Volkswirtschaft	1953	Juni	34
	Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung			
	im Jahre 1954	1955	Sept.	37
	im Jahre 1955	1956	Juli	41
	im Jahre 1956	1957	Nov.	51
	im Jahre 1957	1958	Juni	43
	im Jahre 1958	1959	Juni	3
	im Jahre 1959	1960	Juli	55
	im Jahre 1960	1961	Juni	3
	Methodische Erläuterungen zu den Berechnungen über die Vermögensbildung und ihre Finanzierung	1961	Dez.	13
Versicherung	Kapitalbildung und Anlagepolitik der Individualversicherung	1958	Juni	54
	s. auch unter: Sozialversicherungen			
Volkseinkommen	Das gegenwärtige Volkseinkommen und die Sparfähigkeit	1949	April	31
Währungsbeziehungen	Die Währungsbeziehungen zwischen West-Berlin und dem westdeutschen Währungsgebiet	1949	April	29
Währungspolitik	Aktuelle währungspolitische Fragen*)	1961	Nov.	3
Wertpapieranlagen	Die Unterbringung von Wertpapieren nach Arten und Käufergruppen	1960	Nov.	10
	s. auch unter: Bankkredite			
Wertpapieremissionen	Die Entwicklung der Wertpapieremissionen	1953	Febr.	25
	Ausgabe und Unterbringung von Kassenobligationen	1961	Mai	8

*) Vortrag des Präsidenten der Deutschen Bundesbank.

noch: Sonderaufsätze

Stichwort	Titel	Erschienen		
		Jahrgang	Heft	Seite
Zahlungsbilanz	Die Zahlungs- und Devisenbilanz des Bundesgebiets und West-Berlins im Jahre 1950	1951	April Mai	33 49
	Die Entwicklung der westdeutschen Zahlungsbilanz im Jahre 1951	1952	Jan./Febr.	39
	Die Zahlungsbilanz Westdeutschlands im Jahre 1951	1952	Aug.	46
	Die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins			
	im Jahre 1952	1953	Aug.	22
	im Jahre 1953	1954	Juli	34
	im Jahre 1954	1955	Juni	40
	im Jahre 1955	1956	Juni	37
	im Jahre 1956	1957	Juni	45
	1956 und 1. Halbjahr 1957	1957	Nov.	63
	Die Entwicklung der Zahlungsbilanz im Jahre 1957	1958	Mai	34
	Die Zahlungsbilanz im Jahre 1957 nach Währungsräumen	1958	Juli	38
	Die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1957 (Endgültige Aufstellungen)	1958	Sept.	43
	Die Entwicklung der Zahlungsbilanz im Jahre 1958	1959	März	4
	Die regionale Entwicklung der Zahlungsbilanz im Jahre 1958	1959	Juni	28
	Der Wandel der Zahlungsbilanzsituation	1959	Aug.	3
	Vorläufiger Überblick über die Zahlungsbilanz des Jahres 1959	1960	Jan.	50
	Die Entwicklung der Zahlungsbilanz im Jahre 1959	1960	März	3
	Die regionale Entwicklung der Zahlungsbilanz im Jahre 1959	1960	Juni	21
	Vorläufiger Überblick über die Zahlungsbilanz des Jahres 1960	1961	Jan.	61
	Die Entwicklung der Zahlungsbilanz im Jahre 1960	1961	März	10
	Die regionale Entwicklung der Zahlungsbilanz im Jahre 1960	1961	Juni	19
	Zahlungsmittelumlauf	Die Entwicklung des Zahlungsmittelumlaufs	1949	Juni
Zentralbanksystem	Der organisatorische Aufbau des Zentralbanksystems	1949	Febr.	21
	Die Funktionsweise des Zentralbanksystems	1949	Mai	32

Kommentare

Stichwort	Maßnahme	Erschienen		
		Jahrgang	Heft	Seite
Diskontsätze und Lombardsätze	Senkung mit Wirkung vom 27. 5. 1949	1949	Mai	8
	Senkung mit Wirkung vom 14. 7. 1949	1949	Aug.	1
	Erhöhung mit Wirkung vom 27. 10. 1950	1950	Sept.	5
	Senkung mit Wirkung vom 29. 5. 1952	1952	Mai	3
	Senkung mit Wirkung vom 21. 8. 1952	1952	Aug.	7
	Senkung mit Wirkung vom 8. 1. 1953	1953	Jan.	3
	Senkung mit Wirkung vom 11. 6. 1953	1953	Juni	3
	Senkung mit Wirkung vom 20. 5. 1954	1954	Mai	3

noch: Kommentare

Stichwort	Maßnahme	Erschienen		
		Jahrgang	Heft	Seite
noch:				
Diskontsätze und Lombardsätze	Erhöhung mit Wirkung vom 4. 8. 1955	1955	Aug.	3
	Erhöhung mit Wirkung vom 8. 3. 1956	1956	März	3
	Erhöhung mit Wirkung vom 19. 5. 1956	1956	Mai	3
	Senkung mit Wirkung vom 6. 9. 1956	1956	Sept.	3
	Senkung mit Wirkung vom 11. 1. 1957	1957	Jan.	3
	Senkung mit Wirkung vom 19. 9. 1957	1957	Sept.	3
	Senkung mit Wirkung vom 17. 1. 1958	1958	Jan.	3
	Senkung mit Wirkung vom 27. 6. 1958	1958	Juni	3
	Senkung mit Wirkung vom 10. 1. 1959	1959	Jan.	3
	Erhöhung mit Wirkung vom 4. 9. 1959	1959	Okt.	3
	Erhöhung mit Wirkung vom 23. 10. 1959	1959	Okt.	3
	Erhöhung mit Wirkung vom 3. 6. 1960	1960	Juni	3
	Senkung mit Wirkung vom 11. 11. 1960	1960	Nov.	3
	Senkung mit Wirkung vom 20. 1. 1961	1961	Jan.	3
	Senkung mit Wirkung vom 5. 5. 1961	1961	Mai	3
Konvertierbarkeit	Einführung der freien Konvertierbarkeit der DM	1958	Dez.	3
Kreditkontingentierung	Lockerung der Kontingentierung des Bankkredits	1949	März	18
Kreditrichtsätze	Neufestsetzung nach ZBR-Beschluß vom 31. 1. 1951	1951	Jan./Febr.	16
	Neufestsetzung nach ZBR-Beschluß vom 21. 6. 1951	1951	Mai	16
	Neufestsetzung nach ZBR-Beschluß vom 5. 3. 1952	1952	März	12
Kreditrückführung	Rückführung des Volumens der kurzfristigen Wirtschaftskredite um 1 Mrd DM	1951	Jan./Febr.	7
Mindestreservesätze	Senkung mit Wirkung vom 1. 6. 1949	1949	Mai	8
	Senkung mit Wirkung vom 1. 9. 1949	1949	Sept.	6
	Erhöhung mit Wirkung vom 1. 10. 1950	1950	Sept.	5
	Staffelung mit Wirkung vom 1. 5. 1952	1952	Mai	3
	Senkung mit Wirkung vom 1. 9. 1952	1952	Aug.	7
	Senkung mit Wirkung vom 1. 2. 1953	1953	Jan.	3
	Erhöhung mit Wirkung vom 1. 9. 1955	1955	Aug.	3
	Erhöhung sowie Differenzierung nach Deviseninländern und Devisenausländern mit Wirkung vom 1. 5. 1957	1957	April	3
	Erhöhung für Auslandsverbindlichkeiten mit Wirkung vom 1. 9. 1957	1957	Aug.	12
	Senkung für Auslandsverbindlichkeiten mit Wirkung vom 1. 4. 1959	1959	März	3
	Revision der Mindestreserveanforderungen mit Wirkung vom 1. 8. 1959	1959	Juli	56
	Erhöhung mit Wirkung vom 1. 11. 1959	1959	Okt.	3
	Erhöhung sowie Differenzierung nach Deviseninländern und Devisenausländern mit Wirkung vom 1. 1. 1960	1959	Dez.	3
	Erhöhung mit Wirkung vom 1. 3. 1960	1960	Febr.	3
	Erhöhung mit Wirkung vom 1. 6. 1960	1960	Mai	3
	Belegung des Zuwachses an mindestreservepflichtigen Inlandsverbindlichkeiten mit den gesetzlich zulässigen Höchstsätzen mit Wirkung vom 1. 7. 1960	1960	Juni	3

noch: Kommentare

Stichwort	Maßnahme	Erschienen		
		Jahrgang	Heft	Seite
noch:				
Mindestreservesätze	Aufhebung der Kompensationsmöglichkeit von Fremdwährungseinlagen mit der Summe der bei ausländischen Banken unterhaltenen Guthaben und Geldmarktanlagen im Ausland mit Wirkung vom 1. 7. 1960	1960	Juni	3
	Belegung des Zuwachses an seitens der Kundschaft bei Dritten im Ausland benutzten Krediten mit den gesetzlich zulässigen Höchstsätzen mit Wirkung vom 1. 7. 1960	1960	Juni	3
	Senkung für Inlandsverbindlichkeiten mit Wirkung vom 1. 2. 1961	1961	Jan.	3
	Senkung für Inlandsverbindlichkeiten mit Wirkung vom 1. 3. 1961	1961	März	6
	Senkung für Inlandsverbindlichkeiten mit Wirkung vom 1. 6. 1961	1961	Mai	3
	Senkung für Inlandsverbindlichkeiten mit Wirkung vom 1. 8., 1. 9. und 1. 10. 1961	1961	Okt.	6
Offenmarktpolitik	Vereinbarung mit dem Bundesminister der Finanzen über die Mobilisierung von Ausgleichsforderungen für Zwecke der Offenmarktpolitik vom 15. 5. 1955	1955	Mai	12
Rediskontbeschränkungen bzw. -kontingente	Lockerung von Beschränkungen des Rediskonts von Bankakzepten mit Wirkung vom 21. 5. 1949	1949	Mai	8
	Beschränkung des Rediskonts von Bankakzepten mit Wirkung vom 16. 10. 1950	1950	Sept.	13
	Beschränkung des Rediskonts von Teilzahlungswechseln mit Wirkung vom 21. 3. 1956	1956	März	13
	Erschwerung des Rediskonts von Auslandswechseln und -schecks (Anwendung des inländischen Diskontsatzes; Anrechnung auf die Rediskontkontingente) mit Wirkung vom 19. 5. 1956	1956	Mai	3
	Kürzung der Rediskontkontingente mit Wirkung vom 1. 5. 1957	1957	April	3
	Abbau des Rediskonts von Exporttratten mit Wirkung vom 22. 8. 1957	1957	Aug.	47
	Kürzung der Rediskontkontingente mit Wirkung vom 1. 3. 1960	1960	Febr.	3
	Kürzung der Rediskontkontingente mit Wirkung vom 1. 7. 1960	1960	Juni	3
	Ermäßigung der Kürzungsquoten für die Rediskontkontingente mit Wirkung vom 1. 3. 1961	1961	März	6
Wechselkurs	Änderung des DM-Umrechnungssatzes von 30 Dollarcent auf 23,8095 Dollarcent mit Wirkung vom 19. 9. 1949	1949	Sept.	1
	Änderung des Wechselkurses der DM mit Wirkung vom 6. 3. 1961	1961	März	3

